

Soziale Arbeit

August 2005

54. Jahrgang

Silke Jakobs ist Dipl.-Pädagogin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelms-
haven, Constantiaplatz 4, 26723 Emden
E-Mail: jakobs@fho-emden.de

Dieter Röh ist Dipl.-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Oldenburg/Ost-
friesland/Wilhelmshaven, Constantiaplatz 4, 26723
Emden, E-Mail: roeh@fho-emden.de

Dr. Martin Albert ist Dipl.-Sozialarbeiter und Dipl.-
Pädagoge, arbeitet im Sozialen Dienst eines Wohl-
fahrtsverbandes und hat Lehraufträge an der Evan-
gelischen Fachhochschule, der Pädagogischen Hoch-
schule und der Katholischen Fachhochschule für
Sozialwesen, jeweils in Freiburg. Privatanschrift:
Schwaighofstr. 10, 79100 Freiburg im Breisgau
E-Mail: Dr.M.Albert@web.de

Beate Arlt ist Dipl.-Sozialpädagogin. Privatan-
schrift: Haubachstr. 24, 22765 Hamburg
E-Mail: BeateArlt@web.de

Horst Schawohl ist Dipl.-Sozialpädagoge, Dokto-
rand der Universität Lüneburg und Anti-Aggressivi-
täts-Trainer® bei Nordlicht e.V., Tonndorfer Haupt-
str. 151, 22045 Hamburg
E-Mail: SchawohlHorst@aol.com

Über die (Un)Möglichkeit einer Sozialen 282 Diagnose

Diagnostizieren in der Sozialen Arbeit ist ein
Prozess, an dessen Ende keine Diagnose steht
Silke Jakobs; Dieter Röh, Emden

DZI-Kolumne 283

Sozialmanagement und Gender Main- 288 streaming

Neue Aspekte für die Professionalisierung
der Sozialen Arbeit
Martin Albert, Freiburg im Breisgau

Vermittlungsformen zum National- 295 sozialismus für Jugendliche und Kinder

Beate Arlt, Hamburg

Das Anti-Aggressivitäts-/Coolness- 302 Training® (AAT/CT)

Arbeit mit straffälligen Jugendlichen
Horst Schawohl, Hamburg

Rundschau Allgemeines 310

Soziales 310

Gesundheit 311

Jugend und Familie 312

Ausbildung und Beruf 312

Tagungskalender 313

Bibliographie Zeitschriften 314

Verlagsbesprechungen 318

Impressum 320



Eigenverlag

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

<https://doi.org/10.5771/04-08-2005-01>

Generiert durch IP '18.116.36.159', am 03.08.2024, 04:40:34.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Über die (Un)Möglichkeit einer Sozialen Diagnose

Diagnostizieren in der Sozialen Arbeit ist ein Prozess, an dessen Ende keine Diagnose steht

Silke Jakobs; Dieter Röh

Zusammenfassung

Soziale Diagnose ist ein hoch aktuelles Thema für die Soziale Arbeit. Für die Entwicklung einer Sozialen Diagnose sind neben methodischen und fachwissenschaftlichen Kenntnissen auch personale Kompetenzen nötig, damit die Diagnostik nicht auf ein rein technisches Können reduziert wird. Daher wird für eine Diagnose, die sich als dialogisches Geschehen versteht, ein neuer Expertentypus benötigt. Die Autoren zeigen die kontroverse Diskussion auf und schlagen vor, sich zukünftig vermehrt mit der Herausbildung einer solchen, auf Dialog und Prozess ausgerichteten Diagnosekompetenz in der Sozialen Arbeit zu beschäftigen.

Abstract

Social Diagnosis is a central issue of Social Work's discussion today. For this reason personal skills are as much needed as methodological and scientific expertise in order to prevent Social Diagnosis becoming a kind of pure technical skill. To achieve this, diagnostics in Social Work must be based on a dialogical process in combination with a new type of expert. The authors show the controversy discussion and propose to work strongly at developing a kind of diagnosis which is focussed to dialog and process.

Schlüsselwörter

Diagnose - Soziale Arbeit - Handlungskompetenz - Experte - Methode - Klinische Sozialarbeit

1. Einführung

Das Thema „Soziale Diagnose“¹ beschäftigt die Soziale Arbeit derzeit in Theorie und Praxis in einem außerordentlichen Maße. Dabei greift der Diskurs sowohl auf historische Vorbilder in der frühen Berufsgeschichte (*Richmond 1917, Salomon 1926*) als auch auf aktuelle Versuche einer Bestimmung von Funktion, Ziel und Sinnhaftigkeit einer Sozialen Diagnose zurück. Bereits jetzt ist unseres Erachtens festzustellen, dass es dabei um mehr als nur um eine weitere Methodendiskussion geht. Hinter dem Thema, das in Deutschland unterschiedlich und zum Teil sehr widersprüchlich unter Fachleuten in Theorie und Praxis diskutiert wird, steckt der Wunsch nach Professionalisierung der Sozialen Arbeit ebenso wie der Ruf nach einem veritablen Instrument zur Bestim-

mung sozialer Notlagen, aber auch nach Routine und Sicherheit in der praktischen Arbeit. Hieraus ergibt sich allerdings die Schwierigkeit, diese teilweise divergierenden Anforderungen unter einem einzigen Begriff zusammenzufassen.

Aus diesem Grund existieren mittlerweile auch verschiedenste Termini und Modelle, die dieses Thema beschreiben. Ohne die frühen berufsgeschichtlichen Bemühungen erneut zu zitieren (*Kuhlmann 2004*), seien hier die wesentlichen nationalen Arbeiten genannt. Zunächst wandte sich die Sozialpädagogik dem Thema zu. So wurde der Begriff der „Sozialpädagogischen Diagnose“ durch *Mollenhauer* und *Uhlendorff* (1992, 1995) sowie von *Uhlendorff* (1997) geprägt. Weitere Termini, wie etwa das von *Müller* (1997) vorgeschlagene „Multiperspektivische Fallverstehen“, die Fallrekonstruktion (*Kraimer 2000*) sowie die von *Ader; Schrapper; Thiesmeier* (2001) in die Diskussion eingeführten Modelle des „Sozialpädagogischen Fallverstehens und der sozialpädagogischen Diagnostik“ kennzeichnen weitere Versuche einer Nutzbarmachung für die Soziale Arbeit. Einige Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Arbeit bezeichnen das Ergebnis ihrer Erkenntnisgewinnung auch als psychosoziale Diagnose. Dies soll verdeutlichen, dass die Persönlichkeit eines Menschen um das soziale Umfeld erweitert wird. Psychodiagnostik heißt, dass auf professionelle Weise das Erleben und Verhalten von Personen erkannt beziehungsweise Verhaltenseffekte festgestellt werden sollen (*Harnach-Beck 1997*).

Nicht zuletzt wird jedoch in der Sozialen Arbeit in der Einführung und Verwendung einer Sozialen Diagnose² eine Gefahr für den emanzipatorischen Ansatz der Sozialen Arbeit gesehen (*Kunstreich* u.a. 2003). Schließlich tauchen in jüngeren Publikationen auch Begriffe wie „sozialarbeiterische Diagnostik“ oder „dialogische Diagnostik“ auf. Zuletzt unternahm *Heiner; Schrapper* (2004) den Versuch, ein „diagnostisches Fallverstehen“ als Kompromiss von Notwendigkeit und Kritik zu beschreiben. In diesem Aufsatz wird Soziale Diagnose vor allem als Instrument der sozialen Einzelfallhilfe verstanden. Nicht ausgeschlossen wird damit, dass sich eine Soziale Diagnose auch auf die Feststellung gesellschaftlicher Einflüsse richten kann. Vielmehr sollten sich in der Sozialen Arbeit ihre beiden Ebenen etwa in der Gemeinwesenarbeit verbinden lassen und je nach Fokus zu ergänzenden Handlungen führen.

Ohne von einer „Inflation der Ratlosigkeit“ (*Hanff 2004*) zu sprechen, kann festgestellt werden, dass es sich beim Diskurs um „Soziale Diagnose“ um eine

schwierige Auseinandersetzung handelt. Der vorliegende Beitrag möchte daher sowohl die Möglichkeit als auch die Unmöglichkeit einer Sozialen Diagnose erörtern, um sich schließlich für das Modell einer „dialogischen Diagnose“ auszusprechen. Obwohl das Diagnosemodell assoziativ eher negativ besetzt ist und gerade wegen der sicherlich fragwürdigen Annahme einer im Diagnostizieren gegebenen Objektivität, wird aus Gründen der Anschlussfähigkeit zunächst am Begriff der Diagnose festgehalten. Schließlich stellt sich auch im Sinne einer Professionalisierung der Sozialen Arbeit die berechtigte Frage, weshalb die Diagnosestellung im Bereich „menschlicher Probleme“ eine Domäne der Medizin und Psychologie bleiben sollte. Immerhin eröffnen sich damit weitere Möglichkeiten, etwa der im Clinical Social Work der USA bereits etablierten Behandlungsautonomie der Sozialen Arbeit.

2. Problematisierung der „Sozialen Diagnose“: Fluch oder Segen für die Soziale Arbeit?

Die Soziale Arbeit kommt um eine kritische Betrachtung der Sozialen Diagnose nicht herum, da sich sowohl ethische als auch fachlich-professionelle Grenzen ergeben (Kling-Kirchner 2002). Eine grundlegende Schwierigkeit, die sich bei der Diskussion um Theorie und Praxis einer Diagnose stellt, besteht im „Normalisierungsparadigma“. Dieses ist deshalb als problematisch anzusehen, weil es die Dialektik zwischen Normfestlegung und Normveränderung außer Acht lässt. Daher war und ist auch die Kritik berechtigt, dass Soziale Arbeit sich nicht nur der Normalisierung durch Integration von Menschen in bestehende Lebenszusammenhänge, sondern immer auch der Normalisierung durch Veränderung dieser Zusammenhänge selbst widmen muss.³ In diesem Kontext stellt die Diagnosestellung als Möglichkeit, Normalität und deren Abweichung festzustellen, eine problematische Kategorie dar.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass Soziale Arbeit nicht ohne ein Diagnosehandeln auskommt, will sie zu einer professionell begründeten, ethisch gerechtfertigten und wirkungsvollen Veränderung sowohl individueller als auch gesellschaftlicher Entwicklung beitragen. Daher ist der Ansatz des „Person-in-Environment“ (Adler 1998) auch von besonderer Bedeutung, verdeutlicht er doch das unter den Humanprofessionen (Psychologie, Medizin, Sozialarbeit, Pflege) einzigartige Prinzip der Verbindung von ansonsten getrennt behandelten Feldern: der gleichzeitigen Betrachtung von Person und Umgebung.

Ein kritischer Einwand gilt der Gefahr des „Labeling“ durch eine Soziale Diagnose. Die Erkenntnis der mit

Die Ergebnisse der neuesten Pisa-Untersuchung kamen, kurz vor Beginn der Sommerferien, gerade zur rechten Zeit, damit wir noch unter dem Eindruck der Botschaft „Deutschland wieder nur Mittelklasse“ unsere eigenen Eindrücke Länder vergleichend sammeln konnten.

Ob der Urlaub uns nun nach Österreich, Frankreich, Finnland, Bayern oder Brandenburg führte oder noch führen wird – ein Eindruck stellt sich meistens schnell ein: Die Pisa-Ergebnisse mögen wichtige Impulse bringen und dringend benötigten politischen Handlungsdruck erzeugen, aber bei näherem Hinsehen erscheint ein direkter Bildungsvergleich vor allem so schief wie der Turm aus dem besagten Ort. Besonders augenfällig sind die unterschiedlich hohen Migrantenanteile. Ein multikulturelles Straßenbild wie es als Spiegel der Bevölkerungsstruktur in Paris oder Berlin, Köln oder Hamburg zu beobachten ist, fehlt ganz einfach in Helsinki, Oslo und Salzburg.

Jedes Land, jede Region hat eigene Herausforderungen, Vor- und Nachteile, die sich auch auf die Bildungs- und Berufschancen der Kinder und Jugendlichen auswirken. Zu erspüren ist beim Urlaub fernab von zuhause aber noch etwas, das eben nicht von Pisa erfasst wird: die Lebenseinstellung der Menschen. Oft fällt dabei auf, dass der Alltag dort mit mehr Gelassenheit, aber auch mehr Zuversicht, Lebensfreude und Tatkraft angegangen wird. Diese Urlaubserinnerung sollten wir Deutschen, Weltmeister im Nörgeln und Zweifeln, uns nach der Rückkehr in unseren Alltag möglichst lange als gutes Beispiel bewahren.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

der Vergabe von Diagnosen auch immer gegebenen Begleiterscheinung einer Festlegung auf „Kranksein“ oder „Abweichung“ stellt für die Patienten und Patientinnen eine erhebliche psychosoziale und lebensweltliche Belastung dar. Hier schlägt der Effekt deutlicher bei chronischen oder lebensbedrohlichen Erkrankungen als bei kurzfristigen Problemen durch. Aber geht mit dem Diagnostizieren immer auch eine Stigmatisierung der Betroffenen einher? Wenn ja, ist dieser ethische Konflikt aufzulösen? Unseres Erachtens ergibt sich hierzu die folgende Möglichkeit: Sollte es gelingen, eine Diagnose – verstanden als Einschätzung der Person-in-Environment-Situation (PIE) – aufzustellen, so ist diese aus ethischen und inhaltlichen Gründen nicht nur an eine Zustimmung (informed consent), sondern darüber hinaus an eine aktive Partizipation der Betroffenen (shared decision making) zu knüpfen.

Auch ist zu bedenken, dass sich die Soziale Arbeit immer wieder fragen muss, ob sie die von der Gesellschaft übertragenen Handlungsaufträge übernehmen möchte (Hanff 2004). Letztlich darf daher auch in der Diskussion um eine Soziale Diagnose nicht der Hinweis auf die nach wie vor virulente Problematik des so genannten „doppelten Mandats“ fehlen. Soziale Arbeit ist durch ihren Auftrag meist entweder gesetzlich oder gesellschaftlich auf die Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems festgelegt und mit seiner Lösung beauftragt. Sie muss daher immer auch Systemaufträge erfüllen, die in eine Soziale Diagnose mit einfließen werden. So ist zum Beispiel für die Arbeit im Sozialpsychiatrischen Dienst oder in der Bezirkssozialarbeit im Jugendamt konstitutiv, dass gewisse Garantienpflichten und ordnungsstaatliche Aufgaben (Schutz des Kindeswohls, Schutz vor Selbst- und Fremdgefährdung) gegeben sind, die in die Soziale Diagnose, mindestens jedoch in die entsprechenden sozialarbeiterischen Handlungen mit einfließen (Schaarschuch 1990).

2.1 Für die Sozialpädagogik ein Fluch...

Das Handeln in der Sozialpädagogik bewegt sich in einem Kontext, der „die identifizierten Probleme in einem rechtlichen Rahmen von Sozialleistungsansprüchen von Kindern und Familien, einem institutionellen Rahmen von Kompetenzen und Zuständigkeiten und einem politischen Rahmen verfügbarer Mittel“ (Schrapper 2001, S. 9) zu berücksichtigen hat. Mit der Neufassung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) sind dem Jugendamt bedeutsame Entscheidungsaufgaben zugeordnet worden, die in stärkerem Maße als vorher von den Fachkräften die Abklärung von Sachlagen, die Darstellung von Entstehungsbedingungen sowie die fachliche Einschät-

zung von Problemkonstellationen mit Blick auf die notwendige Intervention abfordern (Harnach-Beck 1997). Dies alles macht ein diagnostisches Vorgehen in der öffentlichen Jugendhilfe unverzichtbar.

Der Zeit- und Kostendruck, der die Fachkräfte in der öffentlichen Jugendhilfe beherrscht, macht es häufig unmöglich, eine sozialpädagogische Diagnose als Kooperationsprodukt gemeinsam mit den Hilfe Suchenden zu erstellen. Somit ergibt sich eine Zusammenstellung von Fremddaten durch die Bearbeitenden, aus der bestimmte Formulierungen werden, die zudem noch mit unter dem Druck der Finanzierbarkeit versehenen Schlussfolgerungen verknüpft werden. Die über lange Zeit verwendeten Negativ- und Defizitdarstellungen in den sozialpädagogischen Diagnosen sind jedoch mittlerweile ressourcenorientierten Formulierungen gewichen.

In der Begleitung und Betreuung, der Versorgung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien dominieren daher, so könnte man meinen, Beliebigkeit und Vielfalt. Einen festen und verbindlichen Rahmen für Problembeurteilungen und Interventionsmaßnahmen zu finden, ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, denn die Sozialpädagogik verfügt nicht über begründetes Wissen bezüglich der Wirkung ihres Handelns (Schrapper 2001).

Hege weist darauf hin, dass bei der Diagnosestellung oft vorausgesetzt wird, dass die Rat Suchenden freiwillig kommen und ein Eigeninteresse an den Ergebnissen mitbringen (Hege 2001). Im Jugendhilfebereich und besonders im Jugendamt wird jedoch der Kontakt dadurch erschwert, dass die Kinder und Jugendlichen den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen gegenüber sitzen, weil Eltern, Lehrkräfte oder eventuell auch Jugendrichter und -richterinnen das wollen. Gleichzeitig soll Diagnostik besonders in der Sozialen Arbeit ein interaktives Geschehen sein, bei dem beide am Diagnoseprozess beteiligten Parteien in dialogischer Zusammenarbeit zu einem Ergebnis kommen. In diesem Sinne ist jedoch auch davon auszugehen, dass das Ziel des dialogischen Kontaktes zwischen den sozialen Fachkräften und der Klientel nicht das „echte Gespräch“ im Sinne Bubers (1994) ist, das vielleicht in der Begegnung zwischen Freunden oder Lebenspartnern entsteht. Dieses Argument entbindet allerdings nicht davon, an einer vertrauensvollen und dialogischen Kommunikation zu arbeiten, wengleich auf der anderen Seite der viel besprochene Vertrauensgewinn zu Beginn der Kontaktaufnahme auf Grund der unterschiedlichen Stellung der beiden Personen, die sich

in die Diagnostik begeben, kaum möglich ist. Zumal die Fachkraft der öffentlichen Jugendhilfe auch noch auf das Zustandekommen der beantragten Maßnahme erheblichen Einfluss nehmen kann.

Hekele (2005) beschreibt die Arbeit mit Diagnosen daher als kritischen Prozess, der je nach Sorgfältigkeit und Ausrichtung tendenziell mehr mit „übler Nachrede“ als mit einer professionellen Diagnostik gleichzusetzen ist. Als Alternative stellt er deshalb die Jugendlichen und ihre Lebenswelt ins Zentrum des Erkenntnisinteresses und stärkt damit die Subjektorientierung der Sozialen Arbeit. *Merchel* (1994) zeigt weiterhin, dass die Alltagserfahrungen wie auch die Untersuchungen zur Praxis der Jugendämter eine mangelhafte fachliche Rationalität bei Entscheidungen zur außerfamiliären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen deutlich machen.

Im seit 1991 eingeführten KJHG wird eine andere Schwerpunktsetzung vorgenommen, so dass nicht allein durch die Begriffe Diagnose, Planerstellung und andere eine fachlich rationale Erziehungshilfepraxis erreicht wird. „Trotz einer äußerlichen Analogie im Begriff Hilfeplan sollen das Entscheidungsverfahren und der gesamte Hilfeprozess ein Profil erhalten, das sich von vorangehenden Konzepten, in denen Diagnosen, Anamnesen, Indikation, Vorstellung in Richtung Behandlung etc. einen zentralen Stellenwert einnahmen, in seinem grundlegenden Charakter unterscheidet. Es geht... um einen weitgehenden Perspektivwechsel: weg von einer expertenbestimmten Form vermeintlich rationaler Diagnosen und Behandlungen, hin zu einem den Subjektstatus der Adressaten systematisch einbeziehenden und fördernden Prozess mit Aushandlungscharakter“ (*Merchel* 1994, S. 45).

Von daher setzt die im KJHG konzipierte Hilfeplanung eine bestimmte Grundhaltung der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen voraus, mit der sie der Klientel gegenüber treten sollen. An die Gestaltung des klimatischen und organisatorischen Kontextes, in dem die Interaktionen mit den Adressaten der Jugendhilfe stattfinden, werden ebenfalls bestimmte Anforderungen gestellt. Das bedeutet, dass über die Diagnosekompetenz hinaus bestimmte Kernkompetenzen professionellen Handelns (wie zum Beispiel Selbstreflexion und Geduld) bei den Fachkräften der Sozialarbeit vorhanden sein müssen.

2.2 ... und für die Klinische Sozialarbeit ein Segen?

Wie steht es mit der Sozialen Diagnose im Bereich der Klinischen Sozialarbeit, hier verstanden als Ar-

beit mit gesundheitlich beeinträchtigten Menschen? Auf professionstheoretischer Seite wird gefordert, dass die Soziale Arbeit im Sinne von Qualitätssicherung über ein geeignetes Instrument verfügen sollte, um soziale Bedarfe, Notlagen oder Probleme feststellen zu können. Auf praktischer Seite stellt sich diese Frage, wenngleich unspektakulär, auf dieselbe Weise, wenn zum Beispiel die Arbeit in multiprofessionellen Teams in vielen sozialen Arbeitsbereichen immer mehr an Gewicht gewinnt.

Die Sichtweise der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ist für medizinisches Personal häufig nicht nachzuvollziehen. Sollte die Sozialarbeit deshalb versuchen, sich mit einer ähnlichen Begrifflichkeit der Medizin anzunähern? Für eine erfolgreiche Kooperation mit anderen Professionen, die ihr Handeln auf die Diagnosestellung aufbauen, scheint es sinnvoll, sich ebenfalls des Diagnosebegriffs zu bedienen. Das interdisziplinäre Handeln wird in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen und enthält große Entwicklungschancen, wie das KISMED-Projekt (*Hedtke-Becker* u.a. 2003) zeigt. Dabei wurde festgestellt, dass durch eine gemeinsam erarbeitete psychosoziale Checkliste, die im Krankenhaus von den Ärzten und Ärztinnen verwendet wird, eine Verbesserung der Kooperation und damit auch der Behandlung erreicht werden konnte.

Von Kritikern wird zu Recht eingewandt, dass sich die Soziale Arbeit mit ihrem multiperspektivischen Blick nicht auf eine Diagnose im Sinne einer Nosologie festlegen kann. Vielmehr betrachtet sie ihre Klientel als sozio-psycho-somatische Einheiten, deren Lage es insgesamt einzuschätzen gilt. Deskription sei erlaubt, jedoch keine Zuschreibung von Kategorien. Doch mit *Staub-Bernasconi* (2003) kann davon ausgegangen werden: „Diagnostizieren tun wir alle – nur nennen wir es anders.“

In der Diskussion um evidenzbasierte Medizin wird vehement darum gestritten, welchen Stellenwert evidenzbasiertes Handeln in der medizinischen Behandlung haben sollte. So muss auch in der Sozialen Arbeit der Einwand berücksichtigt werden, dass wissenschaftliches und erfahrungsbedingtes Wissen nur gemeinsam eine humane und qualitative Hilfe ermöglichen. Wir gehen dabei von der Grundannahme aus, dass im Behandlungsprozess Sinn erst durch Interaktion entsteht. Im Interaktionsprozess zwischen Helfenden und Klienten und Klientinnen entsteht dieser Sinn durch Kommunikation. In der bisherigen Form stellte diese Kommunikation schlechtestenfalls eine paternalistische, günstigstenfalls eine informative Beziehung dar. Im Gegensatz hierzu erkennt die

Soziale Diagnose die die Person bestimmenden Kontextfaktoren, aber auch deren Eigenwilligkeit an und kann so zu einer dialogischen Diagnose zwischen den Beteiligten werden.

3. Weiterentwicklung: Soziale Diagnose als dialogische Diagnose

Unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen einer Sozialen Diagnose wollen wir in der Folge das Modell der dialogischen Diagnose in den Vordergrund rücken. Hierin sehen wir die Möglichkeit, die Chancen einer Sozialen Diagnose für die Professionalisierung Sozialer Arbeit mit den kritischen Einwänden konstruktiv zu verknüpfen. Festzuhalten ist zunächst, dass die Soziale Arbeit unseres Erachtens nicht ohne ein Diagnoseverständnis auskommt. *Germain; Gitterman* (1988, S. 21) sprechen davon, dass „Sozialarbeiter und Klient (über die Diagnoseprozesse) zu einem Verständnis der objektiven Gegebenheiten“ zu gelangen versuchen, also zum Beispiel darüber, was das Problem ist, wie und wann es entstanden ist und anderes mehr. Darüber hinaus gilt es nach unserer Ansicht auch, die subjektiven Verarbeitungsprozesse und Realitäten der Klientel zu verstehen und zu erfassen. Aus den beiden Quellen der subjektiven und objektiven Bewertung „zieht der Sozialarbeiter vorläufige Schlussfolgerungen und erwägt Hypothesen, die an der Rückmeldung von Seiten des Klienten, an den von Sozialarbeiter und Klient erzielten Handlungserfolgen und an ihrer wechselseitigen Interaktion zu überprüfen sind“ (*ebd.*).

Soziale Arbeit unterscheidet sich dabei von anderen Humandisziplinen wie der Medizin oder der Psychologie dadurch, dass sie den Anspruch erhebt, in einem Prozess der Interaktion zwischen ihr als Profession und der Klientel mit einer Zirkularität von Anamnese, Diagnose, Intervention und Evaluation zu agieren. Dabei wird erwartet, dass die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen für neue subjektive und objektive Daten (im Sinne von Erkenntnissen, die sich aus dem Dialog mit der Klientel ergeben) stets offen sein müssen, um den Prozess von Erkenntnisgewinnung und Handlungsplanung in einem kontinuierlichen, sich selbst ständig beeinflussenden Gleichgewicht zu halten.

Auf jeden Fall müsste sich eine Soziale Diagnose mit Hilfe des dialogischen Kontakts zwischen den Professionellen und Klienten immer auf die somato-psycho-soziale Gesamtheit des Menschen beziehen, wie dies ja auch im Modell der PIE-Klassifikation (*Adler 1998, Karls; Wandrei 1994*) zum Ausdruck kommt. Da es in diesem wissenschaftstheoretischen Verständnis eine gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen

Ebenen gibt, kann in allen Bereichen der Sozialen Arbeit davon ausgegangen werden, dass immer alle Ebenen virulent wirken und somit betrachtet und eventuell in der Intervention berücksichtigt werden müssen. Hier könnte auf eine Metapher zurückgegriffen werden: Auf einer Filmrolle sind jeweils Standbilder oder einzelne Sequenzaufnahmen und damit Teile des Films zu sehen. Nur beim Abspielen, also bei laufendem Film, entstehen bewegte Bilder und damit ein Ganzes, ein Geschehen. Beim Anhalten des Films erscheinen zwar einzelne Sequenzen und Bilder, jedoch nicht der Zusammenhang, die Bewegung zwischen ihnen.

Die dialogische Diagnose ist damit unseres Erachtens als interaktionelles und prozesshaftes Geschehen zu verstehen, welches sich durch Kommunikation vermittelt und an dessen Ende keine Festschreibung erfolgen darf. Diagnostizieren in der Sozialen Arbeit ist ein Prozess, an dessen Ende keine Diagnose steht. Dies bedeutet, dass nach Diagnosestellung eine Intervention erfolgen muss, die wiederum Anlass gibt für eine Diagnose, die wiederum zu einer Intervention führt und so weiter.

4. Neue Experten als Voraussetzung für eine dialogische Diagnose

Wenn die Soziale Arbeit über eine Diagnosekompetenz verfügen und diese auch zum Einsatz bringen soll, um sich ein Bild vom Problem zu verschaffen, dann ist es unvermeidbar, theoretisch ein neues Expertenverständnis zu entwickeln. Der durch die Experten- und Versorgungskritik zunehmend infrage gestellte alte Typ von Experten zeichnete sich dadurch aus, dass er paternalistisch, einseitig professionsorientiert und unter Zuhilfenahme eines Fachjargons ein Problem diagnostizierte und die für die Lösung notwendigen Hilfen verordnete. In den meisten Fällen war die Diagnose dann – auch in der Sozialen Arbeit – defizitorientiert. Indem aber ein Lebensproblem defizitär diagnostiziert wird, nehmen die Fachleute eine höchst widersprüchliche Position ein. Einerseits werden sie als Problemlösungsexperten angerufen, andererseits sollen sie dazu beitragen, dass die Betroffenen selbst die Lösung herausfinden und umsetzen. *Herriger* fasst dieses Problem als konstitutiv auf, indem er schreibt, dass „diese Konfrontation zwischen expertenseitiger Defizitzuschreibung und klientenseitiger Normalitätsbehauptung ... ein kritischer Markierungspunkt in der institutionellen Interaktion (ist)“ (*Herriger 1997, S. 71*).

Auf die konkrete Frage nach einem neuen, postmodernen Expertenverständnis schreibt *Luhmann* dagegen, in der Sozialdimension zurückübersetzt heißt

dies, dass man bei allen Versuchen, sich zu verständigen, von der Unsicherheit des anderen ausgehen kann. Wenn er sie leugnet, kann man sie ihm nachweisen. Verhandlungen haben dabei den Sinn, die Unsicherheit aller so zu vergrößern, so dass man sich nur noch verständigen kann. Dem entspricht der moderne Typus des *Experten*, das heißt des Fachmanns, dem man Fragen stellen kann, die er nicht beantworten kann, und den man dann allenfalls auf den Modus der Unsicherheit zurückführen kann“ (Luhmann 1992, S. 141 f.).

Doch was sind das für Experten, die am Ende einer solchen Definition übrig bleiben? Ist überhaupt noch ein Sozialtypus zu erkennen, der zum professionellen Handeln befähigt ist? Luhmann schlägt zur Lösung dieser Frage vor, dass die Gesellschaft insgesamt mehr „Unsicherheitstoleranz“ entwickeln sollte, um ohne den alten Expertentypus auszukommen. Die Expertenkritik geht bei Luhmann darauf zurück, dass er unseres Erachtens zurecht bemerkt, dass „man die Kommunikation eines Spezialisten oder eines zuständigen Stelleninhabers als sorgfältig geprüft unterstellt, weil man anderenfalls die Prüfung selbst durchführen müsste. Man greift nicht auf dessen Informationsquellen oder seine Schlussfolgerungen zurück, sondern geht von seiner Kommunikation als Tatsache, als gegebener Informationsverdichtung aus. Entsprechend kommt es zur Koppelung von Verantwortung (= Unsicherheitsabsorption) und Autorität, Autorität begriffen als ‚capacity for reasoned elaboration‘. Man unterstellt in der weiteren Kommunikation, dass eine mit Autorität versehene Kommunikation erläutert und begründet werden könnte“ (ebd., S. 175).

Unseres Erachtens ist diese Argumentation für die Frage der Sozialen Diagnose insofern fruchtbar, da der neue Typus der Experten keine Allmacht suggeriert, die sich sowohl auf die Feststellung (Diagnose) als auch Lösung (Behandlung) des Problems stützt, sondern vielmehr Unsicherheit als konstitutionelles Merkmal einer Problemsituation zulässt. Unsicherheit wird dabei nicht als Rückzug der Professionellen verstanden, sondern als Möglichkeit, Räume für die Betroffenen zu eröffnen, um das Problem selbst oder gemeinsam mit den Professionellen zu lösen. Dies führt dazu, dass der Hilfeprozess als Koproduktion verstanden werden muss und deshalb ein „Verschreiben“ von – auch psychosozialen – Rezepten nicht mehr genügt. Vielmehr sind Fähigkeiten der Verhandlung, Vernetzung und Mediation von größter Bedeutung. Sowohl Patienten und Patientinnen als auch Professionelle sind in diesem Sinne als mündige, aufeinander angewiesene Fachleute zu sehen,

die sich gemeinsam um den Prozess der Hilfe sorgen. Von einer paternalistischen, einseitigen Hilfeverordnung entsteht ein Übergang zum „shared decision making“ beziehungsweise einem „informed consent“. Dieser Wandel vom autoritären zum partnerschaftlichen Expertentum vollzieht sich entlang des auch als postmodernen Wandlungsprozess bezeichneten Wegs der Gesellschaft insgesamt. Er beeinflusst auch das Verhältnis von Professionellen und Laien beziehungsweise von professionellen Helfenden und Hilfe Empfangenden.

5. Ausblick

Die Soziale Arbeit braucht eine Diagnosekompetenz in zweierlei Hinsicht. Zum einen stellt sie eine Form der Qualitätssicherung dar und damit einen Nachweis darüber, dass die Regeln der Zunft beherrschbar sind, ohne dass nur „aus dem Bauch heraus“ oder mit dem gesunden Menschenverstand Hilfe geleistet wird. Zum anderen steht die Soziale Arbeit als Humandienstleistung – ob sie es mag oder nicht – in einem fortschreitenden Wettbewerb um Mittel, Zuständigkeiten und Kompetenzen. In diesem Wettbewerb kann sie nur dann eine gute Position erringen, wenn sie ihr professionelles Profil, zu dem auch die Diagnosekompetenz gehört, selbstbewusst vertreten und belegen kann. Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Sozialen Diagnostik, insbesondere deren empirische Überprüfung und die gezielte Herausbildung von Diagnosekompetenzen für die weitere Professionalisierung der Zunft von großer Bedeutung.

Anmerkungen

1 Unter den Begriff der Sozialen Diagnose fassen wir, solange nicht anders benannt, sowohl den sozialarbeiterischen als auch den sozialpädagogischen Zugang, das heißt eine sozialarbeiterische wie auch eine sozialpädagogische Diagnostik.

2 Im Folgenden wird einheitlich der Begriff der Sozialen Diagnose verwendet. Darunter subsumieren wir, sofern nicht anders genannt, die in diesem Absatz genannten Begriffe.

3 Vergleiche hier die im New Public Health aufgenommene Unterscheidung zwischen Verhaltens- und Verhältnisveränderung.

Literatur

Ader, Sabine; Schrapper, Christian; Thiesmeier, Monika: Sozialpädagogisches Fallverstehen und sozialpädagogische Diagnostik in Forschung und Praxis. Münster 2001

Adler, Helmut: Eine gemeinsame Sprache finden. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 7-8/1998, S. 161-164

Buber, Martin: Das dialogische Prinzip. Gerlingen 1994

Germain, Carel B.; Gitterman, Alex: Praktische Sozialarbeit: das life-model in der Sozialen Arbeit. Stuttgart 1988

Harnack-Beck, Viola: Psychosoziale Diagnostik in der Jugendhilfe. Weinheim 1997

Hanff, Susanne: Zur Diagnose/Diagnostik in der Sozialen Arbeit oder: Zur Inflation der Ratlosigkeit. In: Forum SOZIAL

2/2004, S. 15-17

Hedtke-Becker, Astrid u.a. (Hrsg.): (Familien-)Medizin und Sozialarbeit – ein Kooperationsmodell. Das KISMED-Projekt in der Praxis. Hockenheim 2003

Hege, Marianne: Kunst oder Handwerk? Konzeptionelle und methodische Eckpfeiler sozialpädagogischen Fallverstehens. In: Ader, Sabine; Schrapper, Christian; Thiermeier, Monika: a.a.O. Münster 2001

Heiner, Maja; Schrapper, Christian: Diagnostisches Fallverstehen in der Sozialen Arbeit. In: Schrapper, Christian: Sozialpädagogische Diagnostik und Fallverstehen in der Jugendhilfe. Weinheim 2004

Hekele, Kurt: Sich am Jugendlichen orientieren. Ein Handlungsmodell für subjektorientierte Soziale Arbeit. Weinheim 2005

Herriger, Norbert: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Stuttgart 1997

Karls, J.M.; Wandrei, K.E. (Hrsg.): Person-In-Environment. The PIE-Classification System für Social Functioning Problems. Washington D.C. 1994

Kling-Kirchner, Cornelia: Diagnostik als Bestandteil klientenbezogener Sozialarbeit. In: Soziale Arbeit 9/2002, S. 322-330

Kraimer, Klaus (Hrsg.): Die Fallrekonstruktion: Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Frankfurt am Main 2000

Kuhlmann, Carola: Zur historischen Dimension der Diagnostik am Beispiel von Alice Salomon. In: Heiner, Maja: Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit. Berlin 2004

Kunstreich, Timm u.a.: Diagnose und/oder Dialog? In: Widersprüche 6/2003, S. 11-33

Luhmann, Niklas: Beobachtungen der Moderne. Opladen 1992

Merchel, Joachim: Von der psychosozialen Diagnostik zur Hilfeplanung. In: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.): Hilfeplanung und Betroffenenbeteiligung. Münster 1994

Mollenhauer, Klaus; Uhlendorff, Uwe: Sozialpädagogische Diagnosen. Über Jugendliche in schwierigen Lebenslagen. Weinheim 1992

Mollenhauer, Klaus; Uhlendorff, Uwe: Sozialpädagogische Diagnosen II. Selbstdeutungen verhaltensschwieriger Jugendlicher als empirische Grundlage für Erziehungspläne. Weinheim 1995

Müller, Burkhard: Sozialpädagogisches Können. Freiburg im Breisgau 1997

Richmond, Mary: Social Diagnosis. New York 1917

Salomon, Alice: Soziale Diagnose. Berlin 1926

Schaarschuch, Andreas: Zwischen Regulation und Reproduktion: gesellschaftliche Modernisierung und die Perspektiven sozialer Arbeit. Bielefeld 1990

Schrapper, Christian: Wissen wir, was wir tun? Einführung zum Fachgespräch über Verstehen und Diagnostik in der Sozialpädagogik. In: Ader, Sabine; Schrapper, Christian; Thiermeier, Monika: a.a.O. Münster 2001

Staub-Bernasconi, Silvia: Diagnostizieren tun wir alle – nur nennen wir es anders. In: Widersprüche 6/2003, S. 33-40

Uhlendorff, Uwe: Sozialpädagogische Diagnosen III. Ein sozialpädagogisch-hermeneutisches Diagnoseverfahren für die Hilfeplanung. Weinheim 1997

Sozialmanagement und Gender Mainstreaming

Neue Aspekte für die Professionalisierung der Sozialen Arbeit

Martin Albert

Zusammenfassung

Frauen in Leitungspositionen sind im sozialen Bereich, insbesondere bei den Wohlfahrtsverbänden, weiterhin unterrepräsentiert. Die Ursachen liegen in der spezifischen Entwicklung der Sozialen Arbeit als Profession und berühren Fragen von Macht und Marktökonomie. Gender Mainstreaming stellt eine gezielte Strategie dar, geschlechtsspezifische Rollenmuster auf der Führungsebene in Frage zu stellen, damit Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch tatsächlich umgesetzt werden.

Abstract

Women working in leading positions in social fields, especially in welfare associations, continue to be underrepresented. Reasons can be found in the special development of social work as a profession. They concern questions of power and market economy. Gender mainstreaming is a targeted strategy to question gender specific roll patterns in leading positions in order to really implement gender equality and the compatibility between family and profession.¹

Schlüsselwörter

Sozialmanagement - Soziale Arbeit - Professionalisierung - Frau - geschlechtsspezifische Faktoren - Wohlfahrtsverband

Einleitung

Sozialmanagement stellt eines der am stärksten wachsenden Segmente Sozialer Arbeit dar. Der immense Auf- und Ausbau dieses Bereiches kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlechterfragen in vielerlei Hinsicht noch aussteht. Geschlechterforschung kommt bis auf wenige Ausnahmen (*Brückner 1992, Schreyögg 2000*) in der entsprechenden Sozialmanagementliteratur so gut wie nicht vor. Frauenförderung als Aufgabe des Managements im sozialen Bereich bleibt weiterhin unbestimmt und marginal. Einer der Gründe für das geringe Interesse liegt einerseits in der männlich zentrierten Dominanz der entsprechenden Subdisziplinen des Sozialmanagements. Die klassische Betriebswirtschaftslehre bezieht nur im geringen Maße Geschlechterfragen mit ein. Eine wissenschaftliche Untersuchung der wichtigsten deutschsprachigen Lehrbücher für Personalwirtschaft ergab, dass das

Thema Geschlechterverhältnisse in keinem der Bücher behandelt wurde (*Schreyögg* 2000, S. 395). Untersuchungen zum Thema Betriebsorganisation unter geschlechtsspezifischen Aspekten liegen so gut wie nicht vor. Zwischenzeitlich gibt es zumindest erste quantitative Bestandsaufnahmen von weiblichen Führungskräften in kirchlichen Wohlfahrtsverbänden (*Trommer* 2001).

Die Kritik von Seiten der Frauenforschung in Bezug auf den Sozialen Bereich macht sich derzeit auf drei Ebenen fest:

- ▲ die (Unter-)Bewertung frauenspezifischer Arbeit im sozialen Bereich;
- ▲ die männliche Dominanz auf der Führungsebene in kirchlichen und sozialen Organisationen;
- ▲ das ehrenamtliche Engagement von Frauen im sozialen und pflegerischen Bereich.

Eine der zentralen Analysen der Geschlechterforschung lag in der Aufarbeitung der Entwicklung von frauenspezifischen Sozialberufen im historischen Kontext. Die entstehende bürgerliche Gesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts polarisierte die Zuweisung von Geschlechtermerkmalen. Während Männer im harten öffentlichen Alltags- und Berufsleben zu bestehen haben, sind Frauen vorwiegend für den privaten Familienbereich zuständig. Frauenarbeit wurde mit moralischen Werten wie Häuslichkeit, Sanftmut und Emotionalität belegt. Auf Grund dieser ideologisierenden Charakterisierung waren Frauen – von Natur aus – prädestiniert für die aufkommenden Sozial-, Pflege- und Erziehungsberufe. Die damit einhergehende Gründung der großen Wohlfahrtsverbände und deren vehementer Ausbau konnte nur deshalb gelingen, weil die Etikettierung der „sozialen Mütterlichkeit“ in Verbindung mit dem „unbezahlten Liebesdienst“ von der Gesellschaft verinnerlicht wurde. Frauen stellten fortan das Gros der Mitarbeitenden im sozialen Bereich.

Genauso verinnerlicht wurde aber auch, dass Frauen der Zugang zu den wirtschaftlichen und politischen Schaltzentralen verwehrt wurde. So war es in der männlichen Logik selbstverständlich, dass Leitungsstellen im sozialen Bereich fast ausschließlich für Männer vorgesehen waren. In Leitungspositionen konnten sie die damit verbundenen Merkmale wie Disziplin, Durchsetzungsvermögen und Objektivität einsetzen. Selbst die Reformdebatte der Freien Wohlfahrtspflege in den 1970er-Jahren und der rasante strukturelle Ausbau änderten nichts daran, dass das Missverhältnis zwischen männlich dominierter Führung und der überwiegend weiblichen Mitarbeiterschaft in den Sozialberufen intakt blieb. Die Diskus-

sion richtete sich einseitig auf Professionalisierungsbestrebungen und orientierte sich damit an den eindeutig männlich dominierten „Vollprofessionen“ wie Ärzten und Rechtsanwältinnen. Für die Sozialberufe reichte es in diesem wissenschaftlichen Vergleich lediglich zur Etikettierung als so genannte Semi-Profession. Im Grunde genommen blieb es bei dieser einseitigen geschlechtsspezifischen Kategorisierung bis zu Beginn der 1990er-Jahre. Erst die sich institutionalisierende Geschlechterforschung und die damit verbundenen Analysen und wissenschaftlichen Untersuchungen gaben neue Anstöße für einen geschlechtsspezifischen Diskurs im sozialen Bereich.

Die Verknüpfung von Sozialer Arbeit und Geschlechterforschung

Soziale Arbeit und Geschlechterforschung bieten eine Reihe von Anknüpfungspunkten und Schnittstellen. Die grundsätzlichen Fragestellungen der Sozialen Arbeit in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen und Prozesse der Ausgrenzung sind letztlich auch Fragen der feministischen Bewegung der letzten dreißig Jahre. Viele Ansätze und Impulse kamen von der Praxis Sozialer Arbeit. Die benachteiligte Situation von Frauen und Mädchen in unteren sozialen Schichten, die Ausgrenzung von Frauen in bestimmten Berufs- beziehungsweise Wirtschaftsbereichen oder das tabuisierte Thema von Gewalt gegen Frauen führten zu einer Vielzahl von Projekten. Das Erfahrungswissen führte zu weitreichenden Spezifizierungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen und zu einer Anzahl von Forschungsprojekten und Veränderungen der Praxis. Die Palette reicht von der Debatte zum Schutz vor sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz bis hin zum Schutz von weiblichen Flüchtlingen, die auf Grund geschlechtsspezifischer Benachteiligung aus ihren Ländern geflohen sind. Nachhaltig kann auch der Einfluss auf den Bildungsbereich bewertet werden. So wurden zum Beispiel neue Formen geschlechtsspezifischer Bildungsarbeit im schulischen Bereich (insbesondere bei den technischen Schulfächern) entwickelt oder nur für Mädchen zugängliche Bereiche auf Kinderspielplätzen eingerichtet.

Ein wichtiger Focus liegt in der sozial konstruierten „inneren“ Verwandtschaft von Sozialer Arbeit, Sozialpädagogik und weiblich orientierter Hausarbeit. Der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten im sozialen, pädagogischen und pflegerischen Bereich wurde mit der Nähe zur familiären Reproduktionsarbeit begründet. Frauen sind in ihrer Sozialisation mit dieser Form von Arbeit konfrontiert und werden bewusst oder unbewusst in entsprechende Berufsbereiche abgedrängt. Die Nähe von Haus- und Erzie-

hungsarbeit und Sozialer Arbeit stellt in vielerlei Hinsicht auch ein Professionalisierungsproblem dar, wobei es in der grundlegenden Diskussion zu Veränderungen kam. Die Forderungen der feministischen Bewegung zu Beginn der 1970er-Jahre waren geprägt von dem Prinzip der Gleichheit und dem Anspruch auf politische Partizipation. Die offensichtliche Benachteiligung von Frauen sollte aufgedeckt und gesellschaftlich thematisiert werden. Dieser politische Anspruch war verbunden mit der subjektiven Verwirklichung von Kritik und der Befreiung des weiblichen Individuums in seinem Lebenszusammenhang. Die Debatte im Laufe der 1980er-Jahre bis weit in die neunziger Jahre hinein verstärkte diesen subjekt-orientierten Ansatz. Die Diskussion wurde erweitert durch die sich etablierende Frauenforschung und dem Bestreben, weibliche Bedürfnisse – also Frau-Sein – zu bestimmen. Themenkomplexe wie weibliche Moral, weibliches Denken, Arbeitsvermögen und weiblicher Sozialcharakter führten zu theoretischen Diskussionen um den Aspekt der Differenz zwischen Männern und Frauen.

Im Vordergrund stand die Dichotomie zwischen dem biologischen und dem sozialen Geschlecht. Neben dem Alter und der Hautfarbe ist das biologische Geschlecht ein unveränderliches Merkmal des Individuums. In diesem Konzept geht es um die Differenzen von Männlichkeit und Weiblichkeit in ihren sozio-kulturellen Auswirkungen. Frauen und Männer weisen neben dem biologischen Geschlecht auch ein soziales Geschlecht auf, wie dies in der englischen Begriffsbezeichnung „Gender“ zum Tragen kommt (Gildemeister 2001, S. 682 f.). Hier wird Gender als soziales Konstrukt aufgefasst. Im englischen Sprachgebrauch gibt es weiterhin die biologische Bedeutung. Der Begriff „Sex“ beschreibt die biologische Kategorisierung des Geschlechtes und legt die genetische Fixierung fest (wobei auch dies neuerdings unter dem Aspekten der „sexual diversity“ neu diskutiert wird).

Gender bedeutet die Erweiterung der Begrifflichkeit um die sozial-gesellschaftliche Struktur. Letztlich geht es um den Gegensatz beziehungsweise die Erweiterung von Natur und Kultur. Die Ausformung der sozialen Gestaltungsmerkmale ist eine kulturelle Leistung. Durch Sozialisation und der damit verbundenen Zuschreibung werden wir zu Männern und Frauen gemacht. Dies impliziert eine historische Perspektive der Entwicklung der Geschlechter im kulturellen Kontext. Zwar hat sich der Prozess der Definition des sozialen Geschlechtes über Jahrtausende hinweg vollzogen. Gerade dieser Prozesscharakter beinhaltet aber auch, dass soziale Zuweisungen an das Geschlecht

nicht naturgegeben, sondern im gesellschaftlichen Kontext veränderbar sind. Es ist von Menschen definiert worden und kann somit neu definiert werden.

Zur sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gleichstellung von Frauen

Der Zusammenhang zwischen Sozialmanagement und Genderforschung kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Zusammenhängen betrachtet werden. Die Stellung der Frau im nationalen und internationalen Bereich ist zu einem der zentralen gesellschaftlichen Themen der letzten Jahrzehnte geworden. Die feministische Bewegung hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von politischen und sozialen Fortschritten erzielt. Insbesondere die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking, bei der ein Aktionsprogramm für die Gleichstellung von Frauen verabschiedet wurde, gab weitere wichtige Impulse. Die bisherigen Erfolge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine tatsächliche Chancengleichheit noch lange nicht erreicht ist. In bestimmten Bereichen gab es sogar Rückschritte, die auch einen engen Zusammenhang mit der Ökonomisierung der Weltwirtschaft aufweisen (Bulard 2003, S. 76 f.). Noch immer sind Frauen und Mädchen in verstärktem Maße Opfer von Gewalt. Nach offiziellen Zahlen sind 20 Prozent der Frauen in den USA, 40 Prozent in Europa und sogar 58 Prozent in der Türkei Opfer von häuslicher Gewalt. In vielen wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern ist Abtreibung verboten, in Ländern wie Irland, Portugal, Spanien und Polen steht sie unter großer gesellschaftlicher Ächtung.

Auch in der politischen Gleichstellung sind zwar Fortschritte erzielt worden, eine tatsächliche Gleichstellung ist aber in keinem Land der Welt erreicht (Calamard 2003, S. 78 f.). Nur in zwölf Ländern der Erde liegt der Frauenanteil in den Parlamenten bei circa 30 Prozent. In Europa schwankt der Anteil zwischen 42,7 Prozent in Schweden, 31 Prozent in Deutschland, 12 Prozent in Frankreich und 8,7 Prozent in Griechenland. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Einführung von Frauenquoten und dem Anteil von Volksvertreterinnen in Parlamenten. In vielen osteuropäischen Ländern ist mit Aufhebung der Quotenregelung und mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme die Anzahl der Frauen in Parlamenten dramatisch zurückgegangen. Viele wichtige Entscheidungen fallen jedoch nicht mehr in Parlamenten, sondern im wirtschaftlichen Bereich.

Deutschland hat weiterhin kein Gleichstellungsgesetz verabschiedet. Von politischer Seite gab es lediglich eine Empfehlung an die Unternehmen, Maß-

nahmen zur Chancengleichheit zu ergreifen. Die neueren vorliegenden Zahlen, basierend auf den turnusmäßigen Betriebsbefragungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, sind ernüchternd und zeigen auf, dass eine Veränderung in den letzten Jahre nicht eingetreten ist. Nur in 6,5 Prozent der bundesdeutschen Unternehmen gibt es Vereinbarungen zur Chancengleichheit (Oestreich 2003, S. 6). Hier besteht ein deutlicher Zusammenhang zur Größe des Unternehmens: 45 Prozent der Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten haben eine Vereinbarung vorzuweisen. Je qualifizierter die beschäftigten Frauen sind, desto stärker sind auch die Bemühungen nach solchen Vereinbarungen. Bei gering verdienenden Frauen dürften etwaige Regelungen insofern kaum greifen.

Ein besonderer Zusammenhang besteht auch mit einem neueren gesellschaftlichen Phänomen, der gestiegenen Anzahl von kinderlosen Frauen. Ein Drittel der 28-jährigen Frauen gaben bei einer Befragung an, kinderlos bleiben zu wollen (Roggenkamp 2003, S. 12). Für 70 Prozent war der Hauptgrund die fehlende ganztägige Kinderbetreuung und die mangelhafte Ausstattung an Ganztagschulen. Aber trotz des Verzichts auf Kinder, die im Wesentlichen auch als Karrierehindernisse betrachtet werden, hat sich der Anteil der Frauen in Führungspositionen kaum verändert. Deutschland liegt diesbezüglich seit Jahren unverändert unter dem europäischen Durchschnitt. Die 100 größten börsennotierten deutschen Unternehmen haben weiterhin keine einzige Frau in ihren Vorständen. Das für Frauen ungünstige Ehegattensplitting in Deutschland ist weiterhin nicht abgeschafft. Es ist auch in Zukunft noch davon auszugehen, dass Frauen in vielen Wirtschaftsbereichen für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt werden als Männer.

Sozialmanagement als Professionalisierungselement

Eine Annäherung zum Thema Sozialmanagement aus frauenspezifischer Sicht kommt nicht umhin, die Entwicklung der sozialen Berufe aus professionstheoretischer Sicht zu betrachten. Diese Analyse verdeutlicht erst die Charakterisierung von Frauenberufen im Sozial-, Erziehungs- und Pflegebereich als Semi-Professionen. Diesen stehen die akademisierten Vollprofessionen wie zum Beispiel die der Ärzte, Rechtsanwälte und andere mehr gegenüber. Damit verbunden sind eine Reihe von entscheidenden Merkmalen. Dies betrifft das Ausmaß an Autonomie, das die Gesellschaft einer Profession zugesteht. Je höher die Autonomie und die Deutungsmacht professionstypischer Aufgabenzuweisungen (zum Beispiel in

Bezug auf Gesundheit, Recht, Religion), desto höher auch der gesellschaftliche Status. Eng geknüpft ist diese Deutungsmacht mit dem Potenzial an gesellschaftlicher Macht (zum Beispiel über Berufsverbände), an monopolisierender Stellung und finanzieller Entlohnung. Auch hier gilt das Prinzip, je höher der Grad der Professionalisierung, desto höher ist das Ausmaß der aufgezeigten Merkmale. Anderen Berufe bleibt in gewisser Hinsicht nur die Zuschreibung einer Semi-Profession, wie dies gerade für den sozialen Bereich zutrifft. Trotzdem sind diese Berufe beständig bestrebt, die Merkmale einer Profession zu erfüllen.

Sozialmanagement stellt in gewisser Hinsicht einen neuen Ansatz für eine Professionalisierung Sozialer Arbeit dar. Bei traditionellen Professionalisierungsansätzen wird die Bedeutung des Genderaspektes fast vollständig ausgeblendet. Wenn überhaupt, finden sich nur Hinweise, dass die „Feminisierung“ eines Berufes den Professionalisierungsprozess eher hindert. Dies zeigt sich insbesondere in Berufen mit einem hohen Frauenanteil. Hierin zeigt sich weiterhin die indifferente und ideologisierende Haltung zur Geschlechterdifferenz. Dieses Konzept wurde einer feministisch orientierten Kritik unterzogen und Professionalisierungsprozesse unter dem Aspekt der Geschlechtsspezifität betrachtet und analysiert (Gildemeister 2001, S. 682 ff.). Eine Ursache wurde darin gesehen, dass Frauen in der Regel in wissenschaftlichen Theorien und Untersuchungen eher „unsichtbar“ bleiben und damit begründet, dass der herrschende Professions- und Wissenschaftsbereich von Männern dominiert wird. Im Blickfeld einer feministischen Analyse von Professionalisierungsprozessen steht weiterhin die gesellschaftliche und ökonomische Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen. Erst vor diesem Hintergrund wird die Marginalität von Frauen in höher qualifizierten Berufen verständlich.

Warum Frauen in höher qualifizierten Berufen weiterhin nur im geringen Maße vertreten sind, lässt sich nur unter dem Aspekt von Macht und Marktökonomie verstehen. Die Strukturen werden weiterhin von Männern dominiert. Sie bestimmen über den Grad der Professionalisierung der den Männern zugeordneten Berufe. Ausgestattet mit Geld und Macht bleiben diese Berufsmilieus quasi zirkulär in einem geschlossenen Kreis, der häufig für Frauen nicht zugänglich ist. Dieser Zuweisungsprozess ist schwer zu durchschauen und orientiert sich grob vereinfacht an den Arbeitsinhalten. Ein hoher Frauenanteil korreliert danach mit einem mangelhaften Sozialstatus, wobei dies weitgehend unabhängig ist von den Arbeitsinhalten eines Berufes. Professionen haben noch

das wesentliche Merkmal von Akademisierung. Gerade dieser Aspekt muss unter einer geschlechtsspezifischen Betrachtungsweise analysiert werden. Vollprofessionen waren immer auch gekennzeichnet durch ihr langes und teures wissenschaftliches Studium, das ihnen eine soziale Exklusivität bescherte. Berufskarrieren in Medizin, Justiz und Politik konnten nur über die männerdominierten Professionen eingeschlagen werden. Vor diesem Hintergrund wird die historische Ausgrenzung von Frauen aus dem akademischen Studium verständlich. Auch wenn Frauen heute verstärkt in akademischen Berufen zu finden sind, bedeutet dies noch keine vollständige Abkehr von den historisch gewachsenen Verhältnissen.

Frauen in Leitungsfunktionen

Für den Bereich der Sozialen Arbeit liegen keine repräsentativen Untersuchungen über Frauen in Leitungspositionen vor. Es gibt jedoch eine Reihe von Statistiken, die darauf hinweisen, dass Frauen weiterhin unterrepräsentiert sind. Das Ungleichgewicht ist schon im strukturellen Berufsverlauf von Sozialberufen vorgezeichnet. Trotz eines Anteiles der Studentinnen an den Fachhochschulen für Sozialwesen an der Gesamtzahl der Studierenden in Höhe von zwei Drittel liegt der Anteil der Dozentinnen in der Lehre nur bei etwa einem Drittel (*Ehrhardt-Kramer* 1992, S. 20 f.). Dieser Anteil ist vergleichsweise noch sehr hoch im Vergleich zu anderen Fachhochschulen und Universitäten. Die geschlechtsspezifische Differenzierung ist im naturwissenschaftlichen Bereich besonders deutlich ausgeprägt. Hier ist der Anteil von Frauen wesentlich geringer als in Pädagogik und Sozialwissenschaft. Besonders eklatant ist zudem die vertikale Berufsstruktur. So finden sich im Kindergartenbereich ausschließlich Frauen. Zumindest dort ist jedoch gewährleistet, dass die Leitungsfunktionen auch von Frauen eingenommen werden.

Neuere Zahlen liegen für das Diakonische Werk und den Deutschen Caritasverband vor, die weiterhin den geringen Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen belegen. Die Diakonie hat einen Anteil von 66 Prozent an weiblichen Beschäftigten (*Trommer* 2001, S. 9 ff.), davon arbeiten aber mehr als 75 Prozent in den Gehaltsbereichen von BAT IV und gering vergüteten Gehaltsgruppen. Die Teilzeitstellen werden zu 93 Prozent, befristete Verträge zu 77 Prozent von Frauen wahrgenommen. Es gibt keine männlichen Beschäftigten, die sich aus Gründen der Erziehung oder der Pflege eines Familienangehörigen beurlauben lassen. Auf der Leitungsebene sind Frauen nur spärlich vertreten. Nur zwei der 24 Diakonischen Werke in Deutschland werden von Frauen geleitet. Je höher die Gremien angesiedelt sind, desto weni-

ger sind Frauen vertreten. Im Diakonischen Rat beträgt der Anteil der Frauen nur 22 Prozent, in der Diakonischen Konferenz sind Frauen nur zu 18 Prozent vertreten.

Ähnliches gilt auch für den Deutschen Caritasverband, der schätzungsweise drei Viertel bis vier Fünftel Frauen als Beschäftigte aufweist. Zwar sind in der Bundeszentrale von 325 Beschäftigten 70 Prozent Frauen, in den Führungsgremien liegt der Frauenanteil im Jahre 2001 jedoch bei 15 Prozent (*Bargel* 2001, S.18 ff.). Im geschäftsführenden Vorstand ist keine Frau vertreten. Im Zentralvorstand sind 20 Männer und vier Frauen stimmberechtigt, im Zentralrat sind 85 Männer und 22 Frauen vertreten, in den 27 Diözesan-Caritasverbänden gibt es eine Frau als Direktorin. In der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg sind von 29 Abteilungs- und Referatsleitungen lediglich vier mit Frauen besetzt. Diese Zahlen können verkürzt zusammengefasst werden: Soziale Arbeit ist mehrheitlich weiblich, ihre Führung jedoch weiterhin männlich.

Geschlechtsspezifische Rollenmuster

Hinter den genannten Zahlen verbergen sich rollenspezifische Muster, die im kirchlichen Bereich noch eine eigene Ausprägung erhalten. Menschen, die sich für eine Arbeit im sozialen Bereich entschieden haben, zeigen bestimmte Persönlichkeitsmerkmale auf. Eine hohe Anfangsmotivation, mit Menschen zu arbeiten und etwas Sinnvolles zu tun, ist konfrontiert mit einer als schwierig erlebten Berufsrealität. Die Arbeit erweist sich vielmals als anstrengend, ist psychisch belastend, gestaltet sich schwierig hinsichtlich der Arbeitszeiten und ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen eher unterbezahlt. Eine Karriere im sozialen Bereich ist nur mit Einschränkungen möglich. Einer der zentralen Punkte ist hierbei der Aspekt von Familie und Kindern. Es gibt genügend Hinweise, dass Frauen in Leitungspositionen einen Aufstieg nur dann bewerkstelligen können, wenn sie keine Kinder und oftmals auch keinen Partner haben. Die Organisation des Haushaltes und Soziallebens muss individuell geleistet werden, Sitzungen am Abend und Arbeit am Wochenende konfrontieren sie mit einem besonderen Organisationsaufwand.

Männer in Leitungsfunktionen des sozialen Bereichs entsprechen jedoch eher dem gesellschaftlichen Bild des Mannes (*Lange* 2003, S. 254). Sie sind oftmals schon länger in der jeweiligen Organisation beschäftigt, weisen also eine hohe Verbandstreue auf. In der Regel haben sie auf Grund der langen Dienstzugehörigkeit bessere Chancen als Frauen, zumal sie keine Unterbrechungen in ihrer Arbeitsbiographie durch

Kinderphasen aufweisen. Dies ist kein zu unterschätzender Faktor bei der Vergabe von Leitungsstellen. An Führungskräfte wird die Forderung nach längerfristiger Kontinuität, hohem persönlichem und zeitlichem Einsatz gestellt. Frauen können dies auf Grund ihrer Doppelbelastung in Familie und Beruf nur schwer leisten. Männer haben also wegen der strukturellen Bedingungen bessere Aufstiegschancen.

Besonders kirchliche Strukturen weisen patriarchalische Verhältnisse auf. Dies beginnt in der Regel bei den ehrenamtlichen Vorständen, die zum Beispiel bei lokalen Caritasverbänden in der Regel aus einem Pfarrer oder Diakon bestehen. Diese Männerzentriertheit setzt sich auf vielen Ebenen, insbesondere auch auf der Beziehungsebene, fort, was Frauen nicht selten als männerspezifische „Seilschaften“ beschreiben. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass reine Männergremien eher dazu neigen, höhere Positionen an Männer zu vergeben. Viele langfristig in kirchlichen Wohlfahrtsverbänden Beschäftigte haben noch nie eine Frau als Vorgesetzte erlebt. *Trommer* (2001, S.10) verweist darauf, dass männliche Führungskräfte im kirchlichen Bereich häufig mit Frauen verheiratet sind, die in der Berufshierarchie unter ihnen stehen. In der Regel geben die Frauen ihre Berufstätigkeit in der Kinderphase auf und nehmen danach nur eine Teilzeitstelle an. Auch bei beruflich bedingten Umzügen ist es in der Regel so, dass Frauen den Männern in die neue Umgebung des Arbeitsplatzes folgen. Männer können oftmals die Chance auf eine Leitungsstelle nur wahrnehmen und die von ihnen verlangte Mehrarbeit nur deshalb leisten, weil Frauen eine zeitliche, organisatorische und emotionale Unterstützung geben.

Nicht nur inhaltliche Hemmnisse innerhalb der Organisation oder der oftmals undurchschaubare Zusammenhang zwischen Männern und Machtstrukturen

erschwert es Frauen, in der Hierarchie zu steigen, hinzu kommt ein verinnerlichtes Rollenmuster. Frauen schrecken nicht selten davor zurück, in die vermeintlich höhere Ebene aufzusteigen, weil sie in gewisser Hinsicht eine Gewinn- und Verlustrechnung aufstellen. Höherer Bezahlung, gestiegenem Status und (vermeintlich) höherer Entscheidungsgewalt und Autonomie stehen eine Reihe von Faktoren gegenüber, die für sie gegen eine Karriere im sozialen Bereich sprechen. Die hohe Dienstbereitschaft und das Ideal des Helfens sind gekoppelt an den direkten persönlichen Kontakt mit der Klientel. Die Arbeit verliert durch den Aufstieg ihren wichtigen ethischen Anspruch. Die Angst vor Beziehungsverlust wird hier bedrohlicher erlebt als bei eher rational orientierten Männern. Es wird wahrgenommen, welche persönlichen Veränderungen der Aufstieg mit sich bringt.

Sozialmanagement bedeutet eine neue berufliche, in gewisser Hinsicht männlich rationale Identität: Personal-, Organisations- und Finanzplanung bringen es mit sich, dass die Basisarbeit verlassen werden muss. Kaum ein Geschäftsführer eines Wohlfahrtsverbandes ist noch in der primären Sozialen Arbeit tätig. Dieser Verlust wird von Frauen schmerzlicher erlebt und stellt ein Hemmnis bei der Entscheidung für eine Leitungsstelle dar. Aber nicht nur der Kontakt mit der Klientel wird hier mit berücksichtigt, sondern auch die Beziehungsgestaltung mit Kolleginnen und Kollegen. Diese verändert sich mit dem beruflichen Aufstieg einschneidend. Kollegen und Kolleginnen werden nun zu Untergebenen, mit denen Arbeitsinhalte neu ausgehandelt werden müssen. Konflikte auf der Beziehungsebene sind unausweichlich, Entscheidungen müssen oft gegen die Basis durchgesetzt werden. In Zeiten von Kostenersparnis, Umstrukturierungen und Ökonomisierung dürfte dies noch schwerer zu vermitteln und umzusetzen sein. Frauen schrecken also nicht nur davor zurück,

	<h3>3. m nz-Sym s um</h3> <p>Fr t , n 23. .2 5 v n . -17.3 Uhr</p>
	<p>Ev. G r l r z ntrum r l n k m (H us) nck n r l r Str. 1.133 7 r l n Inf r m t n n / nm l un 3 / 5 -1 3 nk . r l z ch r . .</p>
	<p>L tun r f . r . m . E . St nh n - Th ss n z h l . l . - sych. G m t L m m l r</p>

ihre inhaltliche, mit ethischen Ansprüchen besetzte Arbeit zu verlieren, sondern auch davor, sich auf eine Neudefinition eines Beziehungsverhältnisses zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitenden einzulassen. Sie befürchten viel mehr als Männer die „Einsamkeit“ in Führungspositionen.

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Faktor: Frauen wünschen sich nicht selten Männer als Vorgesetzte, weil sie ihnen die Kompetenz als Führungsperson zutrauen. Für Frauen in Leitungspositionen bedeutet dies, dass von ihnen ein besonderes Leistungsvermögen abverlangt wird, denn sie müssen in gewisser Hinsicht doppelt so gut sein wie Männer. Es gibt also auch eine spezifisch weiblich internalisierte Sichtweise, die qualifizierte Frauen von vorneherein abhält, sich für eine Leitungsstelle zu bewerben.

Gender Mainstreaming als Lösungsansatz

Auch wenn die Realität im Sozialen Bereich aus Frauensicht bezüglich einer Leitungstätigkeit noch eher skeptisch bewertet werden muss, gibt es doch eine Reihe von Ansätzen und Initiativen, die zu Veränderungen in der Zukunft führen werden. Dies wird auch zu einem weiteren Schub zur Professionalisierung Sozialer Arbeit führen. Die Einrichtung von Stellen für Gleichstellungsbeauftragte in den beiden großen kirchlichen Wohlfahrtsverbänden haben zu positiven Entwicklungen geführt. Ihre Arbeit konzentriert sich vorrangig auf die Forderung und Umsetzung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen und frauenspezifischen beruflichen Fort- und Weiterbildungen. Ausdrückliches Ziel ist es, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.

Auf Grund gesetzlicher Vorgaben hat die Genderperspektive auch im Non-Profit Bereich eine neue Dimension erhalten. *Trommer* (2001, S.14) sieht entscheidende Vorteile in der Einführung eines Gender Mainstreaming für den kirchlich-wohlfahrtsverbandlichen Bereich. Aktuelle Gesetze, wie zum Beispiel das Gesetz zur Gleichstellung im öffentlichen Dienst, führen dazu, dass Gender Mainstreaming auch aus ökonomischen Gründen verstärkt Berücksichtigung findet. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist davon abhängig, ob sich der jeweilige Betrieb um eine Frauenförderung bemüht. Dadurch soll das grundgesetzlich formulierte Gleichstellungsgebot in die Praxis umgesetzt werden. Kirchliche und soziale Organisationen, die sich um Zuschüsse der öffentlichen Hand bemühen, sind somit angehalten, ihre eigene Frauenförderung umzusetzen. In gewisser Hinsicht erzwingt erst der Druck durch die Ökonomie, geleitet durch eine entsprechende Gesetzgebung, geschlechtsbezogene, soziale Gerechtigkeit tatsächlich umzusetzen

Die Einführung einer Strategie des Gender Mainstreaming stößt in vielfältiger Weise auf Hemmnisse. Vorurteile und Mythen, dass Frauen zum Beispiel nicht mehr benachteiligt würden oder dass Leitungsstellen eher nach der Qualifikation als nach dem Geschlecht vergeben werden sollten, können derartige Bestrebungen schnell ins Leere laufen lassen. Gender Mainstreaming benötigt eine systematische Planung und wird durch den Einsatz einer Planungs- und Lenkungsgruppe mit entsprechenden Kompetenzen umgesetzt. Hierbei sollen alle strukturellen Bereiche dahin gehend überprüft werden, welche Maßnahmen Auswirkungen auf die Arbeit für Männer und Frauen haben. Insbesondere neu zu planende Projekte sollten so konzipiert werden, dass Männer und Frauen gleichermaßen einen Nutzen daraus ziehen können.

Ein weiterer Einstieg in ein gezieltes Gender Mainstreaming liegt in der Überprüfung einer geschlechtergerechten Sprache, bei der Frauen und ihre Leitungsfunktion explizit genannt werden. Dies beinhaltet auch die Förderung eines partnerschaftlichen Verhaltens am Arbeitsplatz. Es kann dort erreicht werden, wo grundsätzlich die Kooperation und Kommunikation zwischen Männern und Frauen thematisiert wird und wo Ansprechpartnerinnen und -partner bei entsprechenden Konflikten vorhanden sind. Partnerschaftliches Verhalten bietet auch einen Schutz vor sexueller Belästigung und ermutigt Frauen, sexuelle Übergriffe anzuzeigen.

Im Rahmen der Einführung einer Strategie des Gender Mainstreaming stellt die gezielte Förderung von Frauen im Leitungsbereich ein zentrales Merkmal dar (*Trommer* 2001, S. 9 ff.). Die betriebliche Förderung beginnt bereits bei der Stellenausschreibung. Bewerbungsgespräche sollten dahin gehend gestaltet sein, dass genauso viele Frauen wie Männer eingeladen werden und dass Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im gleichen Maße befragt werden wie Männer. Die Teilnahme von Frauen an Bewerbungsgesprächen hat sich weitestgehend dort durchgesetzt, wo Frauenbeauftragte vorhanden sind.

Um dies überhaupt gezielt überprüfen zu können, bedarf es eines entsprechenden Controllings. Eine Bewerbungsstatistik könnte geführt werden, die den Anteil von Frauen an Bewerbungen, Vorstellungsgesprächen, Einstellungen und beruflichem Aufstieg (Arbeitsplatzwechsel auf höher bewertete Stellen) in Bezug auf Leitungspositionen dokumentiert. Im Bereich der Personalentwicklung und Fortbildung sollten Mitarbeiterinnen durch Führungstraining

sierten Öffentlichkeit diskutiert. Dieser Beitrag bietet einen Überblick verschiedener Angebote politisch-historischer Bildung für Jugendliche und Kinder und befasst sich mit Gestaltungsspielräumen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für diese Altersgruppen.

2. Relevanz historisch-politischer Bildung zum Nationalsozialismus

Positiv muss hervorgehoben werden, dass es nicht mehr vornehmliches Ziel ist, Betroffenheit bei Adressaten historisch-politischer Bildung hervorzurufen. Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist jedoch nach wie vor von Unsicherheiten geprägt, die sich auf didaktische und methodische Herangehensweisen beziehen. Die Einsicht allein, dass der Umgang einer sensiblen Vermittlung bedarf, reicht nicht aus, um befriedigende Unterrichts- oder Gruppenstunden zu gestalten. Unstrittig ist die Tatsache, dass wir in der „Aufarbeitung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit vor einer (biologischen) Zäsur stehen. Diejenigen Menschen, die die Zeit des Nationalsozialismus persönlich erlebt und gestaltet haben, werden in geraumer Zeit verstorben sein. Die Möglichkeit, Zeitzeugengespräche zu arrangieren, um Jugendlichen ein biographisches Lernen zu ermöglichen, wird es dann nicht mehr geben. In anderen theoretischen Kontexten wird die Frage aufgeworfen, was eigentlich der Sinn von Erinnerungskultur ist (Lenz u.a. 2002, S. 6). Soll sie „stabile Werte“ und Identitäten vermitteln, oder soll sie die Selbstreflexivität fördern? Das Thema wirft also viele Fragen auf.

3. Angebote für Jugendliche und Kinder

In der Praxis wird im Kontext der Vermittlung zu der Zeit des Nationalsozialismus vermehrt der Zusammenhang zu einer Menschenrechtserziehung im Allgemeinen erörtert. Diese könnte, so der Ansatz, gerade in einer globalisierten, multiethnischen Gesellschaft für diese Zeit der deutschen Geschichte sensibilisieren, aber auch auf aktuelle gesellschaftspolitische Fragen aufmerksam machen. Da die Lernmotivation bei jüngeren Kindern häufig ausgeprägter ist, sollte schon frühest möglich mit einer Erziehung zu Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde begonnen werden. Es scheint daher dringend geboten, sich Gedanken um (neue?) Formen politisch-historischer Jugendbildung im schulischen und außerschulischen Kontext, also der Erinnerungsarbeit, zu machen. „Der Begriff Erinnerungsarbeit meint, dass es nicht um Vergangenheitsbewältigung gehen kann, sondern um die mühsame Entwicklung eines eigenständigen Verhältnisses zur Geschichte“ (Grillmeyer; Ackermann 2002, S. 10). Im Folgenden werden bestehende Formen historisch-politischer Bil-

dung reflektiert, um einen Überblick über einen Teil der Angebotspalette zu schaffen.

3.1 Formen historisch-politischer Bildung – ein Überblick

Angebote historisch-politischer Bildung werden seit mehreren Jahrzehnten gemacht und in den Geschichtsunterricht integriert. Dazu gehören Besuche in Gedenkstätten, Stadtrundfahrten und -gänge sowie Gespräche mit Zeitzeugen. Diese Angebote wenden sich überwiegend an Jugendliche ab der neunten Klasse, für Kinder in der Vor- oder Grundschule gibt es spezielle Angebote, die der Entwicklung und Rezeptionsfähigkeit dieser Altersstufe angepasst sind.

Gedenkstättenpädagogik

Gedenkstättenpädagogik findet an so genannten authentischen Orten statt, also dort, wo Entwürdigung, Verfolgung, Unterdrückung, Folter und Mord stattfanden. Der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald beschreibt diese Orte als „Orte historischer Dokumentation und Bildung“ (zitiert nach Ahlheim u.a. 2004, S. 13). Als Gedenkstätten gelten neben den von den Nationalsozialisten genutzten Gebäuden und neu errichteten Lagern vor allem Orte der jüdischen Gemeinden oder Mahnmale. Das Netz der Konzentrationslager wurde so systematisiert über das Deutsche Reich gespannt, dass heute in vielen Städten und Orten Konzentrationslager-Gedenkstätten an die systematische Verfolgung, Entrechtung und Ermordung erinnern. Jürgensen, Mitarbeiter in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hamburg), diagnostiziert eine viel zu geringe Auseinandersetzung mit den „Führungen“. Auf wissenschaftlicher Ebene wird eine Analyse vernachlässigt, vielleicht sogar ausgegrenzt. „Irritierend ist, wie schwach die Standardführung an KZ-Gedenkstätten in der eigenen Fachszene als Ausdrucksweise einer Institution beachtet ist und wie dürftig sie infolgedessen untersucht wird. Dieser Mangel zeigt Auswirkungen“ (Jürgensen 2002, S. 1).

Diese Analyse lässt sich auch an der „Handreichung für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung in NRW“ verifizieren. In diesem Band wird an verschiedenen Stellen betont, wie wichtig eine Vorbereitung des Besuchs einer Gedenkstätte ist. Die Relevanz einer Evaluation der pädagogischen Angebote findet jedoch keinen Raum. Jürgensen vermutet, dass den Führungen Kontraproduktivität vorgeworfen wird, da sie die Zeit, die Schülerinnen und Schüler in den Gedenkstätten verbringen, ganz ausfüllen (ebd.). Somit haben die jungen Leute kaum Zeit, die Gedenkstätte selbstständig zu erkunden. Insofern ist

es wichtig, einen Gedenkstättenbesuch sorgfältig zu planen, am besten mit ihnen zusammen. Vielerorts wird dafür didaktisches Material zur Verfügung gestellt, zum Beispiel von Gedenkstätten, von Instituten für Lehrerfortbildung oder von außerschulischen Einrichtungen. Diese Form der Planung ist in enger Absprache mit den Mitarbeitenden der Gedenkstätte sinnvoll, da diese eher einschätzen können, welche Angebote für die Gruppenstruktur sinnvoll sind.

Stadtrundfahrten, -rundgänge und -rallyes

Die alternativen Stadtrundfahrten befassen sich mit regionalen Ausprägungen des Nationalsozialismus zumeist in Großstädten. Die erste Fahrt wurde 1978 in Hamburg von der Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) in Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 durchgeführt. Sie wurde von Zeitzeugen begleitet, die in den Jahren 1933-45 Widerstand leisteten und verfolgt wurden. Es gab eine rege Beteiligung, die Nachfrage nach weiteren Rundfahrten ebte nicht ab. Das als einmalig geplante Projekt wurde seit dem Frühjahr 1979 unter organisatorischer Leitung des Landesjugendrings Hamburg durchgeführt und konnte 2004 sein 25-jähriges Bestehen feiern. Die Begleitung der Fahrten wurde in der Anfangszeit von ehrenamtlichen Stadtführern und -führerinnen sowie von Mitgliedern der VVN/BdA geleistet, in den 1990er-Jahren dann wurden die Fahrten zumindest in Hamburg immer häufiger ausschließlich von Stadtführern und -führerinnen begleitet, da der Gesundheitszustand der Zeitzeugen eine Beteiligung an den Fahrten nur noch selten zuließ. Indessen wurden in anderen Städten ähnliche Angebote offeriert, in Berlin bot der Landesjugendring „Stadterkundungen“ an, in Stuttgart wurden „Antifaschistische Stadtrundfahrten“, die bis 1999 ausschließlich von Zeitzeugen begleitet wurden, zu einem permanenten Angebot des Stadtjugendrings.

Ergänzend zu den Stadtrundfahrten werden Stadtrundgänge angeboten. Diese befassen sich mit einem örtlich kleineren Gebiet, da die Flexibilität, die ein Bus bietet, nicht gegeben ist. Es kommt auch vor, dass diese Rundgänge nach Absprache erweitert werden und die Gruppe dafür den öffentlichen Personennahverkehr nutzt. Das Angebot der Stadtrundfahrten und -gänge richtet sich (in Hamburg) an Schüler und Schülerinnen ab der neunten Klasse, der Schwerpunkt Medizin und Euthanasie an die zehnten Klassen aufwärts. Stadtrundfahrten und -gänge haben zum Ziel, das kulturelle Gedächtnis der Stadt wach zu halten und die nachwachsenden Generationen dazu anzuhalten, jene Orte der Erinnerungen

nicht zu vergessen. Die hiermit verbundenen spezifischen Schwierigkeiten dieses kulturellen Erbes und seiner Tradierung – Bundeskanzler *Schröder* spricht von „gelebter Verfassung“ (2005) – sollen an dieser Stelle nicht analysiert werden. Ziel der Stadtrundfahrten und -gänge ist es, Orte, Gebäude und Biographien zu thematisieren, die mit dem Nationalsozialismus in Verbindung stehen. Diese Orte und Gebäude werden als Lern- oder Erinnerungsorte bezeichnet. Wichtig ist, dass Jugendliche nicht ausschließlich mit Gedenkstätten konfrontiert werden, sondern erfahren, dass das System bis in die kleinsten Nischen des Lebens gegriffen hat. Orte, an denen die Staatsgewalt herrschte oder aber Widerstand geleistet wurde, werden ebenso vorgestellt wie Täter- und Opferbiographien.

Ein Berliner Arbeitskreis entwickelte aus den Stadterkundungen ein weiteres Angebot, das Stadtspiel oder die Stadtrallye. Hierfür wird die Klasse in mehrere Kleingruppen geteilt. Diese bekommen unterschiedliche Aufgaben sowie einen Stadtplan. Die Kinder lernen, sich im Stadtbild zu orientieren, auf Einzelheiten zu achten und in der Gruppe Aufgaben zu lösen. Einige Fragen können nur beantwortet werden, sofern bestimmte Menschen befragt werden. Das Stadtspiel richtet sich an Kinder und Jugendliche ab der sechsten Klasse.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Stadtrundfahrten und -gänge sich an Schülerinnen und Schüler richten, die bereits im Geschichtsunterricht, oftmals auch im Deutsch- und Politikunterricht, mit der Zeit des Nationalsozialismus konfrontiert wurden. Das Angebot wird von den Lehrkräften als Ergänzung des Unterrichts gewählt, die Jugendlichen sind mal mehr, mal weniger intensiv darauf vorbereitet. Die Stadtrundfahrt mit dem Bus vermittelt eher den Eindruck eines Ausflugs als einer Unterrichtseinheit. Manchmal entsteht auch der Verdacht, man wolle an einem Erlebnistourismus teilnehmen. Die Frage, ob denn auch Gaskammern zu sehen sein werden, wird nicht nur von (wohl schlecht vorbereiteten) jungen Menschen gestellt. Die Dauer von durchschnittlich drei bis vier Stunden übersteigt nicht nur das Konzentrationsvermögen. Die Vermittlungsform hebt sich nur selten von jener in der Schule ab: Frontalunterricht, in der die Jugendlichen zwar eingebunden werden, hauptsächlich aber die Stadtführer und -führerinnen oder die Zeitzeugen reden.

Stadtrundfahrten und -gänge werden von ehrenamtlichen Menschen jeden Alters geleitet, die zwar in die Strukturen einer Organisation eingegliedert sind, sich aber ihre politische Unabhängigkeit und Frei-

räume in der inhaltlichen Gestaltung des Angebots erhalten haben. Das von *Jürgensen* diagnostizierte Dilemma der kaum durchzuführenden Überprüfbarkeit und Standardisierung von Führungen in Gedenkstätten (*Jürgensen* 2002) lässt sich auf Stadtrundfahrten und -gänge übertragen. Motivation und Vorbildung der Ausführenden sind so unterschiedlich wie die pädagogischen Fähigkeiten, das methodische Geschick und die Befähigung, einer Gruppe von häufig lustlosen, in der Pubertät steckenden Teenagern historische Themen näher zu bringen. Die Frage, in wie weit Stadtrundfahrten und -gänge zum Thema Nationalsozialismus den Anspruch erheben können oder müssen, auch moralische Ziele zu erfüllen, wird regelmäßig aufgeworfen und kann auf Grund der Heterogenität der Anbietenden nicht eindeutig beantwortet werden. Die subjektiven Zielvorstellungen der Stadtführenden speisen sich aus eigenen Erfahrungen mit dieser Zeit und dem Wunsch, „gegen das Vergessen, für eine menschenwürdige Welt“ einzutreten.

Gespräche mit Zeitzeugen

Veranstaltungen mit Zeitzeugen, die im Nationalsozialismus Widerstandskämpferinnen und -kämpfer oder Opfer waren oder sich an Kindheitserlebnisse aus dieser Zeit erinnern, sind nicht ausschließlich im Kontext öffentlicher Gedenkveranstaltungen zu finden. Sie werden im Schulunterricht und auch in Kindergärten als Methoden des Lernens an und mit Biographien eingesetzt. Erzählte Geschichte (Oral History) soll dem Publikum eine persönlichere Dimension des Verstehens ermöglichen: Nicht pure Fakten und Daten, sondern subjektive Erinnerungen und Erfahrungen in Verbindung mit diesen Daten ermöglichen historisches Lernen. Geschichte wird anschaulich. Die Ära der Zeitzeugen wird in absehbarer Zeit zu Ende sein. Schon jetzt ist es kaum noch möglich, den Bedarf zu decken, da die Belastung dieser Zeitzeugen, die am Ende ihres Lebens stehen, durch die Auseinandersetzung mit der Zeit, in der sie verfolgt und entrechtet wurden, zu hoch ist. In Hamburg wurde bereits Ende der 1980er-Jahre begonnen, die Geschichten der Zeitzeugen auf Kassetten und Videobändern zu dokumentieren.² Sie können als Ergänzung im Unterricht, aber auch auf Stadtrundfahrten eingesetzt werden.

Oral History hat nicht ausschließlich im schulischen Unterricht einen festen Platz, die Wissenschaft greift vermehrt auf erzählte und erlebte Geschichten zurück. Neben der Geschichts- und Erziehungswissenschaft sind es die Ethnologie, die Kulturwissenschaften und viele andere mehr. In der Praxis kommt es jedoch immer wieder zu Konflikten. Jene, die histo-

rische Daten vermitteln, haben das Ziel, Jugendliche ein eigenes Bild dieser Jahre entwickeln zu lassen. Persönliche Erzählungen von Menschen, die sich zwischen dem siebten und neunten Lebensjahrzehnt befinden – so der Vorwurf – verfälschen Geschichtsdaten, bringen Orte und Namen der Protagonisten durcheinander oder argumentieren von einem moralisch-emotionalen Standpunkt, nicht aber von einem annähernd objektiven, wie es die Geschichtswissenschaft verlangt. Aber: Ist es überhaupt möglich, die nationalsozialistische Vergangenheit objektiv zu vermitteln? Ist es nicht bereits vorgegeben, welche Werte vermittelt werden, müssen Jugendliche nicht schon „feststehende Werturteile paraphrasieren“ (*Zülsdorf* 2002, S. 89)? Liegt nicht gerade hier das Dilemma in der methodisch-didaktischen Gestaltung historisch-politischer Vermittlung zum Nationalsozialismus?

3.2 Angebote für Kinder

Verschiedene Institutionen unterbreiten für Kinder Angebote, die sich in der Grundschule oder in den fünften und sechsten Klassen befinden. Dazu gehören der Kreisjugendring Nürnberg und die Blindenwerkstatt Otto Weidt. Es wird in der Literatur mehrheitlich darauf hingewiesen, dass es wenig sinnvoll ist, das Thema vor der dritten Klasse aufzugreifen. *Hanfland* begründet dies damit, dass es dem Kind möglich sein muss, *eindeutig* zwischen Realität und Phantasie zu unterscheiden. Kann es das (noch) nicht, ist seine „psychische Integrität“ gefährdet (*Hanfland* 2004, S. 116).

Einige Autoren glauben, dass eine Vermittlung der Thematik zwischen dem fünften und zehnten Lebensjahr (also in etwa zwischen Vorschulalter und vierter Klasse) dann sinnvoll ist, wenn der „Vermittlungsperson ein wesentlicher Stellenwert“ (*KJR Nürnberg* ohne Jahr, S. 3) eingeräumt wird. Diese müsse die Inhalte vor allem „authentisch“ (*ebd.*) vermitteln. Zur Vermittlung gehöre dann unter anderem die Entwicklung eines „spezifischen Wortschatzes“ (*ebd.*, S. 4) und die damit verbundene Notwendigkeit, die für Kinder unbekannte Terminologie kindgerecht zu erklären. Denn Kinder dieser Altersstufe haben „kein entwickeltes historisches Bewusstsein“ (*Kirschbaum* ohne Jahr, S. 1), das sich etwa ab dem Jugendalter ausbildet.

Kinder können, so ein Vorschlag, über Empathie, also dem Einfühlen in Opferbiographien, mit dem Nationalsozialismus konfrontiert werden. Der Grad allerdings zwischen Empathie und moralischem Zeigefinger kann schmal werden. Kinder sollten jedoch von dieser Epoche nicht hermetisch abgeriegelt wer-

den. Sie benötigen spezifische Zugangsmöglichkeiten, die sich von denen der Jugendlichen unterscheiden. Kinder begegnen dem Nationalsozialismus in Medien, in Büchern, in Gesprächen der Erwachsenen, eventuell beim Durchschauen von Familienfotos oder -dokumenten. Es ist demnach nicht angemessen, Kinder ganz davon fernhalten zu wollen. Die Frage allerdings, wie sie mit dem Thema konfrontiert werden können, ist nicht leicht zu beantworten. Eine Vereinfachung der Komplexität ist geboten, eine kindgerechte, also wenig wissenschaftliche Herangehensweise ist dringend erforderlich. Aber: „Ist eine kindgemäße Reduktion aus historischer, gesellschaftlicher und moralischer Sicht vertretbar?“ (Hanfland 2004, S. 115).

Voraussetzung für die historische Bildungsarbeit mit Kindern ist eine gute Vorbereitung. Fragen und Gefühle müssen aufgefangen werden, Kinder sollen dort abgeholt werden, wo sie gerade stehen. Jedes Kind muss mit seinen individuellen Voraussetzungen und Vorerfahrungen akzeptiert werden, ein Eingehen auf jedes einzelne Kind mit seinen Bedürfnissen und Ängsten, die sich bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ergeben, ist dringend erforderlich. Dabei dürfen die Kinder weder „emotional noch kognitiv überfordert werden“ (KJR Nürnberg ohne Jahr, S. 12 f.).

Das Thema lässt sich auch nicht auf Wissensvermittlung reduzieren, es werden spezifische Anforderungen an Lehrkräfte und andere Gruppenleitungen gestellt. „Die persönliche Identifikation mit dem Thema Holocaust beeinflusst, ob und wie eine Auseinandersetzung im Unterricht stattfindet. Das Thema Holocaust taucht nicht zufällig durch ein beliebiges Buch auf. Holocaust ist Tabuthema und ein Alltagsthema unserer Gesellschaft. Die eigene Meinung und didaktische Position der Lehrer bestimmen den Umgang und die Vermittlung“ (Arndt 2000, S. 68).

Es werden nachfolgend zwei Herangehensweisen vorgestellt, die im Unterricht und in der außerschulischen Bildung eingesetzt werden können. Beide Projekte beinhalten didaktisch aufbereitetes Material und methodische Tipps. Das erste Beispiel stellt eine für museumspädagogische Angebote typische Methode vor, den Materialkoffer. Dieser zeichnet sich vor allem durch seine Mobilität aus, sein Inhalt wird von der verleihenden Stelle regelmäßig überprüft und komplettiert. Somit wird den Lehrkräften und Gruppenleitungen ein didaktisch-methodisches Instrumentarium zur Verfügung gestellt, aus dem sie die für ihre Gruppe passenden Vorschläge zusammenstellen können. Als zweites Beispiel wird die

Unterrichtsmappe zu dem Buch „Papa Weidt. Er bot den Nazis die Stirn“ vorgestellt.

Materialkoffer: „Hitler, war das nicht ein Rechtsradikaler?“ (KJR Nürnberg)

In diesem Koffer befinden sich Materialien, mit denen eine Gruppe arbeiten kann, sowie Aufsätze aus der aktuellen Fachliteratur, die Fragen zum Umgang jüngerer Kinder mit dem Thema aufgreifen. Somit können sich Lehrkräfte selber intensiv mit dem „Für und Wider“ befassen. Und sie bekommen Material an die Hand, das sie im Unterricht oder in der außerschulischen Bildung einsetzen können. Der Koffer richtet sich an Dritt- und Viertklässler. Erklärtes Ziel dieses Materialkoffers ist es, nicht die historische Aufklärung in den Vordergrund zu rücken. Es geht um die „Erziehung nach Auschwitz ohne Auschwitz ... um historische Inhalte, um Toleranzerziehung (sowie) um eine Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Vorurteile, Diskriminierung und Ausgrenzung“ (KJR Nürnberg ohne Jahr, S. 6).

Weiter heißt es: „Mit der Vermittlung der nationalsozialistischen Geschichte verbinden sich nicht umsonst unausgesprochen auch Erwartungen, einen Beitrag zu einer langfristigen Erziehung zu demokratischen Staatsbürgern zu leisten. Begreift man die Auseinandersetzung mit dem Thema nicht nur als fachliche Aneignung eines historischen Themas, werden Parallelen zum historisch-politischen Lernen insgesamt sichtbar... der Bildungsauftrag, über die Lebenswirklichkeit aufzuklären, die höhere Wahrscheinlichkeit, im Grundschulalter durch präventive Arbeit Vorurteilsbildung zu verhindern und die grundsätzliche Offenheit und das hohe Interesse von Kindern im Grundschulalter“ (ebd., S. 7).

Der Koffer beinhaltet Zeitstrahle und Lamine, auf denen Gegenstände, die wohl in jedem Kinderzimmer zu finden sind, sowie Gegenstände der letzten 50 Jahre, die vielen Kindern unbekannt sein dürften, zu sehen sind. Als für den Nationalsozialismus typisch wurden ein Volksempfänger, ein Foto der *Comedian Harmonists* sowie das eines Hitlerjungen gewählt. Von diesem gibt es ein weiteres Foto, das ihn in der „Jetzt-Zeit“ abbildet. Ausführliche Literaturlisten über in der Stadtbibliothek vorhandene Bücher, kommentierte Kinder- und Jugendliteratur und Dokumentationen über Unterrichtsgestaltungen sowie Sachinformationen ersparen den Lehrkräften mühsame Recherchearbeiten. Auszüge aus der in den Materiallisten benannten Literatur liegen im Koffer. Zwei Videos („Nachkriegsmaus“, 25 Minuten, und „Reichskristallnacht“, sechs Minuten) komplettieren den Inhalt. Die Nutzenden dieses Materialkoffers können

somit ein eigenes didaktisches Programm entwickeln und erhalten durch das zahlreiche Begleitmaterial wichtige Hilfestellungen. Die Unterrichtsmaterialien der Blindenwerkstatt unterscheiden sich vor allem in der Aufmachung und in der Zielgruppe von dem Koffer des KJR Nürnberg.

Unterrichtsmaterialien der Blindenwerkstatt Otto Weidt

Diese Arbeitsmappe richtet sich an Viert- bis Sechstklässler. Die Materialien beziehen sich auf das Buch „Papa Weidt“ von *Inge Deutschkron*. Die Handreichung ist ästhetisch gestaltet, Schwarz-weiß-Fotos zum Beispiel aus den Ausstellungsräumen, von *Inge Deutschkron* und ihrer Mutter, von *Otto Weidt* und anderen veranschaulichen die biographischen Aspekte. Das erste Kapitel gibt einen Überblick für Lehrer und Lehrerinnen und umfasst neben allgemeinen Informationen Erläuterungen zur Unterrichtsgestaltung. Im zweiten Kapitel werden Arbeitsaufträge für die Schüler und Schülerinnen vorgestellt. Die Materialien (drittes Kapitel) sind zum Teil farbig gehalten. Sie umfassen Schilder mit antijüdischen Gesetzen, Karten mit Erklärungen schwieriger Begriffe, Fotobögen, Dokumente sowie ein Memory-Spiel.

Die Arbeitsaufträge können kopiert, die Materialien aus der Mappe herausgenommen und im Unterricht verwendet werden. Somit stellt diese Arbeitsmappe eine praktische Unterrichtshilfe für Lehrkräfte dar. Die Zielsetzung der Mappe unterscheidet sich von dem Materialkoffer vor allem in der Verwendungsweise: Während der Inhalt des Koffers in verschiedenen Gruppen angewendet werden kann, richtet sich die Arbeitsmappe an den schulischen Unterricht vierter bis sechster Klassen. Die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in diesen Klassenstufen wird anhand verschiedener Aspekte begründet. Genannt werden die Ziele „Immunisierung“, „Unbefangenheit“, „Neugier“, „Handlungsspielräume im Nationalsozialismus als ethisches Feld“ und „Authentizität“ (*Schrader 2004*).

Die Frage, ob es sinnvoll ist, jüngere Schulkinder mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu konfrontieren, wird von den Herausgebern des Materialkoffers und der Unterrichtsmaterialien einhellig mit „Ja“ beantwortet. Die methodische Herangehensweisen unterscheiden sich jedoch, zumal verschiedene Altersstufen angesprochen werden.

Daraus lässt sich schließen, dass

▲ die Vermittlung dieses Themas auf verschiedenen Ebenen möglich ist,

▲ die Vermittlung historischer Daten auch in Grund-

schulklassen und der Beobachtungsstufe durchgeführt werden kann,

▲ die Vermittlung ein sensibles und empathisches Vorgehen der Lehrkräfte und Gruppenleiter voraussetzt, um nicht ausschließlich eine „lehrplanimmanente“ Stoffvermittlung durchzuführen.

4. Ist eine kindgerechte historisch-politische Bildungsarbeit sinnvoll?

Beide vorgestellten Formen über die Gestaltung von Unterrichtseinheiten oder Gruppenstunden stellen in sich geschlossene Konzepte dar, die von den jeweiligen Autoren begründet wurden. Dennoch stellen sich verschiedene Fragen:

▲ Lässt sich die idealistische Vorstellung, sich an den Wissensständen und Bedürfnissen der Kinder zu orientieren, tatsächlich generell durchführen?

▲ Ist das geforderte empathische Verständnis für die Kinder und ihre Ängste, die sich aus der Thematik ergeben, immer abrufbar? Im schulischen Unterricht, so meine Einschätzung, wird das kaum möglich sein. Was wird aus den Kindern, deren Gefühle nicht aufgefangen werden?

▲ Welche Auswirkung hat eine spielerische Herangehensweise (Stadtrallye, Memory) auf die Rezeption historischer Inhalte? Ist sie kindgerecht und ermöglicht eine frühe Befassung mit der Thematik? Oder verharmlost sie historische Begebenheiten?

▲ Inwieweit lässt sich der geforderte spezifische Stellenwert der vermittelnden Person tatsächlich einfordern?

Sinnvoll kann nur ein individueller Umgang in der jeweiligen Gruppe sein. Inwieweit aber die Bedürfnisse und Entwicklungsstände einzelner Kinder einbezogen werden können, ist von diversen Rahmenbedingungen abhängig, die von den Lehrkräften jeweils neu eingeschätzt werden sollten. Beide Handreichungen lassen sich als Vorschläge verstehen, die durch weitere Methoden ergänzt werden können. Zeitzeugengespräche sind auch für Grundschulkinde geeignet, sofern sie entsprechend vorbereitet werden. Stadterkundungen sind dann sinnvoll, wenn sie kindgerecht durchgeführt werden. Das heißt, dass der Sprachschatz dem der Kinder angepasst wird, dass der zeitliche Umfang nicht mehr als eine Stunde umfasst und dass die Inhalte komprimiert dargestellt werden.

Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass sich durch die Vereinfachung der historischen Tatsachen und Daten keinerlei Verfälschungen in die Darstel-

lung einschleichen. *Arndt* ist in ihrer Examensarbeit der Frage nachgegangen, ob „der Holocaust ein geeignetes Thema für den Sachunterricht in der Grundschule“ ist. Sie kommt zu mehreren nicht repräsentativen Ergebnissen, die mir allerdings als typisch für den schulischen und außerschulischen Umgang mit der Vermittlung des Themas Nationalsozialismus erscheinen:

▲ Lehrer, „die sich aus privaten oder beruflichen Gründen mit dem Thema Holocaust beschäftigt hatten, betonten in ihren Äußerungen die Bedeutsamkeit ihres pädagogischen Handelns. Sie erklärten sich bereit, ... das Thema Holocaust im Unterricht zu behandeln oder darüber nachzudenken oder taten das bereits“ (*Arndt* 2000, S. 66 f.).

▲ „Die Entscheidung, das Thema Holocaust in der Grundschule zu unterrichten und die Überlegungen über die Art und Weise der Vermittlung ergibt sich aus der persönlichen Einstellung der jeweiligen Person“ (*ebd.*, S. 72 f.). Vorschriften und Rahmenrichtlinien, die eine Orientierung der unterrichtlichen Gestaltung bieten, spielen hierbei lediglich eine sekundäre Rolle.

Diese Ergebnisse bestätigen die Annahme, dass die Beschäftigung im Unterricht (und in der außerschulischen Bildung) oftmals von jenen vorbereitet wird, die einen persönlichen Zugang zu der Fragestellung haben. Speziell für Vorschulkinder stellen Bücher eine gute Möglichkeit dar, für diese Zeit zu sensibilisieren. Allerdings lässt sich anhand der Interpretation von Literatur und Bilderbüchern verdeutlichen, wie heterogen die Antworten auf jene Frage, ob Kinder schon im Grundschulalter mit dem Thema konfrontiert werden sollen, ausgelegt werden. Bücher werden mittels wissenschaftlicher Kriterien geprüft und interpretiert sowie auf eine kindgerechte Herangehensweise an das Thema abgeklöpft. Ob eine kindgemäße und historisch korrekte Darstellung gelungen ist, wird oftmals kontrovers diskutiert. Die Bücher „Rose Blanche“ von *Innocenti* und „Das Kind im Koffer“ von *Burfeind*; *Hebisch* bieten Anlass für kritische Diskussionen und unterschiedliche Auslegungen (*KJR Nürnberg* ohne Jahr, S. 20 ff., *Abram*; *Heyl* 1996, S. 124 ff.). Bücher erzählen immer nur einen kleinen Ausschnitt aus der Historie, nur eine von vielen Geschichten. Eine Reduktion und Vereinfachung ist das Kennzeichen jedes Kinder- und Jugendbuches, anders kann der Nationalsozialismus nicht kindgerecht dargestellt werden.

Kinder sollten nicht gedrängt werden, sich mit dieser Zeit zu befassen. Es ist nur dann sinnvoll, wenn die Gruppe oder das einzelne Kind gewissermaßen

bereit dazu ist, also wenn sich Fragen ergeben. Insofern kann es sinnvoll sein, auch mit jüngeren Kindern Gedenkstätten zu besuchen. Das sollte aber nicht zu einer Pflichtveranstaltung werden, denn diese, so zeigt es sich bei Neunt- und Zehntklässlern, die auf Grund der im Lehrplan vorgeschriebenen Inhalte zwangsinformiert werden, erreichen in aller Regel nur das Gegenteil. Eine Überforderung von Vorschul- oder Grundschulkindern ist auf jeden Fall zu verhindern, die spezifischen altersentsprechenden Entwicklungsstände müssen bedacht werden. Resümierend lässt sich festhalten, dass

- ▲ eine „Integration der Auseinandersetzung mit dem Thema in längerfristige soziale, kognitive und emotionale Lernprozesse“ notwendig ist;
- ▲ „das Grundschulalter besonders geeignet (ist), erste Zugänge zur Thematik zu entwickeln, die im Laufe der Schulzeit der weiteren Differenzierung und Erweiterung bedürfen“;
- ▲ „klare und verständliche Informationen über den Nationalsozialismus dazu beitragen können, die Entstehung diffuser Ängste und Vorurteile zu verhindern“ und
- ▲ die „Begegnung mit Geschichten (und) mit Einzelschicksalen“ gerade für jüngere Kinder methodisch gut aufbereitet werden kann (*KJR Nürnberg* ohne Jahr, S. 6).

Wichtig erscheint mir, dass Angebote der historisch-politischen Bildung noch systematischer als bisher einer Evaluation unterzogen werden, um die (Aus-) Wirkungen nachzuvollziehen. Erst dann ist eine sinnvolle Angebotsplanung möglich. Dies hat *Kiegelmann* in einer Studie mit Berufsschülern und -schülerinnen verdeutlicht: Eines der Ergebnisse besagt, „dass einige der Befragten keine Unterscheidung zwischen Mitläufer-, Opfer-, Zuschauer- oder Täterperspektive vornahmen, sondern davon ausgingen, dass es damals eine schlimme Zeit war, in der alle manipuliert wurden“ (*Kiegelmann* 2002, S. 143). Von diesem Befund ausgehend kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass die Grenzen von Empathie besonders deutlich werden.

Die Frage, ob bereits jüngere Kinder mit dem Thema konfrontiert werden können, ist zu bejahen. Es muss darauf geachtet werden, dass nicht dieselben Fehler unterlaufen, wie sie am Beispiel von Angeboten für Jugendliche aufgezeigt wurden. Das Verlassen auf die empathischen Fertigkeiten von Kindern darf nicht allein ausschlaggebend für das Aufgreifen eines historischen Themas sein, das viele Erwachsene überfordert. Die Herangehensweise kann nur unter Beachtung multiperspektivischer Dimensionen vermittelt werden. Wünschenswert ist, dass Diskussionen

gut, sind es doch gerade die im kommunikativen Austausch thematisierten Inhalte, die jene Grundlage für den pädagogischen Bezug (Vetter 2003, S. 45 f.) bilden, der einen respektvollen Zugang zur Klientel überhaupt erst ermöglicht. Der Charakter eines Beziehungsverhältnisses (Colla 1999, S. 345 ff.) ist somit offenkundig – jenes Verhältnis, das Nohl als ein leidenschaftliches bezeichnet hat: „Die Grundlage der Erziehung ist...das leidenschaftliche Verhältnis eines reifen Menschen zu einem werdenden Menschen, und zwar um seiner selbst willen, dass er zu seinem Leben und zu seiner Form komme“ (Nohl 1957, S. 134).

Dieses Verständnis verdeutlicht das prozesshafte Geschehen des professionell arrangierten Settings; in diesem Kontext ist das ein Anti-Aggressivitätsbeziehungsweise Coolness-Training (AAT/CT) – Bezeichnungen, die beim Deutschen Patent- und Markenamt urheberrechtlich geschützt sind (Az.: 399 15 481.7/42). Eine anfängliche Skepsis bei den Probanden sollte dabei nicht als globale Ablehnung der Maßnahme verstanden werden. Vielmehr drückt eine solche vorschnell geäußerte Sichtweise die bisherigen Erfahrungswerte einer Klientel aus, die zumeist auf Gespräche bezogen sind, die weniger aus eigenem Antrieb stattgefunden haben, sondern eher durch Vermittlung oder Nachdruck außenstehender Personen – gleichsam Personen, deren Kontaktierung nicht nur freiwillig erfolgt sein dürfte (Kähler 2005). „Annehmen und Wertschätzen“ (Weber 1996, S. 107 ff.) heißt das Angebot an die Klientel.

Dieses Angebot wird jenen Jugendlichen oder jungen Heranwachsenden offeriert, die gemäß § 10 Jugendgerichtsgesetz auf Grund einer richterlichen Weisung an einem Sozialen Trainingskurs teilnehmen sollen (Weidner; Kilb; Kreft 2004). In der Regel sind dies junge Menschen, die schwere Straftaten wie (wiederholte) Körperverletzungs- sowie Raubdelikte begangen haben und/oder als gefährlich angesehen werden müssen (Walter 2002, S. 134). Gleichsam „Jugendliche, die schnell und hart draufschlagen, ohne Rücksicht auf Verluste, die keine Grenzen kennen und Gewalt als ihr Mittel zur Lösung von Konflikten ansehen und erlebt haben ... Oder die auf der Straße andere, meist junge Leute, provokant ansprechen und oft draufhauen, wenn ihnen etwas nicht paßt... Die nicht nur in Extremspannungen so reagieren ... und dabei teilweise auch vor Waffengebrauch nicht zurückschrecken“ (Weyel 1999, S. 48). Die Anwendung physischer Gewalt zur Durchsetzung individueller Interessen oder statussichernder Rollenzuschreibungen scheint zumindest für diese Klientel als legitimierbare Rechtfertigungsstrategie

akzeptabel zu sein (Balasko 2005, S. 2-3). Da gilt es zunächst, eine hinreichende Teilnahmemotivation (Schawohl 2003, S. 271 ff.) der Probanden für eine etwa ein halbes Jahr dauernde Maßnahme zu wecken beziehungsweise abzuklären, um durch diese ambulante Reaktion zukünftiges Legalverhalten erreichen zu können (Goederler; Sonnen 2002, S. 349 f., Albrecht 2002, S. 32). „Unabhängig von der Art der Bedürfnisse (Befriedigung sozial-emotionaler Bedürfnisse oder vordergründig die Effektivität) können die Individuen... abwägen, ob die Gruppe zur Erreichung ihrer Ziele geeignet ist, ob sie in dieser Beziehung angemessene Belohnungen erzielen können und ob es alternative Beziehungen gibt, die zu besseren Ergebnissen führen“ (Crott 1979, S. 218, Pauls 2004, S. 342 ff.).

Klartext und Empathie

Die Teilnahme an einem AAT/CT (Weidner; Kilb; Jehn 2003), „bei dem man sich ‚outen‘ muss, die eigenen Schwächen offenlegen muss, sich zu Fehlern, zu Misserfolgen bekennen muss“ (Ostendorf 2000, S. 103, Robertz; Robertz 2001, S. 66-67), bietet den jugendlichen und jungen Heranwachsenden ein Forum mit lohnenswerter Perspektive: das Erlernen prosozialer Verhaltensweisen. Das AAT/CT favorisiert das gesprochene Wort: mit Klartext und Empathie, mit Nachdruck und Emphase. Das verlangt vom Trainerteam unter anderem: mit Aufmerksamkeit und Geduld hinzuhören, zuzuhören und daraus resultierend (zu-)treffende Fragen zu stellen, denn „jedes Wort enthält auch die Person, die es ausspricht, die Situation, in der sie es ausspricht, und den Grund, warum sie es ausspricht“ (Havel 1990, S. 217). Der Kommunikationsanalyse folgend resultiert dies aus der „Gleichsetzung von Kommunikation und Information (= Mitteilung) und informativem Verhalten (das stets ‚über etwas informiert‘, ‚etwas mitteilt‘, ‚etwas sagt ...‘“ (Reck 1996, S. 131). Dabei bleibt das nicht Gesagte nicht unberücksichtigt, läuft doch etwa „neunzig Prozent der emotionalen Kommunikation nonverbal“ (Shapiro 1999, S. 14-15) ab, was insbesondere deshalb zu berücksichtigen ist, weil „ein empathisches Gegenüber, das ... Gefühlssicherheit hätte geben können“ (Möller 1996, S. 185), nicht oder nur selten vorhanden war und die Annahme dieses nunmehr zur Verfügung stehenden Angebotes erst wieder erlernt oder gar neu gelernt werden muss.

Es findet also eine Auseinandersetzung von Mensch zu Mensch statt, deren professionelle Umsetzung zum perspektivischen Nutzen der Probanden beitragen soll. Menschen helfen Menschen, nicht Techniken (Richter 1993, S. 101) – gleichwohl tragen die angeeigneten Fachkenntnisse maßgeblich zum er-

folgreichen Gelingen einer Maßnahme bei, da die Trainerinnen und Trainer ihr Expertenwissen zur Verfügung stellen (Stahl 2002, S. 24), um „Gruppenprozesse für individuelles Lernen fruchtbar zu machen“ (Schmidbauer 1999, S. 89, Hüther 2004). Dies ruft idealtypisch eine *Einstellungskonformität* hervor, also eine Änderung der Einstellung (attitude change), auf Grund derer ein Kursabsolvent „von der objektiven Richtigkeit (des) neuen Urteils ... beziehungsweise von der Legitimität (der) neuen Wertungen“ (Peuckert 1975, S. 19) überzeugt ist.

Ein gravierender Moment des Gruppenprozesses entsteht dadurch, dass der Klient sich angenommen und wertgeschätzt fühlt, da er sich während oder nach einer Krisensituation durch eine Person respektiert fühlt, „zu der er Vertrauen hat und die ihm wohlwollend begegnet“ (Urbaniok 2003, S. 122-123). Dadurch kann unter anderem einem „Anerkennungszersfall“ (Heitmeyer 2003, S. 15) entgegengewirkt werden, so dass die eigene Person trotz bisheriger Defiziterfahrungen und -erlebnisse sowohl richtungsweisende als auch richtungsändernde Orientierungsangebote bekommt, deren Erhalt jedoch nicht per se offeriert wird. Denn auch die Teilnahmebereitschaft von Probanden an einem durch Konfrontation wesentlich bestimmten Setting erfordert deren Zustimmung (Schawohl 2004a, S. 26 ff.), was wiederum eine individuelle Anstrengungsbereitschaft (Seligman 2003, S. 12 ff.) voraussetzt, um bis dato ausagiertes Devianz- und Delinquenzverhalten als weniger bedeutend ansehen und demzufolge als weniger erforderlich bewerten zu müssen und zu können.

Zu Beginn eines Trainingskurses vermögen AAT/CT-Teilnehmer und Teilnehmerinnen den Charakter einer helfenden Beziehung nicht unbedingt zu erkennen. Wie können die Professionellen diesem Umstand begegnen? Die Antwort lautet: mit wohlwollender Gelassenheit! Das heißt, der Obstruktion der Probanden die Konfrontation als Kommunikationsangebot der Trainerinnen und Trainer entgegenzubringen. Das ist alles andere als despektierlich und inhuman, sondern folgt vielmehr dem Verständnis, dass – mit Blick auf die hier fokussierte Klientel – ein euphemistisches Darüberhinwegsehen nichts anderes als ein inakzeptables Unterstützungsangebot für Gewalt propagierende Devianz- sowie Delinquenzkultur wäre. Solche Ignoranz sollte der sozialpädagogischen/-arbeiterischen Profession abgehen, was im Übrigen dem Anspruch der Probanden gerecht wird, wenn man der Einschätzung des 19-jährigen Christopher für jugendrichterliche Permissivität folgt: „Mit 18 bin ich volljährig, darf wählen und Auto fahren, aber bestraft werde ich immer noch wie ein jugendlicher

– das ist doch Schwachsinn!“ Und während eines stationären AAT-Kurses im Jugendstrafvollzug konstataren Marcel (21 Jahre) und der gleichaltrige Milenko übereinstimmend gegenüber dem Verfasser: „Man hätte mir früher sagen müssen, wo Schluss ist.“ Beide vermuten bei Betrachtung ihrer bisherigen kriminellen Karriere, dass ein eher verhängter, allerdings kürzerer Freiheitsentzug angemessen, wirkungsvoll und fairer (!) gewesen wäre – short, sharp, shock hätte hier effektiv sein können, ohne an dieser Stelle auch nur andeutungsweise Richtung zero tolerance oder zum „kriminalpolitische(n) Umschwenken zur Unerbittlichkeit“ (Viehmann 2003, S. 286) affirmieren zu wollen.

Dennoch wird die manchen Jugendlichen zugebilligte – gleichwohl juristisch begründbare – Nachsicht der Gerichte selbst von den Tätern und Täterinnen eben nicht immer als angemessen bewertet. Indifferenz sollte somit nicht der Tenor diesbezüglicher Reaktionen sein, provoziert Permissivität doch vielmehr zum Agieren ohne Grenzen und potenziert Normlosigkeiten, die nicht gewollt sein können. Die Körperverletzungs- und/oder Raubdelikte, die bei vielen der AAT/CT-Teilnehmenden zu Grunde liegen, sollten keine Dramatisierungen erfahren, gleichwohl jedoch klar benannt werden, einer Realitätsprüfung also standhalten können und nicht etwa unerwähnt bleiben, weil eine eventuelle Ablehnung durch die Klientel befürchtet wird (Schawohl 2004, S. 93 ff.). Eine im Übrigen brisante Befürchtung, da die bewusst verzeihenden Angehörigen sozialer Berufe dazu tendieren, „in einer Art und Weise auf antisoziales Verhalten zu reagieren, die dazu beiträgt, dass es aufrechterhalten wird“ (Bandura 1979, S. 115, Urbaniok 2003, S. 163 ff.). Zudem ist die Angst der Ablehnung eine irrtümliche Annahme, denn es hat sich bei der Durchführung dieser Trainingskurse gezeigt, dass gerade nicht Ablehnung, sondern bei Fortdauer der Maßnahme eher Anerkennung und Zustimmung durch die Jugendlichen und jungen Heranwachsenden die Konsequenz sind. Von der professionellen Seite wird diesbezüglich somit kein bloßes Verstehen der Kursprobanden erwartet, sondern vielmehr, „dass wir sie sowohl verstehen, als sie auch mit dem, was sie getan haben, konfrontieren müssen“ (Struck 2001, S. 34).

„So hat noch nie jemand mit mir geredet ..., das hab ich echt mal gebraucht“, bekennt Raymond (21 Jahre) nach erfolgter Konfrontation auf dem „heißen Stuhl“ gegenüber dem Team und bringt damit zum Ausdruck, dass ihm trotz vehementer Ablehnung der von ihm wiederholt begangenen Körperverletzungsdelikte weder verbal noch emotional der Respekt ver-

sagt worden ist – quod erat demonstrandum: Konfrontation mit der Tat kann in aller Deutlichkeit erfolgen, ohne dabei die Person zu erniedrigen, missachten oder despektierlich zu behandeln, findet doch keine totale Entwertung des Menschen statt. So lassen sich durchaus Potenziale unterschiedlicher Blickrichtungen – Verstehen und Auseinandersetzen – pädagogisch sinnvoll zusammenfügen (Rieker 2004, S. 91 ff.). Erkenntnis für AAT/CT-Teams: „Man verliert nicht die Zuneigung..., wenn man begründete Anforderungen stellt und konsequent abverlangt“ (Petermann 1986, S. 42) und dabei die Botschaft vermittelt, dass aggressives Verhalten nicht zum Erfolg führen darf und nicht jede Norm ohne Konsequenz umgangen werden kann (Petermann; Döpfner; Schmidt 2001, S. 23-24).

Integration durch Konfrontation

Permissivität gegenüber gewaltbereiten und gewalttätigen Wiederholungstätern könnte geradezu fatale Konsequenzen haben – sowohl für die Gesellschaft als auch für die betreffenden Jugendlichen. Hier gilt Thierschs Forderung, professionelle Sozialarbeit müsse „in Gewohnheiten verunsichern, in gegebenen Interpretationen problematisieren, provozieren“ (Thiersch 1986, S. 257-258), um ein unmissverständliches Stopp! zum Ausdruck zu bringen, „denn nicht jedes großzügige Gewährenlassen hat einen anti-autoritären Anspruch. Manchmal ist es nur Gleichgültigkeit oder Konfliktangst der Professionellen...“ (Weidner; Gall 2003, S. 28).

Mit Klartext und Empathie, Nachdruck und Emphase sowie durch Konfrontation wird prosoziales Verhalten provoziert. Das Interesse der Kursabsolvierenden für prosoziales Verhalten wird unter anderem durch das Modell der Person der Trainierenden geweckt: Verdeutlichung von Normen, Grenzziehung, Einhalten von Regeln, explizite Benennung von Vorteilen durch Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse sind einige der permanent wiederkehrenden Thematisierungen der Trainingssitzungen, insbesondere während der Integrations- und der Konfrontationsphase. Gerade die Abwägung von Kosten und Nutzen einer Tat unterliegt nicht selten einer Vernachlässigung der Probanden, denn „noch nicht entwickelte kognitive Fähigkeiten und noch nicht vorliegende Erfahrungen verschleiern das komplexe Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung der eigenen Handlungen. Die Abwägung von Kosten und Nutzen einer Handlung wird zugunsten der Spontaneität vernachlässigt“ (Robertz 2004, S. 26). Von daher wird den jungen Menschen eines verdeutlicht: Weg von der Beliebigkeit – hin zur Verbindlichkeit, weg von festgesetzten Denkschemata, hin zu neu bewert-

tenden Sichtweisen, die eine human verträgliche Umsetzung der vorhandenen Energien ermöglichen (Kraemer 2003, S. 81).

Ein wenig agieren die Trainerinnen und Trainer hier in Böllscher Manier, da sie ein „Wechselspiel von Partizipation und Abstandnahme“ (Jens 1989, S. 64) praktizieren, ohne dabei irgendwelchen „Identifikations-Tendenzen“ (ebd.) zu erliegen, so dass kein unangebrachtes Solidarisierungsangebot erfolgt. „Ihr könnt von mir nicht erwarten, dass ich von heute auf morgen meine Ansichten und Einstellungen ändere. So ganz einfach ist das ja auch nicht für mich, wenn man jahrelang nichts anderes gewöhnt ist und jetzt auf einmal sieht, dass das vielleicht doch nicht so prickelnd gewesen ist“, äußert Tim (20 Jahre) gegenüber einem Trainer seine vorhandene Einsicht für den bevorstehenden, nicht ohne Probleme zu leistenden Transfer. „Selbst eine vergleichsweise kleine Veränderung bedarf somit eines gewissen Aufwands... Wie groß dürfte der Aufwand und das Unbehagen erst bei Einstellungen und Verhalten werden, die uns... in der Vergangenheit auch einige Erfolge ermöglichten“ (Knigge 2003, S. 38), wird die Ahnung des Probanden verständlich – „Erkenntnis führt auch dazu, dass wir uns um Hoffnungen betrogen fühlen“ (Lenz 1998, S. 18). Gleichwohl scheint ein Wissen um das Vorhandensein eines Werte- und Normensystems vorzuliegen – was Durkheims pointierte Formulierung bestätigt, wonach „es kein Volk ohne Moral gibt; nur ist die Moral dieser... Gesellschaften nicht unsere Moral“ (1995, S. 61). Um das rudimentär vorhandene Moralverständnis einem gesellschaftstauglichen Niveau möglichst nahe zubringen, soll der Blick der Klientel für die Alltagswirklichkeit geschärft werden.

„Beim nächsten Mal hätte mir eine richtige Knastkarriere geblüht... Ich hätte immer nur dreckiges Geld auf der Tasche gehabt, niemals etwas auf legale Weise verdient“, scheint Edwin (19 Jahre) ein beginnendes Verständnis für diesen geschärften Blick zu entwickeln: Herausforderung gesucht, bekommen, angenommen, bestanden. Insbesondere anhand jener schonungslosen, realistischen Kosten-Nutzen-Analyse bringen die Trainerinnen und Trainer die Erkenntnis nahe, dass „das Risiko einer bleibenden körperlichen Verletzung ein zu hoher Preis für vergänglichen Ruhm oder für eine zeitweilige Erhöhung der Selbstachtung ist; daß es viel klüger ist, einem Gegner mit Hilfe des Verstandes als mit Hilfe der Fäuste standzuhalten; und daß übereilte Kämpfe leicht manipulierbar werden, sobald andere entdecken, wie sie einen zu tollkühnen Handlungen provozieren können“ (Bandura 1979, S. 283 f., Tessnow 2004, S. 32). Wer nachvollziehen oder gar mit-

empfinden kann, „wie es einem anderen ergeht, wendet selten Gewalt an“ (*Haegele* 2003, S. 87). Für einen Kick von einigen Sekunden oder wenigen Minuten ließen sich manche der Kursabsolvierenden zu folgenreichen Körperverletzungen oder Raubdelikten verleiten, die neben Bewährungsstrafen mit Auflagen – unter anderem einer Teilnahme am AAT – außerdem nicht selten Schmerzensgeldzahlungen bedeuten. Ein unmissverständliches Nein als Antwort auf die Frage, ob diese Art der Gewalt sich lohne, ist durchaus erstrebenswert (*Schawohl; Löbnitz* 2003). Das soll durchaus dem sozialpädagogischen Anspruch genügen, die „verschütteten Fähigkeiten (der jungen Menschen) zu stärken und ihnen damit auf konformem Wege soziale Anerkennung zu ermöglichen“ (*Enke* 2003, S. 24).

Risikofaktor Männlichkeit

Vier Grundentscheidungen hält *Hagedorn* (2000, S. 25) für ausschlaggebend dafür, „ob Ärger in Wut und Gewalt umschlägt, oder die Fassung zurückerlangt wird“:

- ▲ Wie bedrohlich wird eine Situation eingeschätzt?
- ▲ Welche eingeschliffenen Verhaltensgewohnheiten stehen zur Verfügung?
- ▲ Wie groß ist die Hemmschwelle vor der Gewaltanwendung und welche positiven oder negativen Gewalterfahrungen gibt es?
- ▲ Welche Konsequenzen sind zu erwarten?

Sämtliche Aspekte werden durch die Tatkonfrontation während der Sitzung auf dem „heißen Stuhl“ verbalisiert. Das erfordert neben Empathie, Konsequenz, Authentizität, Einstecker- sowie Austeilerqualitäten eine eindeutige Positionierung der Trainierenden, um das erwähnte missverständliche Solidarisieren von vornherein zu vermeiden. „Konfrontation unter Beibehaltung der Wertschätzung“ (*Weidner* 2004, S. 21) lautet eine Prämisse der Konfrontativen Pädagogik. Durch eindeutiges Benennen erfahren die AAT/CT-Probanden Interesse an ihrer Person, erhalten in einem konfrontativen Schonraum frei von Angst oder Versagensdruck (*Fenzl* 1999, S. 311) die Gelegenheit zur Selbsterprobung sowie zur Erprobung neuer Fähigkeiten und lernen die Wirkung sowie Gültigkeit des gesprochenen Wortes kennen und schätzen. Eben jene Wirkung des gesprochenen Wortes, die Kraft und Durchsetzungsstärke des Potentials Sprache, gilt es, dieser Klientel nahe zu bringen und erkennbar werden zu lassen.

Zum Erreichen dieses Zieles ist die kognitive Komponente des zu Grunde liegenden Curriculums (*Schawohl* 2001, S. 199 ff.) von wesentlicher Bedeutung. Zum einen, um der verbalen Auseinanderset-

zung folgen und sich dieser stellen zu können, zum anderen für die angestrebte Transferleistung, also die Übertragung und Überprüfung der dem Training entnommenen Inhalte in der realen Lebenswelt der Probanden. „Neue Gedanken und ein neues Verhalten zusammen stellen eine ungeheuer wirksame Kombination dar...Verhalten und Denken werden einander beständig verstärken“ (*Davies* 2002, S. 188). Ohne diese kognitive Leistungsfähigkeit ist die Anwendung neuer Verhaltensstrategien über die Trainingssituation hinaus nicht möglich. Wer sich nun verbal im Beisein der Gruppe neben seinen Taten (*Hansen; Römhild* 2003, S. 151 ff.) mit Themen wie „Männer dürfen keine Schwäche zeigen“ oder „Mit Gewalt kann man sich Respekt verschaffen“ auseinandersetzt, sich dadurch und dabei einer individuellen Betroffenheit gewahr wird, dem kann verdeutlicht werden: Es geht um Dich, und hier bietet sich Dir ein Forum, das sich ernsthaft mit Deiner Person beschäftigt – das ist von Interesse für die Gesellschaft, für Deine Opfer und vor allem für Dich! Zudem intendiert die intensive Beschäftigung und Auseinandersetzung mit Person, Verhalten und Taten eine Schärfung des moralischen Bewusstseins (*Kohlberg* 1996, S. 123 ff.), da „höhere moralische Stufen bessere Urteile im Sinne der Rollenübernahme (role taking) oder des Perspektivenwechsels (ergeben)“ (*Oser* 1981, S. 346), sodass auch diesbezüglich eine Erweiterung bisheriger Einstellungen und Ansichten angestrebt wird.

Aspekte wie Männlichkeit und Schwäche in Bezug auf diese Klientel kontextuell zu betrachten wird oft als gleichbedeutend mit persönlicher Kränkung sowie Beleidigung aufgefasst. In extremer Ausgestaltung wird der Körper zum Gestaltungsobjekt und -projekt, was wiederum diese Modellierung als Disziplin nach sich zieht: „Daueraufmerksamkeit für sich und Dauerarbeit an sich selbst“ (*Ziehe* 1996, S. 148, *Pope; Phillips; Olivardia* 2001), missverstanden als permanentes „Steigerungsspiel ohne oder lediglich mit kleinen Plateauphasen“ (*Schulze* 2003, S. 103), generiert die eigene Inszenierung des äußerlichen Ichs zum obsessiv-jugendlichen Dauercasting. Unter Verweis auf *David; Brannon* benennt *Badinter* (1993, S. 160) das seit Jahrhunderten gültige männliche Modell – stets verbunden mit dem verunsichernden Faktor, „ob das männliche Stereotyp von der Bildfläche verschwinden wird“ (*Mosse* 1997, S. 249) –, für das vier Imperative der Männlichkeit gelten:

- ▲ No sissy stuff (nichts Weibisches darf ausgestrahlt werden oder vorhanden sein)!
- ▲ The big wheel (eine wichtige Persönlichkeit, die insbesondere durch Überlegenheit zum Ausdruck gelangt)!

- ▲ The sturdy oak (die feste Eiche steht für Unabhängigkeit und Unerschütterlichkeit)!
- ▲ Give ‚em hell‘ („Zum Teufel mit allen“ drückt die männliche Verpflichtung nach unbedingter Stärke aus, die notfalls mit Gewalt und bar jeder Vernunft durchgesetzt wird)!

Den Ansprüchen dieses Idealtypus Mann genügen die wenigsten Männer – und dennoch erscheint dieser Männlichkeitsprotagonist für manchen jungen Kursteilnehmer erstrebenswert zu sein, obwohl eine reale Verwirklichung nahezu unmöglich erscheint, sodass die zur Gewalt neigenden Jugendlichen und jungen Heranwachsenden eine Dissonanz erleben, da ihr Ideal- und Realselbst überproportional auseinander klaffen. Mit dem Begriff Idealselbst wollen *Joffe; Sandler* (1967, S. 162) „die besondere individuelle Form der Selbstrepräsentanz bezeichnen, die gefühlsmäßig ... für die Verkörperung des Idealzustandes gehalten wird“. Die Bewunderung für Action-Darsteller *Jean Claude van Damme* oder Filmfiguren wie *Rambo* oder *Terminator* beruhen auf deren vermeintlicher Konsequenz, ihren Weg bis zum bitteren, oftmals blutigen Ende zu gehen. Bei den AAT/CT-Probanden lauten die verbalisierten Fehleinschätzungen: „Ich mach mein Ding“ oder „Ich zieh das

voll durch, egal, was dann kommt“. In der Sprache der Probanden klingt das so wie bei *Eric* (19 Jahre), der bekennt: „Ich kann doch überhaupt nichts anderes machen, ich musste den fertig machen, sonst steh ich ohne Eier da!“ Dabei denkt er an den Ruf, den er innerhalb seiner Clique zu pflegen und somit zu verteidigen hat, denn „in der Jugend wird die Konstruktion von Männlichkeit zu einem kollektiven Prozess, der gewöhnlich in einer Gruppe von Gleichaltrigen abläuft“ (*Connell* 1999, S. 146). Und wenn die eigene männliche Identität nicht hinreicht, lässt sie „sich genauso kopieren ... wie ein Ausweis“ (*Janz* 2003, S. 188-189).

Aus diesem Verständnis heraus müssen jede Kritik und jeder Angriff auf die eigenen Ideale als existenzielle Bedrohung empfunden werden, die es erforderlichenfalls mit männlicher Brutalität, Status sichern der Entschlossenheit und konsequenter Gewaltanwendung abzuwehren gilt. *Raithe* und *Mansel* erwähnen die zentrale Bedeutung der Kategorien Leistung und Sieg für die Geschlechtsidentitätsreproduktion der Jungen, daher „bieten sich geradezu Gewalt, Kriminalität oder auch risikokonnotative Verhaltensweisen an, um männliche Integrität und Invulnerabilität zu demonstrieren. Die Darstellung einer kör-

perlich gebundenen männlichen Überlegenheit und Stärke dient hierbei idealtypisch der männlichen Geschlechtsidentitätsreproduktion“ (*Raithel; Mansel* 2003, S. 34). Es wird vor allem von denen „gewaltförmige Männlichkeit zur Staturerhaltung inszeniert und zur Schau gestellt“ (*Walter* 2001, S. 146-147), die im Modernisierungsprozess an den Rand gedrängt werden (*Soldt* 2004, S. 3). Insbesondere entmutigte junge Menschen können zudem durch konsumorientierte Medienberichte zu risikofreudigen Verhaltensweisen animiert beziehungsweise manipuliert werden (*Frick* 2004, S. 40). Angst um den persönlichen Status dient als Antrieb für jugendliche Delinquenz, das „Gefühl für die Angemessenheit – zum Beispiel von Reichtum und Reputation – ist nicht Ausdruck unabhängiger Entscheidungen, sondern erwächst aus dem Vergleich unserer Situation mit der einer Referenzgruppe, derjenigen Menschen also, denen wir uns ebenbürtig fühlen“ (*Botton* 2004, S. 55) oder denen man nahe oder zugehörig sein möchte, um die Möglichkeit der Anerkennung wahren zu können.

Perspektive(n) durch Konfrontation

Tatsächlich jedoch weisen die eigenen biographischen Daten der Teilnehmenden eher wenige oder gar keine Erfolgsmomente auf und bedauerlicherweise fehlt zudem nicht selten eine positiv besetzte männliche Modellperson, idealtypisch wäre das natürlich der Vater. Es fehlt „an Nahrung und Segnung durch ein positives und strukturbildendes väterliches Vorbild“ (*Haindorff* 2003, S. 227) sowie an anderen basalen protektiven Faktoren (*Lösel; Bliesener* 2003, S. 19). Nichtsdestotrotz werden als Chronist in eigener Sache autobiographische Erfolgsgeschichten konstruiert. Das Selbst ist partiell und tolerant gegenüber individuellem Versagen, mit dem Ergebnis, dass Selbstentwürfe einer Biographie konstruiert werden, die es ermöglichen, als eine bedeutende, zentrale und gute Figur erscheinen zu können. „Coolsein ist ganz klar das Wichtigste auf der Welt“ (*Vizzini* 2004, S. 27), schlussfolgert mancher Proband und fehlinterpretiert dieses vermeintliche Diktum.

Dabei gestattet die Delinquenz das Erlangen von Status und Anerkennung innerhalb der bedeutsamen Peergroup. Dort erhalten die Werte Zugehörigkeit sowie Freundschaft „uneingeschränkte Solidarität“ (*Mario B.* 2002, S. 19). Daher erscheint ein Verzicht und eine damit einhergehende Annäherung an ein gesellschaftlich akzeptiertes Normensystem insbesondere dann für einen Jugendlichen schwierig und geradezu unmöglich, wenn dies nach dessen Verständnis jeglichen Statusverlust bedeutet und jede Zugehörigkeitsmöglichkeit verhindert. Daraus resultiert wiederum die Erfordernis für das Team der Train-

ner und Trainerinnen, ein über das eigentliche Setting hinausgehendes Engagement zu zeigen und individuell bedeutsame Themen anzugehen, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, „auf der Klaviatur der Postmoderne ihre eigene Musik zu spielen“ (*Huber* 2003, S. 68) und dadurch Zugehörigkeit, Anerkennung und Sicherheit zu erwerben.

„Wenn es euer Ziel war, mich wegen der Schule in den Arsch zu treten, dann habt ihr das geschafft“, nahm der AAT-Absolvent *Viktor* (19 Jahre) das permanent angetragene Unterstützungsangebot zwecks Wiederaufnahme des Schulbesuchs an. Für ihn wurde ganz deutlich: Die meinen das ernst mit diesem Angebot, das kann ich aber verlangen und annehmen und im eigenen Interesse umzusetzen. Wie bereits erwähnt: Konfrontation provoziert prosoziales Verhalten. Das ist gewiss kein einfacher, gleichwohl ein gangbarer Weg, dessen erfolgreiche Bewältigung den Teilnehmenden am Ende des Kurses durch die Aushändigung eines Zertifikats bewusst veranschaulicht wird. Mit gewonnener Erkenntnis zieht *Markus* (21 Jahre) nach drei Monaten Kursdauer eine Zwischenbilanz: „Inzwischen hab ich mitbekommen, was sie hier von uns wollen: Wir sollen reden und uns vorher einen Kopf darüber machen, was alles passieren kann, wenn wir zuschlagen. Am Anfang hab ich gedacht, was wollen die denn von mir? Aber jetzt weiß ich das, und das ist auch in Ordnung so.“ Und *Murat* (18 Jahre) konkludiert: „Am Anfang konnte ich gar nicht auf Ihre Texte. Scheiß-Kartoffel hab ich nur gedacht. Aber heute sage ich: Behalten Sie Ihren Stil bei!“ Um zum Ende hin ebenfalls ein großes Wort zu verwenden, sei *Hesse* (1977, S. 160) zitiert: „An jedem Menschen die Merkmale finden, die ihn von den anderen unterscheiden, heißt, ihn erkennen“.

Somit gilt: Für eine bestimmte Klientel kann ein aus-einander setzender (konfrontativer) und herausfordernder (provokativer) Kommunikationsstil durchaus angemessen und hilfreich sein, ohne dabei Respekt und Sympathie auszuschließen. Und das bildet eine tragfähige Basis für diese sozialpädagogische Beziehungsarbeit, die auf das gesprochene Wort setzt. Kein Gelaber, kein Geschwätz, sondern Dialogangebote mit Empathie und Emphase. So generiert die Leidenschaft eines Menschen für einen anderen Menschen das Verständnis und die Ausgangsbasis dafür, dass den bisherigen Straftaten Worte und diesen Worten nunmehr gewaltfreie Taten folgen können.

Amerkung

1 Übersetzung durch Frau Belinda Dolega-Pappé, Berlin

Literatur

- Albrecht, H.-J.:** Ist das deutsche Jugendstrafrecht noch zeitgemäß? In: Neue Juristische Wochenzeitschrift, Beilage 23/2002, S. 26-33
- Badinter, E.:** Der verstümmelte Mann. In: dies.: XY – Die Identität des Mannes. München 1993, S. 157-196
- Balasko, S.:** Hamburg wird immer brutaler. In: Hamburger Morgenpost vom 17.2.2005, S. 2-3
- Bandura, A.:** Aggression: eine sozial-lerntheoretische Analyse. Stuttgart 1979
- Botton, Alain de:** StatusAngst. Frankfurt am Main 2004
- Colla, H.:** Personale Dimension des (sozial-)pädagogischen Könnens – der pädagogische Bezug. In: Colla, H. u.a. (Hrsg.): Handbuch Heimerziehung und Pflegekinderwesen in Europa. Neuwied 1999, S. 341-362
- Connell, R. W.:** Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen 1999
- Crott, H.:** Soziale Interaktion und Gruppenprozesse. Stuttgart 1979
- Davies, W.:** Nur nicht aufregen! Über Ärger, Wut und Reizbarkeit. Bern 2002
- Durkheim, E.:** Einführung: Die laïsche Moral. In: ders.: Erziehung, Moral und Gesellschaft: Vorlesungen an der Sorbonne 1902/1903. Frankfurt am Main 1995, S. 57-69
- Enke, T.:** Sozialpädagogische Krisenintervention bei delinquenten Jugendlichen. Weinheim 2003
- Fenzl, H.:** Schüler, Tüftler & Patente. In: Pierer, H. von; Oettinger, B. von (Hrsg.): Wie kommt das Neue in die Welt? Reinbek 1999, S. 310-311
- Frick, J.:** Die Droge Verwöhnung. Bern 2004
- Goerdeler, J.; Sonnen, B.-R.:** Das jugendstrafrechtliche Rechtssystem in der Reform. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 8/2002, S. 347-351
- Haegeler, A.:** Gewalt ist männlich, Gemeinheit weiblich. In: Geo-Wissen Nr. 32/2003, S. 81-87
- Hagedorn, O.:** AG Gewaltfreie Schulkultur: Von Fall zu Fall: pädagogische Methoden zur Gewaltminderung. Berlin 2000
- Haindorff, G.:** Die Jungs von nebenan. Das magische Land der jungen männlichen Psyche. Göttingen 2003
- Hansen, D.; Römhild, F.:** Einschätzungen und Empfindungen Jugendlicher im Verlauf eines Anti-Gewalt-Trainings. In: Weidner, J.; Kilb, R.; Jehn, O. (Hrsg.): a.a.O., S. 144-161
- Havel, V.:** Am Anfang war das Wort. Texte von 1969 bis 1990. Reinbek 1990
- Heitmeyer, W.:** Süchtig nach Anerkennung. In: ZEITdokument 2/2003, S. 15-16
- Hesse, H.:** Lektüre für Minuten. Frankfurt am Main 1977
- Huber, A.:** Die Lebensweisheit der 15-Jährigen. Warum unsere Jugend besser ist als ihr Ruf. Kreuzlingen 2003
- Hüther, G.:** Die Macht der inneren Bilder. Göttingen 2004
- Janz, R.-P.:** Die doppelte Lust an der Verstellung. In: Benthien, C.; Stephan, I. (Hrsg.): Männlichkeit als Maskerade. Köln 2003, S. 178-192
- Jens, W.:** ...den Alltag zu heiligen: Heinrich Böll. In: ders.; Küng, H.: Anwälte der Humanität: Thomas Mann, Hermann Hesse, Heinrich Böll. München 1989, S. 61-78
- Joffe, W.G.; Sandler, J.:** Über einige begriffliche Probleme im Zusammenhang mit dem Studium narzißtischer Störungen. In: Psyche 21/1967, S. 152-165
- Kähler, H.:** Soziale Arbeit in Zwangskontexten. München 2005
- Knigge, W.:** Wer wirkt, gewinnt! Persönliche Potenziale entdecken und entwickeln. Weinheim 2003
- Kohlberg, L.:** Moralstufen und Moralerwerb. Der kognitiv-entwicklungstheoretische Ansatz. In: ders.: Die Psychologie der Moralentwicklung. Frankfurt am Main 1996, S. 123-174
- Kraemer, H.:** Das Trauma der Gewalt. Wie Gewalt entsteht und sich auswirkt. München 2003
- Lenz, S.:** Über den Schmerz. In: ders.: Über den Schmerz. Hamburg 1998
- Lichtenberg, N. (Hrsg.):** Worte zum Atemholen. Freiburg im Breisgau 2003
- Lösel, F.; Bliesener, T.:** Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen. München 2003
- Mario B.:** Zu wem gehöre ich? Wer gehört zu mir? In: Nolle, R. (Hrsg.): Wir sagen aus. Kassel 2002, S. 11-26
- Möller, H.:** Menschen, die getötet haben: tiefenhermeneutische Analysen von Tötungsdelinquenten. Opladen 1996
- Mosse, G. L.:** Das Bild des Mannes. Frankfurt am Main 1997
- Nohl, H.:** Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. Frankfurt am Main 1957
- Oser, F.:** Höhere Stufen als offene Erziehungsziele ohne inhaltliche Fixation. In: ders.: Moralische Urteil in Gruppen, Soziales Handeln, Verteilungsgerechtigkeit. Frankfurt am Main 1981, S. 346-375
- Ostendorf, H.:** Jugendstrafrecht in der Diskussion. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 3/2000, S. 103-107
- Pauls, H.:** Klinische Sozialarbeit. Weinheim 2004
- Petermann, U.:** Kinder und Jugendliche besser verstehen. München 1986
- Petermann, F.; Döpfner, M.; Schmidt, M.H.:** Ratgeber Aggressives Verhalten. Göttingen 2001
- Peuckert, R.:** Konformität. Stuttgart 1975
- Pope, H.G. jr.; Phillips, K.; Olivardia, R.:** Der Adonis-Komplex. München 2001
- Raithel, J.; Mansel, J.:** Delinquenzbegünstigende Bedingungen in der Entwicklung Jugendlicher. In: dies. (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Weinheim 2003, S. 25-40
- Reck, S.:** Schlüsselbegriffe der Kommunikationsanalyse. Weinheim 1996
- Rieker, P.:** „Akzeptierende“ und „Konfrontative“ Pädagogik. In: Weidner, J.; Kilb, R. (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Wiesbaden 2004, S. 91-106
- Richter, H.-E.:** Rostock, Mölln, Solingen und wir. Über die Wurzeln der eigenen Einstellung. In: ders.: Wer nicht leiden will muß hassen. Hamburg 1993, S. 98-115
- Robertz, D.; Robertz, F.:** Konflikt-Training mit Kindern und Jugendlichen. Hamburg 2001
- Robertz, F. J.:** School Shootings. Über die Relevanz der Phantasie für die Begehung von Mehrfachtötungen durch Jugendliche. Frankfurt am Main 2004
- Schawohl, H.:** Von Glen Mills lernen. In: Colla, H.; Scholz, C.; Weidner, J. (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Mönchengladbach 2001, S. 199-226
- Ders.:** Konfrontation provoziert prosoziales Verhalten. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 3/2003, S. 271-277
- Ders.:** Sozialpädagogische Autorität. In: standpunkt: sozial 3/2004, S. 93-97
- Ders.:** Prosoziale Fitness durch Konfrontation. In: Sozialmagazin 1/2004a, S. 26-32
- Schawohl, H.; Löbnitz, R.:** „Konfrontativ gegen Gewalt. Das Anti-Aggressivitäts-Training in der offenen Jugendarbeit.“ Vortrag am 28. März 2003
- Schmidbauer, W.:** Wie Gruppen uns verändern. Reinbek 1999
- Schulze, G.:** Die Beste Aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert? München 2003

- Seligman, M.E.P.:** Was wir an uns verändern können – und was nicht. In: Psychologie heute compact: Wendepunkte 9/2003, S. 12-15
- Shapiro, L. E.:** EQ für Kinder. München 1999
- Soldt, R.:** Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 2004, S. 3
- Stahl, E.:** Dynamik in Gruppen. Weinheim 2002
- Struck, P.:** Lernlust statt Erziehungsfrost: So fördern Sie Ihr Kind. Frankfurt am Main 2001
- Tessnow, G.:** Knallhart. Wien 2004
- Thiersch, H.:** Sozialarbeit zwischen Expertentum und Selbsthilfe. In: Kleiber, D.; Rommelspacher, B. (Hrsg.): Die Zukunft des Helfens. Weinheim 1986, S. 241-263
- Urbaniook, F.:** Was sind das für Menschen – was können wir tun. Nachdenken über Straftäter. Bern 2003
- Vetter, C.:** Der kleine Gauner. Weinheim 2003
- Viehmann, H.:** Reform des Jugendkriminalrechts? In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 3/2003, S. 285-288
- Vizzini, N.:** Cool – Und was ist mit Liebe? München 2004
- Walter, J.:** Jugendvollzug in der Krise? In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen – Journal 2/2002 (Nr. 176), S. 127-143
- Walter, M.:** Jugendkriminalität: eine systematische Darstellung. Stuttgart 2001
- Weber, W.:** Wege zum helfenden Gespräch. München 1996
- Weidner, J.:** Neue pädagogische Handlungsstrategien im Zentrum der Republik. In: Schanzenbäcker, S. (Hrsg.): Gewalt ohne Ende. Freiburg im Breisgau 2004, S. 19-32
- Weidner, J.; Gall, R.:** Das Anti-Aggressivitäts- und Coolness-Training – zum theoretischen Rahmen konfrontativ orientierter Methodiken. In: Weidner, J.; Kilb, R.; Jehn, O. (Hrsg.): a.a.O., S. 10-33
- Weidner, J.; Kilb, R.; Jehn, O. (Hrsg.):** Gewalt im Griff. Band 3: Konfrontative Ansätze in der Pädagogik. Weinheim 2003
- Weidner, J.; Kilb, R.; Kreft, D. (Hrsg.):** Gewalt im Griff 1: Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings. Weinheim 2004
- Weyel, F.H.:** Hilfe statt Knast? München 1999
- Ziehe, T.:** Zeitvergleiche: Jugend in kulturellen Modernisierungen. Weinheim 1996

► Allgemeines

Politikerengagement. Eine Untersuchung des Berliner Maecenata-Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft ergab, dass 53 % der Bundestagsabgeordneten neben ihrem Abgeordnetenmandat in überregionalen Vereinen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen bürgerschaftlich aktiv sind. So engagieren sich FPD-Politikerinnen und -Politiker zu 64,4 % hauptsächlich in Stiftungen, die Bündnisgrünen zu 56,5 % in sonstigen Organisationen, SPD-Abgeordnete zu 52 % vor allem in Vereinen und Unions-abgeordnete zu 51,5 % überwiegend in Verbänden. *Quelle: PARITÄTISCHER Rundbrief Berlin 6/2005*

„Zu Ihrer Sicherheit“. Unfallversichert im Ehrenamt.

Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Selbstverlag. Bonn 2004, 47 S., kostenfrei

DZI-D-7090

Ehrenamtliches Engagement muss für die Aktiven sicher sein, denn die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist auch mit Unfallgefahren verbunden. Mit der Erweiterung des Unfall-schutzes von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern zum 1. Januar 2005 wurden neue Rahmenbedingungen geschaffen, die das Engagement weiter absichern. Diese Broschüre zeigt das Spektrum des Schutzes der sozialen Unfallversicherung auf. Bestellanschrift: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Referat Information, Publikation, Redaktion, Postfach 500, 53108 Bonn, E-Mail: info@bmgs.bund.de

77. Deutscher Fürsorgetag 2006. Alle drei Jahre veranstaltet der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge den Deutschen Fürsorgetag, den bundesweit größten und bedeutendsten Fachkongress der Sozialen Arbeit. Der nächste findet vom 3. bis 5. Mai 2006 unter dem Motto „Mut zur sozialen Verantwortung“ in Düsseldorf statt. *Quelle: Nachrichten PARITÄT 3/2005*

Gleichstellungspolitik in Bayern. Eine positive Bilanz des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern zog Bayerns Frauenministerin Christa Ste-wens bei der Vorstellung des Dritten Berichts zur Umsetzung des Gesetzes. Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst hat sich in Bayern insgesamt von 51,4 % im Jahr 1999 auf 52,8 % im Jahr 2003 erhöht. Beim Freistaat Bayern selbst ist der Frauenanteil zwischen 1996 und 2004 von 44,5 auf 48,4 % gestiegen. Allerdings bedarf es im Führungsbereich noch einiger Veränderungen, auch wenn die Steigerung von 1997 mit 15,1 % auf 22,9 % in 2003 positiv zu bewerten ist, stellt diese noch keine Gleichstellung dar. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 356.05*

► Soziales

Institut zur interkulturellen Öffnung. Im Rahmen der Erprobungsmaßnahmen im Bereich der Neukonzeption der

Migrationssozialarbeit in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat das Institut zur interkulturellen Öffnung (IZIKÖ) Anfang Juni 2005 seine Arbeit aufgenommen. Das Institut in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein ist in seiner Form einzigartig in NRW. Es will aktuell Einfluss auf die Integrationsprozesse des Bundeslandes nehmen. Als dauerhafte Einrichtung strebt es eine Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Ausländerinnen und Ausländern durch Chancengleichheit und die Vermeidung von Parallelgesellschaften an. Weitere Ziele sind der Abbau von Zugangsbarrieren und Erhöhung des Informationsstransfers im „Netzwerk Soziales“. *Quelle: AWO-Magazin 4/2005*

Integration und Migration in Berlin. Zahlen – Daten – Fakten. Von Rainer Ohliger und Ulrich Raiser. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag, Berlin 2005, 55 S., EUR 2,- *DZI-D-7249* Dieser Datenreport fasst die wesentlichen migrationspezifischen Entwicklungen in Berlin zusammen. Durch die gebündelte Aufarbeitung der Daten aus Sozialstatistik und Demographie sowie die einfache graphische Umsetzung und Kommentierung soll die Broschüre vor allem auch interessierte Kreise außerhalb der Fachebene ansprechen. Hervorzuheben ist, dass sich vor allem der Anstieg und die Folgen der Arbeitslosigkeit unter den Migrantinnen und Migranten wie ein roter Faden durch die Daten zieht. Seit der Wende sank die Zahl der nichtdeutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin von 97 714 auf 67 743. Aber die Zahlen zeigen auch, wie selbstverständlich im Alltag das Zusammenleben geworden ist. Ein Indikator: Jede vierte der 2003 in Berlin geschlossenen 12 390 Ehen war interethnisch, das heißt mit deutschen und nicht-deutschen Partnern. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Fax: 030/262 54 07, E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Begleitete Elternschaft. Zum Mitdenken soll ein Impulspapier mit dem Thema „Begleitete Elternschaft bei geistiger Behinderung“ anregen, das der Vorstand der Bundesvereinigung Lebenshilfe zur Diskussion freigab. Ziel ist, die Begleitung geistig behinderter Eltern und ihrer Kinder weiter zu verbessern. Der Text steht im Internet unter www.lebenshilfe.de, Rubrik „Eltern und Familie“. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2/2005*

Online-Datenbank von Beratungsstellen. Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. hat eine Datenbank mit bundesweiten Adressen eingerichtet. Das Verzeichnis umfasst Initiativen und Rechtsberatende, die im Bereich der Sozialgesetzbücher II, III und XII tätig sind, sich also mit dem Sozial- und Arbeitslosenrecht beschäftigen und die Interessen der Erwerbslosen vertreten können. Die Datenbank ist für jede Ratsuchende, jeden Ratsuchenden zugänglich, Änderungen wichtiger Einträge können schnell aktualisiert werden. Weitere Informationen: Tacheles e.V., Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein
Internet: www.tacheles-sozialhilfe.de

► Gesundheit

Ausbau von Tagespflege. Tagespflege ist auf Grund der Zunahme von vor allem demenzieller Erkrankungen ein unverzichtbarer Baustein in der Versorgungskette für ältere

Menschen. Sie muss deshalb nicht nur gestärkt, sondern in Zukunft sogar ausgebaut werden. Wie dies nach Auffassung der Mitglieder des Arbeitskreises Tagespflege in Westfalen-Lippe gelingen könnte, zeigen die folgenden sieben Punkte, die auf den Ergebnissen einer Befragung beruhen, die unter den Tagespflegeeinrichtungen in der Region im Jahr 2004 durchgeführt wurde: 1. Die Pflegesachleistung im vorstationären Bereich muss ausgebaut werden. 2. Die Tagespflege benötigt ein eigenes Budget. 3. Die Leistungen der Tagespflege sind vorrangig zu berücksichtigen, wenn die ambulante Versorgung nicht mehr ausreicht. 4. Die Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge im Fahrdienst muss refinanziert werden. 5. Gesetze und Verordnungen für die Tagespflege müssen geändert werden, damit verbesserte Leistungen der Tagespflege im Rahmen des Sozialgesetzbuches XI refinanziert und den spezifischen Anforderungen der Tagespflege gerecht werden können. 6. In den Empfehlungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung zur Beseitigung von Qualitätsdefiziten sollte gezielt auf das vorstationäre Angebot hingewiesen werden. 7. Ein tagespflegespezifisches Fort- und Weiterbildungsangebot sollte aufgebaut werden. *Quelle: Mitteilung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe im Juli 2005*

Krebsforschung in Europa. Die USA wenden für die Krebsforschung pro Einwohnerin und Einwohner siebenmal mehr Geld auf als die Länder der Europäischen Union (EU). Mitarbeitende des European Cancer Research Manager Forums in London hatten im Rahmen eines Projektes die jeweiligen Ausgaben für die Krebsforschung der Einwohnerzahl und dem Bruttoinlandsprodukt gegenübergestellt und die Daten der EU-Mitgliedstaaten mit denen der USA verglichen. Während 2004 in den USA 17,63 Euro pro Kopf und Jahr für Projekte im Bereich der Krebsforschung ausgegeben wurden, waren es in der EU lediglich 3,76 Euro. Unter den Gemeinschaftsländern nimmt Großbritannien mit 0,0267 % des britischen Bruttoinlandsprodukts, die in die Forschung fließen, den Spitzenplatz ein. Danach folgen Schweden, Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Für den alten Kontinent sehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Defizite vor allem im Bereich der präventiven und der klinischen Forschung. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5.2005*

Auf dem Wege zur Familienwissenschaft? Vorüberlegungen zur Grundlegung eines interdisziplinär angelegten Fachs. Von Max Wingen. Verlag De Gruyter Recht, Berlin 2004, 67 S., EUR 29,90 *DZI-D-7184*

Die familienwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dürfte durch die vorgesehene Einrichtung der ersten Professur für „Familienwissenschaft“ an der Universität Erfurt einen bedeutsamen Auftrieb erfahren. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Familienforschung mit diesem Schritt einem eigenen Studienfach näher gekommen ist. Der zu Beginn dieses Jahres verstorbene Verfasser dieser Schrift entwirft einen summarischen Überblick zum Stand der entsprechenden Forschung in Deutschland und schließt dann Überlegungen zu dem in den letzten Jahren eingetretenen familienwissenschaftlichen Geländegewinn der Forschung an. Insbesondere ist zu überlegen, inwieweit die unverkennbar Notwendigkeit einer interdisziplinären Forschungsarbeit im Feld von Familie inzwischen eine tragfähige Grundlage in einer entsprechenden Fachrichtung

zu finden beginnt. Ein Ausblick schließt die Darstellung ab, die mit den zur Diskussion gestellten Thesen zur Klärung der Frage nach der möglichen Grundlegung einer interdisziplinären Familienforschung beitragen möchte.

Wegweiser Gesundheitsförderung. Fachinstitutionen der Gesundheitsförderung und Prävention, ihre Aufgaben und Angebote. Vierte aktualisierte und erweiterte Auflage. Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Eigenverlag. Köln 2004, 651 S., EUR 15,70 + Porto *DZI-D-7159*

Dieser Wegweiser beinhaltet 223 überregional tätige Fachinstitutionen sowie acht Bereiche mit über 20 Kurzdarstellungen weiterer Institutionen. Er informiert über deren Angebote (Fachinformationen, Medien, Fortbildungs- und Beratungsmöglichkeiten, Referentendienste) in Selbstdarstellungen. Die meisten Einrichtungen befassen sich vorzugsweise mit der Gesundheitsförderung und der gesundheitlichen Prävention sowie mit Fragen der Rehabilitation. Die Veröffentlichung ist ein Nachschlagewerk für die in der Gesundheitsförderung und Prävention Tätigen. Bestellanschrift: BZgA, Postfach 91 01 52, 51071 Köln, Tel.: 02 21/ 89 92-328, Fax: 02 21/89 92-300

Häufigste Reha-Diagnosen 2003. In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland wurden 2003 insgesamt 1,9 Mio. Patientinnen und Patienten behandelt. Von diesen konnten durch die erstmals vorliegende Reha-Diagnosestatistik 1,5 Mio. erfasst werden. Die drei meist gestellten Hauptdiagnosen waren die Arthrose des Hüftgelenks (7%), Rückenschmerzen (6,9%) und die Arthrose des Kniegelenks (6%). Von den erfassten Kranken waren 51,9% Frauen und 48,1% Männer, im Durchschnitt waren sie 54 Jahre alt. Mehr als die Hälfte (55,3%) waren drei Wochen in der Kureinrichtung, weitere 24,4% blieben vier Wochen. 34% der Patientinnen und Patienten verbrachten diese Zeit in der Fachabteilung Orthopädie, gefolgt von der Inneren Medizin (30,2%) und der Neurologie (9,4%). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 280/05*

► Jugend und Familie

Benachteiligte Jugendliche. „In den Jahren 2003 und 2004 hat es in der Berufsbildung der sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten Jugendlichen grundlegende konzeptionelle Verbesserungen gegeben... Dennoch ist die BAG Jugendsozialarbeit (BAG JSA) über die weiteren Entwicklungen besorgt“ stellt die BAG JSA in einer Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2005 fest. Die Sorge besteht vor allem darin, dass sich das grundlegende Ziel einer Ausbildung für alle jungen Menschen nur noch eingeschränkt im aktuellen Berufsbildungsbericht niederschlägt, damit droht ein großer Teil junger Menschen von einer qualifizierten Berufsausbildung ausgeschlossen zu werden. Ohne eine qualifizierte Berufsausbildung ist eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt oftmals nicht möglich. Die BAG JSA fordert, dass Berufsvorbereitung auch weiterhin als Berufsausbildungsvorbereitung verstanden wird. *Quelle: Presseinformation der BAG JSA vom Juli 2005*

Betreuung und Förderung der unter Dreijährigen. Immer mehr Kommunen investieren in die Kinderbetreuung für die Kleinsten, weil sie für Familien attraktiv sein

wollen. Das seit Anfang 2005 geltende Tagesbetreuungs- ausbaugesetz (TAG) unterstützt sie darin. Mit dem TAG entstehen bis zum Jahr 2010 über 230 000 neue Betreuungsplätze in Krippen und bei Tagesmüttern. Der Bund beteiligt sich mit 1,5 Mrd. Euro an den Kosten. Das Bundesfamilienministerium startete gemeinsam mit Vertretenden der Kommunalpolitik die „Aktionstage Kinderbetreuung“. Diese Aktionstage sind der Anfang einer Reihe von Angeboten des Bundesfamilienministeriums, die den Kommunen helfen sollen, den Dialog mit Eltern und Öffentlichkeit über den Ausbau der Kinderbetreuung zu suchen. Die ersten Aktionstage finden zwischen dem 12. August und dem 2. September 2005 in Halle, Bonn, Eschborn und Dortmund statt. Allen 615 Jugendämtern in Deutschland werden Informationsmaterialien zum TAG für Eltern, Multiplikatoren und Fachleute im kommunalen Umfeld zur Verfügung gestellt. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 394/2005*

Deutscher Jugendhilfepreis 2006: Neugestaltung des Sozialen – Chancen und Risiken für die Kinder- und Jugendhilfe. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) verleiht alle zwei Jahre einen von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Jugendbehörden der Länder gestifteten Deutschen Jugendhilfepreis, den Hermine-Albers-Preis. Dieser hat seit seiner Begründung im Jahre 1956 aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, jugendhilfepolitische und jugendpolitische Fragestellungen aufgegriffen und somit einen Beitrag zur Innovation und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland geleistet. Er ist mit 4 000 Euro dotiert. Ziel ist es, journalistische Beiträge aus den Print-, den AV-Medien, aus Multimedia und dem Internet, die sich fundiert und kritisch mit dem Themenkomplex „Jugend und Jugendhilfe“ auseinandersetzen, zu prämiieren. Informationen: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232 E-Mail: agj@agj.de

► Ausbildung und Beruf

IFSW Weltkonferenz 2006: Soziale Balance in einer Welt der Ungleichheit. Vom 30. Juli bis zum 3. August 2006 findet in München der 18. Weltkongress der International Federation of Social Workers unter diesem Motto statt. Gleichzeitig wird die Gründung des IFSW vor fünfzig Jahren gefeiert. Fachleute aus Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit sind aufgefordert, sich mit Beiträgen über ihre Arbeit, ihr Forschungsgebiet oder ihre Einrichtung vorzustellen und den internationalen Austausch herzustellen. Informationen zum Programm, zu Inhalten und zu den Anmeldungsmodalitäten sind unter www.socialwork2006.de zu finden. Konferenzbüro: Tel.: 00 49/(0)89/23 11 49 66, Fax: 00 49/(0)89/23 11 49 28 E-Mail: congressoffice@socialwork2006.de

Neuer Berufsverband im Sozialbereich in der Schweiz durch Zusammenschluss. Drei eigenständige Berufsverbände in der Schweiz haben sich im Juni 2005 in Bern zum gemeinsamen neuen Berufsverband „AvenirSocial“ zusammengeschlossen. Sind und Zweck des neuen Verbandes ist es, als starke und verlässliche Ständesorganisation den komplexen Entwicklungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem damit verbundenen Wandel in den Beru-

fen zu begegnen. AvenirSocial organisiert die Berufe Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation, Kindererziehung sowie Arbeitsagogik, sie vertritt die Perspektiven und Interessen der Fachkräfte. AvenirSocial setzt sich zudem für die Sozialrechte der Betroffenen im Sozialwesen ein und für die Anerkennung und Durchsetzung ihrer Bedürfnisse. In dem neuen Verband werden gesamtschweizerisch voraussichtlich rund 3 400 Berufsleute aus dem Sozialbereich zusammengeführt, die dann gleichzeitig Mitglieder der kantonalen Sektionen sind. Die Geschäftsstelle wird in Bern sein. Ab 2006 wird er in der Deutschschweiz die Fachzeitschrift „SozialAktuell“ und in der Romandie „Actualités sociales“ herausgeben. Homepage bis zum 31.12.2005: www.sbs.aspas.ch, ab 1.1.2006: www.avenirsocial.ch. Quelle: Pressemitteilung vom Juni 2005

Angebote für Fachkräfte der Schuldnerberatung.

Neue Wege in der Fortbildung gehen die Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen (NRW). Sie haben ihr gemeinsames Fortbildungsangebot auf einer neuen Website eingestellt, die unter www.fortbildung-schuldnerberatung.de im Internet zu finden ist. Zwölf Mitgliedsorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege sind seit 1999 in der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung NRW zusammengeschlossen. Deren Ziel ist es, anspruchsvolle und kostenpflichtige Fortbildungen für Schuldner- und Insolvenzberaterinnen und -berater anzubieten. Die Veranstaltungen finden jeweils in Regie des zuständigen Trägers statt. Preise, Teilnahmebedingungen und fachliche Standards sind für alle Anbietenden verbindlich. Durch die Kooperation sollen der fachliche Bedarf optimal gedeckt und Doppelangebote vermieden werden. Dieses Angebot kann auch von Fachkräften außerhalb von NRW genutzt werden. Informationen: www.fortbildung-schuldnerberatung.de

Studiengang „Management in der Sozialwirtschaft“ in Lüneburg.

Die Stiftungsuniversität Lüneburg bietet zum zweiten Mal diesen Weiterbildungsstudiengang an. Eine Bewerbung ist bis zum 30. September 2005 möglich. Hintergrund für diesen ersten deutschen akkreditierten MBA-Studiengang sind die sich grundlegend verändernden sozialpolitischen Rahmenbedingungen, die sich massiv auf die Inhalte und Strukturen der Betriebe und Unternehmen der Sozialwirtschaft auswirken. Deshalb ist es erforderlich, die aktuellen und potenziellen Führungskräfte in diesem Bereich durch einen Studiengang nach internationalem Muster im Rahmen einer Weiterbildung zu qualifizieren. Informationen: Stiftungsuniversität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten, Scharnhorststr. 1, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/78 16 53, Fax: 041 31/78 16 74 E-Mail: karsten@uni-lueneburg.de

19.9.2005 Frankfurt am Main. Tagung: Alkoholabhängige Eltern und ihre Kinder. Zum Stand von Forschung und Praxis. Information: Fachhochschule Frankfurt am Main, Institut für Suchtforschung, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 33-31 52, Fax: 069/15 33-31 53 E-Mail: fritz@fb4.fh-frankfurt.de

28.-29.9.2005 Berlin. 8. DEVAP-Bundeskongress: „Suchet der Pflege Bestes“. Aufgaben und Chancen der Diakonie im Veränderungsprozess. Information: Kongressmanagement, DEVAP-Geschäftsstelle, Rummelsberg 2, 90592 Schwarzenbruck

4.-6.10.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung: Jugendhilfe und Justiz. Information: Deutscher Caritasverband e.V., Referat Basisdienste und besondere Lebenslagen, Karlstr. 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-121, Fax: 07 61/200-350, E-Mail: Marianne.schwehr@caritas.de

5.-7.10.2005 Bremen. Fachkongress: Spannungsfeld – Vorurteil und Verständnis. Interkulturelle Beratung und Therapie von Kinder, Jugendlichen und deren Familien. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Str. 147, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, Fax: 02 21/569 75-50 E-Mail: die@kindschutz-zentren.org

6.10.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung: Allein unter Heteros. Lesbische und schwule Jugendliche im ländlichen Raum. Information: Hessischer Jugendring, Schiersteiner Str. 31-33, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/99 08 30, Fax: 06 11/99 08 3-60, E-Mail: info@hessischer-jugendring.de

8.-9.10.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung: Die frühe Kindheit – Wachsen und Werden unter sich wandelnden Bedingungen. Anmeldung: Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik e.V., Myliusstr. 20, 60323 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 16 55, Fax: 069/70 79 20 92 E-Mail: FAPP@gmx.de

17.-19.10.2005 Celle. Seminar: 12- und 13-Jährige im Ermittlungsverfahren – wie gehen wir damit um? Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestr. 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60 E-Mail: Tschertner@dvjj.de

19.-20.10.2005 Salzburg. Armutskonferenz: Armut ist vermeidbar. Wie ökonomische Mythen wirken. Information: Koordinationsbüro „Die Armutskonferenz“, Gumpendorfer Str. 83, A-1060 Wien, Tel.: 00 43/1/402 69 44 12, Fax: 00 43/1/402 69 44 19 E-Mail: eugen.bierling-wagner@armutskonferenz.at

Bibliographie Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

Andrews-Schenk, Janice: Erinnerungen an Gisela Konopka. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2005, Nr. 1, S. 51-61. *DZI-2913*

Schäfer, Annette: Das Porträt Eva Jaeggi: „Die Lehre Freuds hat mein Leben sehr stark verändert“. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 36-40. *DZI-2573*

Staub-Bernasconi, Silvia: Menschenrechte als „Grabplatte der Sozialen Arbeit“? - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 9, S. 2-9. *DZI-2220z*

2.01 Staat/Gesellschaft

Aufenanger, Stefan: Kommerzialisierung der Kindheit: Merchandising im Medienverbund für Kinder und Jugendliche. - In: Pro Jugend ; 2005, Nr. 1, S. 4-7. *DZI-2013z*

Bingeli, Ursula: „Theoretisches Denken und praktisches Wirken von Frauen fruchtbar werden lassen“. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 9, S. 16-18. *DZI-2220z*

Trube, Achim: Vom Wandel des Sozialstaats und den absehbaren Auswirkungen eines Paradigmenwechsels für die Soziale Arbeit und die Wohlfahrtspflege. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 59, 2005, Nr. 3/4, S. 11-19. *DZI-0079z*

Wixforth, Jürgen: Neue Medien – alte Muster? Diskriminierungen nach Alter und Geschlecht in der Hamburger Multimedia-Branche. - In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien ; Jg. 22, 2004, Nr. 4, S. 110-126. *DZI-2988z*

2.02 Sozialpolitik

Boecken, Winfried: Festzuschüsse bei Zahnersatz: insbesondere zu den Fragen ihrer Einbeziehung in die Gesamtvergütung und ihrer Budgetierung. - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht ; 2005, Nr. 1, S. 1-20. *DZI-2536*

Bornemann, Stefan: Medical Savings Accounts als Reformoption für das deutsche Gesundheitswesen? - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 59, 2005, Nr. 3/4, S. 42-46. *DZI-0079z*

Cleff, Sylvia: Bevölkerungsentwicklung, Demographie und Migration: Konferenz der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 2, S. 29-30. *DZI-2643z*

Danner, Günter: Selbstverwaltung, Finanzautonomie und der deutsche Sonderweg im Sozialschutz – ein europäischer Vergleich. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 85, 2005, Nr. 4, S. 157-160. *DZI-0199*

Gurliit, Elke: Die Reform der Rentenversicherung im Lichte der Eigentumsgarantie des Artikels 14 Grundgesetz. - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht ; 2005, Nr. 1, S. 45-73. *DZI-2536*

Hofmeister, Klaus: Änderungen bei der Rundfunkgebührenbefreiung zum 1. April 2005. - In: BAG-SB-Informationen ; Jg. 20, 2005, Nr. 2, S. 51-54. *DZI-2972*

Wilfing, Heinz: Zur Ausbildung in Österreich: evidence based social work. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 202-208. *DZI-0470*

Winter, S: Eckpunkte der Prävention in der Gesundheitspolitik. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 5, S. 599-603. *DZI-1130*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Bauer, Dana: Integrating behavioral health services within a primary care center in a rural setting. - In: Families in Society ; Jg. 86, 2005, Nr. 1, S. 63-70. *DZI-0162z*

Brandt, Oliver: Berufsfindung in einer geschlechterkodierten Welt: Praxistheoretische Ansätze können der Berufsfundingsforschung neue Impulse geben. - In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien ; Jg. 22, 2004, Nr. 4, S. 21-38. *DZI-2988z*

Feiler, Victor: Arbeit neu begreifen: Bundesfachausschuss „Gesellschaft im Wandel“ legt neues Diskussionspapier vor. - In: Idee & Tat ; Jg. 92, 2005, Nr. 2, S. 17-20. *DZI-0427*

Felton, Kathleen: Meaning-based quality-of-life measurement: a way forward in conceptualizing and measuring client outcomes? - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 221-236. *DZI-2406*

Fronczak, Christian: Fit für die Werbung: die „Kinderkampagne“. - In: Pro Jugend ; 2005, Nr. 1, S. 21-22. *DZI-2013z*

Gredig, Daniel: Die Ausbildung in Sozialer Arbeit in der Schweiz: Schlaglichter auf eine Bildungslandschaft im Wandel. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 208-217. *DZI-0470*

Hutchison, Elizabeth D.: The life course perspective: a promising approach for bridging the micro and macro worlds for social workers. - In: Families in Society ; Jg. 86, 2005, Nr. 1, S. 143-152. *DZI-0162z*

Kaltenborn, Bruno: Die Hartz-Evaluierung. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 90-97. *DZI-0518*

Marquard, Peter: Das Quartier: Ort des Wohnens und des sozialen Lebens. - In:

Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 4, S. 139-143. *DZI-0044*

Neuffer, Manfred: Die Praxis im neuen Ausbildungszentrum der Sozialen Arbeit: Ergebnis einer Befragung. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 177-183. *DZI-0470*

Niehaus, Mathilde: Integrationsvereinbarungen – ein wirksames Mittel zur Stärkung der Integration? - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 19, 2005, Nr. 2, S. 29-42. *DZI-2967*

Stamer-Brandt, Petra: Kennen Sie Ihre Rechte? Rauchen am Arbeitsplatz KiTa. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 5, S. 38-39. *DZI-3048*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Bruns, Johannes: Ambulante Versorgung im Krankenhaus nach § 116b SGB V. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 85, 2005, Nr. 4, S. 150-151. *DZI-0199*

Buttner, Peter: Soziale Arbeit und Hochschule: ein Thesenpapier. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 171-177. *DZI-0470*

Daneke, Sigrid: Leere Kassen – volle Haftung. - In: Heim und Pflege ; Jg. 36, 2005, Nr. 4, S. 108-110. *DZI-2496z*

Haverkamp, Christof: Tipps für Pressefritzen: Kolping erfolgreich in die Zeitung bringen. - In: Idee & Tat ; Jg. 92, 2005, Nr. 2, S. 28-31. *DZI-0427*

Linden, Michael: Wohnortnahe Rehabilitation. - In: Die Rehabilitation ; Jg. 44, 2005, Nr. 2, S. 82-89. *DZI-1523*

Schneider, Volker: Die Zersiedelung der Ausbildungslandschaft droht! - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 184-190. *DZI-0470*

Soratroi, Robert: Externes Controlling für soziale Einrichtungen – branchenspezifisches Controlling-Paket. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2005, Nr. 1, S. 33-34. *DZI-2610z*

Wasserberg, Günter: Der Bolognaprozess und mögliche Auswirkungen für die Ausbildung zur evangelischen Jugendarbeit. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 2, S. 94-97. *DZI-1748*

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Busch-Geertsema, Volker: Auf dem Weg zur Normalität – persönliche Hilfen in Wohnungen bei Wohnungsnotfällen: Teil 2. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 5, S. 159-163. *DZI-0044*

Clausen, Hans: Would palliative care patients benefit from social workers' retaining the traditional 'casework' role rather than working as care managers? A prospective serial qualitative inter-

view study. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 277-285. *DZI-2406*

Deinert, Horst: Zur Neuregelung der Berufsbetreuer-, Berufsvormünder- und Berufspflegervergütung. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 14, 2005, SH 1, S. 13-17. *DZI-3018*

Kienle, Wolfgang: Wenn Ausbildungs-orte kooperieren: Angehende ErzieherInnen bereiten sich mit Kindern auf die Berufspraxis vor. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 5, S. 34-36. *DZI-3048*

Speck, Maria: Berufsrisiko Psychotherapie: Ist Leid ansteckend? - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 64-69. *DZI-2573*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Labonté-Roset, Christine: Forschung in der Ausbildung zur Sozialen Arbeit: Ansätze ihrer Integration in Europa. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 218-220, 222-226. *DZI-0470*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Boeckhorst, Frans: Zeitwelten in der psychiatrischen Arbeit. - In: Familiendynamik ; Jg. 30, 2005, Nr. 2, S. 199-216. *DZI-2585*

Boos, J.: Klinische Prüfungen mit Kindern aus der Sicht eines Zentrums. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 5, S. 530-535. *DZI-1130*

Bormuth, Matthias: Grenzen der Freiheit bei Jean Améry: Eine literaturethische Analyse von „Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod“. - In: Suizidprophylaxe ; Jg. 32, 2005, Nr. 1, S. 15-27. *DZI-2949*

Broich, K.: Klinische Prüfungen mit Antidepressiva und Antipsychotika: Das Für und Wider von Placebokontrollen. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 5, S. 541-547. *DZI-1130*

Kleinschmidt, Dorothee: Zwischen Heilung und Grenzüberschreitung: Neue Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 2, S. 10-11. *DZI-2643z*

Lemke, Thomas: „Die Polizei der Gene“ – genetische Diskriminierung und die Fallstricke der Kritik. - In: Soziale Welt ; Jg. 56, 2005, Nr. 1, S. 53-72. *DZI-0169*

Lutterbeck, Regina: Ohne Beratung keine Pränataldiagnostik: Über den Umgang mit dem Restrisiko. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 2, S. 22-23. *DZI-2643z*

Roick, Christiane: Das regionale Psychiatriebudget: Ein neuer Ansatz zur effizienten Verknüpfung stationärer und ambulanter Versorgungsleistungen. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 4, S. 177-184. *DZI-2574*

Wagner, Elke: Freiwilligkeit als Verfahren: Zum Verhältnis von Lebendorgan-spende, medizinischer Praxis und Recht. - In: Soziale Welt ; Jg. 56, 2005, Nr. 1, S. 73-97. *DZI-0169*

5.03 Psychologie

Beyer, Karla: Widersprüchliche Studien: Wie verändert die Reproduktionsmedizin die Sexualität? - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 2, S. 18-19. *DZI-2643z*

Clement, Ulrich: Erotik – eine Frage der Entscheidung: sexuelle Selbstverwirklichung statt sexueller Lustlosigkeit. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 6, S. 26-29. *DZI-2573*

Flaake, Karin: Adoleszentes Begehren – sexuelle Wünsche, Fantasien und Beziehungen junger Frauen. - In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien ; Jg. 22, 2004, Nr. 4, S. 58-76. *DZI-2988z*

Gergen, Kenneth J.: Von der Behandlung zum Dialog: reflexive Kooperation in Theorie und Praxis. - In: Familiendynamik ; Jg. 30, 2005, Nr. 2, S. 184-198. *DZI-2585*

Gronemeyer, Reimer: Wachstumsalte und White Trash: über das Erbe der älteren Generation an die Jungen. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 1, S. 7-12. *DZI-1986*

Jany, Karl Christian: Überlegungen zum Behandlungsabbruch in der analytischen Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie. - In: Analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie ; Jg. 36, 2005, Nr. 126, S. 181-211

Kienbaum, Jutta: „Warum bist du so traurig?“: Entwicklung von Mitgefühl und pädagogische Konsequenzen. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 4, S. 6-11. *DZI-3048*

Reich, Günter: Familienbeziehungen und Familientherapie bei Essstörungen. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 318-336. *DZI-0521*

5.04 Erziehungswissenschaft

Dieken, Christel van: Lernwerkstätten – mehr als ein Trend! Erfahrungen und Wissenswertes über ein aktuelles Thema. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 5, S. 6-14. *DZI-3048*

Dollase, Rainer: Erziehung zur Schullei-fe? - In: Welt des Kindes ; 2005, Nr. 3, S. 8-11. *DZI-3046*

Eichhorn, Jutta: Konsequenzen aus dem Schock: eine Übersicht über den Stand der Bildungspläne und -empfehlungen in den Bundesländern (2). - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 30-38. *DZI-3048*

Faulstich-Wieland, Hannelore: Wem nützt die Einrichtung einer Mädchenklasse? - In: Zeitschrift für Frauenfor-

schung & Geschlechterstudien ; Jg. 22, 2004, Nr. 4, S. 39-57. *DZI-2988z*

Husfeldt, Vera: Bericht der Evaluation des Schulprogramms der Carl-von-Lin-né-Schule. - In: Sonderpädagogik in Berlin ; 2005, Nr. 1, S. 14-67. *DZI-2690z*

Meyer, Manon: Aufmerksamkeit und Konzentration lenken lernen: Evaluation und Umsetzung eines Trainingsprogramms für Schülerinnen und Schüler mit einer Körperbehinderung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 144-153. *DZI-0200*

Müller, Werner: Praxisorientiertes Bachelorstudium in Sozialer Arbeit: Erfahrungen aus Baden-Württemberg und Bayern. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 191-197. *DZI-0470*

Schillo, Johannes: Zwischen Jugend-schutz, Selbstkontrolle und Zensur: woran sich Medienethik und -pädagogik orientieren. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 1, S. 13-17. *DZI-1986*

Textor, Martin R.: Die Bildungsfunktion der Familie stärken: Neue Aufgabe der Familienbildung, Kindergärten und Schulen? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 85, 2005, Nr. 5, S. 155-159. *DZI-0044*

Vogel, Detlev: Heute schon was falsch gemacht? Über den positiven Umgang mit Fehlern. - In: Kindergarten heute ; Jg. 35, 2005, Nr. 3, S. 24-29. *DZI-3048*

5.05 Soziologie

Baer, Susanne: Strategien der Gleichstellungspolitik – zur Debatte um Gender Mainstreaming. - In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien ; Jg. 22, 2004, Nr. 4, S. 3-20. *DZI-2988z*

Lee, Daniel B.: Ritual and the social meaning and meaninglessness of religion. - In: Soziale Welt ; Jg. 56, 2005, Nr. 1, S. 5-16. *DZI-0169*

Thürmann, P. A.: Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Pharmakokinetik und -dynamik von Arzneimitteln. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 5, S. 536-540. *DZI-1130*

5.06 Recht

Christoph, Karl-Heinz: Versorgungsüberleitung ohne Ende: der Beschluss des BVerfG vom 23.6.2004 als weiterer Meilenstein. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 44, 2005, Nr. 4, S. 195-213. *DZI-1450z*

Deinert, Horst: Gesetzesänderungen durch das 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz (2. BtÄndG). - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 14, 2005, SH 1, S. 7-12. *DZI-3018*

Eraslan-Weninger, Andrea: Asylpolitik in der Sackgasse. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2005, Nr. 1, S. 25-28. *DZI-2610z*

Giesen, Richard: Doppelte Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen in der betrieblichen Altersversorgung (Erster Teil). - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht; 2005, Nr. 1, S. 21-44. *DZI-2536*

Gühlstorf, Torsten: Nachträgliche Korrektur eines Versorgungsausgleiches wegen besonderer Härte. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 82-84. *DZI-0167*

Karasch, Jürgen: Hartz IV – die Folgen. - In: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung; Jg. 59, 2005, Nr. 4, S. 106-108. *DZI-0077*

Rössner, Dieter: Täter-Opfer-Ausgleich: Förderung der sozialen Verantwortung und Integration durch Opferbezug im Jugendstrafvollzug. - In: ZJJ; Jg. 16, 2005, Nr. 1, S. 30-34. *DZI-2992z*

Schwonberg, Alexander: Neue Rechtsprechung zum Betreuungsunterhalt der nicht verheirateten Mutter. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen; Jg. 57, 2005, Nr. 4, S. 73-78. *DZI-0167*

Voß, Jürgen: Opferentschädigung – dissoziative Identitätsstörung als Folge sexuellen Missbrauchs? Ein Zwischenbericht. - In: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung; Jg. 59, 2005, Nr. 4, S. 100-105. *DZI-0077*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Gulis, Wolfgang: Interkulturelle Sozialarbeit: vom Rand in die Mitte. - In: Sozialarbeit in Österreich; 2005, Nr. 1, S. 13-15. *DZI-2610z*

Klüsche, Wilhelm: Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen: Auswirkungen auf das Studium der Sozialen Arbeit. - In: Soziale Arbeit; Jg. 54, 2005, Nr. 5/6, S. 163-170. *DZI-0470*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Adler, Reiner: Anspruch und Beitrag des zweiten BtÄndG zur Qualitätsverbesserung im Betreuungswesen. - In: Betreuungsrechtliche Praxis; Jg. 14, 2005, SH 1, S. 22-23. *DZI-3018*

Bertsch, Frank: Für eine Offensive der wirtschaftlichen Bildung und Beratung: Schuldnerberatung nach den beiden Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung. - In: BAG-SB-Informationen; Jg. 20, 2005, Nr. 2, S. 41-47. *DZI-2972*

Hecht, Martin: Das schwierige Glück der Freundschaft. - In: Psychologie heute; Jg. 32, 2005, Nr. 5, S. 20-27. *DZI-2573*

Krahmer, Utz: Schuldnerberatung und Hartz IV: Zur fortbestehenden Auffangfunktion der Sozialhilfe nach § 11 Abs. 5 SGB XII – trotz § 16 Abs. 2 SGB II. - In: BAG-SB-Informationen; Jg. 20, 2005, Nr. 2, S. 26-30. *DZI-2972*

Marquard, Peter: Der Sozialraum als Steuerungsgröße: Leitziele und Managementstrategien für stadtteilbezogene

Handeln. - In: Unsere Jugend; Jg. 57, 2005, Nr. 5, S. 194-205. *DZI-0135*

Urban, Manfred: Kollegiale Beratung in der Sozialhilfe. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; Jg. 85, 2005, Nr. 5, S. 173-175. *DZI-0044*

Wettstein, Felix: Prävention im Kontext Sozialer Arbeit. - In: Sozial Aktuell; Jg. 37, 2005, Nr. 7, S. 2-5. *DZI-2220z*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Andermatt, Olivier: Selbstbewusst und stark! Erfahrungen aus einem Selbstbehauptungskurs für Buben. - In: Sozial Aktuell; Jg. 37, 2005, Nr. 7, S. 14-17. *DZI-2220z*

Eleftheriadis, Konstantin: Flüchtlingsarbeit – Vorarlberger Modell. - In: Sozialarbeit in Österreich; 2005, Nr. 1, S. 29-32. *DZI-2610z*

Haase, Rainer: Qualität in der Krise? Funktioniert Qualitätsmanagement im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) überhaupt? - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; Jg. 85, 2005, Nr. 4, S. 133-138. *DZI-0044*

Hagenah, Ulrich: Psychoedukation für Eltern in der Behandlung essgestörter Jugendlicher. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 303-317. *DZI-0521*

Steiner, Henrike: Qualitäts- und Qualifizierungsoffensive. - In: Heim und Pflege; Jg. 36, 2005, Nr. 4, S. 120-122. *DZI-2496z*

Thimmel, Andreas: Internationale Jugendarbeit und der europäische Integrationsprozess. - In: Das Baugerüst; Jg. 57, 2005, Nr. 2, S. 64-69. *DZI-1748*

6.03 Rechtsmaßnahmen/ Verwaltungsverfahren

Miall, Charlene E.: Social support for changes in adoption practice: gay adoption, open adoption, birth reunions, and the release of confidential identifying information. - In: Families in Society; Jg. 86, 2005, Nr. 1, S. 83-92. *DZI-0162z*

6.04 Jugendhilfe

Hafeneger, Benno: Fließende Grenzen: Jugend- und Erwachsenenbildung – Zusammenhänge und Herausforderungen. - In: Erwachsenenbildung; Jg. 51, 2005, Nr. 1, S. 2-6. *DZI-1986*

Preston-Shoot, Michael: Mapping the needs of children in need. - In: The British Journal of Social Work; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 255-275. *DZI-2406*

Rätz-Heinisch, Regina: Jugendhilfe und Sozialraumorientierung – eine missverständliche Koalition: Über die Grenzen der Jugendhilfe hinaus und wieder zurück. - In: Unsere Jugend; Jg. 57, 2005, Nr. 5, S. 206-216. *DZI-0135*

Thimmel, Andreas: Europa und die Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit; Jg. 59, 2005, Nr. 1, S. 15-26. *DZI-2913*

6.05 Gesundheitshilfe

Seyd, Wolfgang: Verbundmodelle in der beruflichen Rehabilitation – der Modellversuch V.A.M.B. (Verzahnte Ausbildung METRO mit Berufsbildungswerken). - In: Berufliche Rehabilitation; Jg. 19, 2005, Nr. 2, S. 5-21. *DZI-2967*

Streitböcker, Wolfgang: Lukrativer Schlankeitswahn. - In: Psychologie heute; Jg. 32, 2005, Nr. 5, S. 34-35. *DZI-2573*

Theissing, J.: Veränderung der subjektiven Prognose der Erwerbstätigkeit im Verlauf der stationären Rehabilitation. - In: Die Rehabilitation; Jg. 44, 2005, Nr. 2, S. 75-81. *DZI-1523*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Kiesel, Winfried: Der Kinderzuschlag nach § 6a BKGG: Zugleich ein Beitrag zur Berechnung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld II (AlG II) und Sozialgeld (Sog) nach dem SGB II. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen; Jg. 57, 2005, Nr. 5, S. 97-106. *DZI-0167*

7.01 Kinder

Dreier, Hardy: Kinder im Netz der Medienmarken? - In: Pro Jugend; 2005, Nr. 1, S. 10-14. *DZI-2013z*

Effe, Bärbel: Klecksen, riechen, tasten, sehen: eine Kunstwerkstatt mit Kleinkindern. - In: Kindergärten heute; Jg. 35, 2005, Nr. 4, S. 14-19. *DZI-3048*

Gummelt, Marcus: Empirische Überprüfung eines Gedächtnistrainings für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. - In: Sonderpädagogik; Jg. 35, 2005, Nr. 1, S. 33-43. *DZI-2625*

Hafen, Martin: Ethik statt Moral: für einen professionellen Umgang mit sexuellem Missbrauch. - In: Sozial Aktuell; Jg. 37, 2005, Nr. 7, S. 18-21. *DZI-2220z*

Hartweg, Hans-R.: Integrationsvertrag: sozialpsychotherapeutische Hilfe für Kinder und Jugendliche. - In: Die Ersatzkasse; Jg. 85, 2005, Nr. 4, S. 155-156. *DZI-0199*

Largo, Remo H.: Das Zürcher Fit-Konzept. - In: Familiendynamik; Jg. 30, 2005, Nr. 2, S. 111-127. *DZI-2585*

Mächtlinger, Veronica: Falldarstellung einer hochfrequenten Kinderanalyse. - In: Analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie; Jg. 36, 2005, Nr. 126, S. 159-179

Subellok, Katja: Wenn Kinder nicht verlieren können: wie Frustrationstoleranz gefördert werden kann. - In: Kindergärten heute; Jg. 35, 2005, Nr. 4, S. 20-26. *DZI-3048*

Wolffersdorff, Christian von: Über den Umgang mit schwierigen Kindern und Jugendlichen. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2005, Nr. 1, S. 5-14. *DZI-2913*

7.02 Jugendliche

Lemmke, Oliver: Soziokulturelle Animation: Fanarbeit im Fußballstadion. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 9, S. 19-21. *DZI-2220z*

Matzner, Michael: Geschlechtsbewusste Arbeit mit männlichen Teilnehmern im Handlungsfeld Jugendberufshilfe. - In: Unsere Jugend ; Jg. 57, 2005, Nr. 5, S. 227-236. *DZI-0135*

Pfeiffer, Ernst: Behandlung von Essstörungen bei Jugendlichen aus Sicht der Kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 268-285. *DZI-0521*

Rappenglück, Stefan: Europa und die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen. - In: Das Baugerüst ; Jg. 57, 2005, Nr. 2, S. 22-28. *DZI-1748*

Wagner, Ulrike: Spiel und Spannung rund um die Uhr: Entwicklungen im Medienalltag Heranwachsender. - In: Pro Jugend ; 2005, Nr. 1, S. 17-20. *DZI-2013z*

7.03 Frauen

Zwengel, Almut: Kampf für die eigene Unterdrückung? Das Engagement von Frauen für eine islamische Politik am Beispiel Algeriens. - In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien ; Jg. 22, 2004, Nr. 4, S. 77-91. *DZI-2988z*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Farmer, Elaine: Foster carer strain and its impact on parenting and placement outcomes for adolescents. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 237-253. *DZI-2406*

Krumpholz-Reichel, Anja: Das Familieneingehmnis. - In: Psychologie heute ; Jg. 32, 2005, Nr. 5, S. 62-69. *DZI-2573*

Stammer, Heike: Stimmungstiefs in der Partnerschaft: psychosoziale Aspekte bei unerfülltem Kinderwunsch. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 33, 2005, Nr. 2, S. 20-21. *DZI-2643z*

Strier, Roni: Fatherhood and immigration: perceptions of Israeli immigrant fathers from Ethiopia and the former Soviet Union. - In: Families in Society ; Jg. 86, 2005, Nr. 1, S. 121-133. *DZI-0162z*

7.05 Ausländer/Aussiedler

Butterwegge, Christoph: Folgen der Hartz-Gesetze für Migrant(inn)en. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 59, 2005, Nr. 3/4, S. 20-24. *DZI-0079z*

Herzog-Punzenberger, Barbara: „Gehör ich dazu?“ Zur Situation der 2. Generation in Österreich. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2005, Nr. 1, S. 8-12. *DZI-2610z*

Marschke, Britta: Lebenslanges Lernen und Interkulturalität – ein Team? Migration und lebenslanges Lernen. - In: Erwachsenenbildung ; Jg. 51, 2005, Nr. 1, S. 31-34. *DZI-1986*

7.07 Straffällige/ Strafentlassene

Maurer, Katrin: Nachhaltige Prävention in sozialen Organisationen. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 37, 2005, Nr. 7, S. 10-13. *DZI-2220z*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Apfel, Tabea: Werden psychisch Kranke zu schnell in die Rente „abgeschoben“? Querschnittserhebung anhand von 101 psychiatrischen Gutachten für die Invalidenversicherung aus dem Jahre 2002 an der Psychiatrischen Poliklinik Basel. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 4, S. 172-176. *DZI-2574*

Branik, Emil: Anorexia nervosa – die Krankheit der Widersprüche: Anmerkungen zur Frage der Behandlungsmotivation. - In: Analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie ; Jg. 36, 2005, Nr. 126, S. 213-236

Dörner, K.: Die neue menschliche Seinsweise der Demenz. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 5, S. 604-606. *DZI-1130*

Fleischhacker, W. Wolfgang: Medikamentösinduzierte extrapyramidalmotorische Störungen: vermeiden, erkennen, behandeln. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 5, S. 525-530. *DZI-2574*

Galic, Barbara: Gehörlosigkeit: Stigma oder Lebensform? Eine Frage der Perspektive! - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 154-160. *DZI-0200*

Herpetz-Dahlmann, Beate: Essstörungen in der Adoleszenz. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 248-267. *DZI-0521*

Kim, Hye-Jung: Neue Technologien in der Arbeitswelt von Menschen mit geistiger Behinderung: kritische Analyse unter dem Aspekt der Persönlichkeitsförderung. - In: Sonderpädagogik ; Jg. 35, 2005, Nr. 1, S. 3-17. *DZI-2625*

Kristen, Ursi: Ich wollte Nutella und bekam ein Käsebrot: langsam reden – langsam zuhören. - In: Orientierung ; 2005, Nr. 2, S. 21-23. *DZI-2633z*

Orthmann, Dagmar: Lebensentwürfe benachteiligter Jugendlicher. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 132-143. *DZI-0200*

Percival, John: I'm like a tree a million miles from the water's edge: Social care and inclusion of older people with visual impairment. - In: The British Journal of Social Work ; Jg. 35, 2005, Nr. 2, S. 189-205. *DZI-2406*

Putzhammer, Albert: Ultraschallgestützte Analyse von Gang- und Handmotorik schizophrener Patienten. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 32, 2005, Nr. 5, S. 538-542. *DZI-2574*

Rosemeyer, Dierk: Adipositas therapie in Reha-Kliniken – Erläuterungen zur Umsetzung der Leitlinie. - In: Die Rehabilitation ; Jg. 44, 2005, Nr. 2, S. 90-95. *DZI-1523*

Stöpel, Frank: Bedingungen des Arbeitsmarktes für die berufliche Teilhabe. - In: Sonderpädagogik ; Jg. 35, 2005, Nr. 1, S. 18-32. *DZI-2625*

Volk, Georg: Aktivitäten und Strategien international tätiger Großunternehmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung. - In: Berufliche Rehabilitation ; Jg. 19, 2005, Nr. 2, S. 25-28. *DZI-2967*

7.12 Besondere Arbeitnehmergruppen

Mitlacher, Lars W.: Equal-Pay – das Ende der Zeitarbeit? Eine ökonomische Analyse der Wirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Zeitarbeit. - In: Sozialer Fortschritt ; Jg. 54, 2005, Nr. 4, S. 97-103. *DZI-0518*

7.13 Alte Menschen

Borchelt, M.: Wichtige Aspekte der Pharmakotherapie beim geriatrischen Patienten. - In: Bundesgesundheitsblatt ; Jg. 48, 2005, Nr. 5, S. 593-598. *DZI-1130*

Bronstein, Laura R.: Implications of an aging population on the delivery of public sector social services. - In: Families in Society ; Jg. 86, 2005, Nr. 1, S. 47-54. *DZI-0162z*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen. Tel.: 030/83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de

Vertrauensschutz und Haftung im Spendenrecht. Von Sonja Gerlach. Verlag Peter Lang. Frankfurt am Main 2005, 198 S., EUR 39,- *DZI-D-9687*

Durch das Vereinsförderungsgesetz von 1989 wurde der Vertrauensschutz im Spendenrecht gesetzlich verankert. Danach können Spendende unter bestimmten Voraussetzungen auf die Richtigkeit einer Zuwendungsbestätigung vertrauen, die von einer gemeinnützigen Organisation ausgestellt worden ist. Um das Risiko von Steuerausfällen auf Grund des Vertrauensschutzes auszuschließen, hat der Gesetzgeber zugleich einen Haftungstatbestand aufgenommen, nach dem für das Ausstellen unrichtiger Zuwendungsbestätigungen und für die zweckwidrige Verwendung von Zuwendungen gehaftet wird. Nach einer Einführung in die Grundlagen des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts arbeitet die Autorin die Grenzen des Vertrauensschutzes heraus. Sie stellt zudem die beiden Haftungsalternativen der Aussteller- und Veranlasserhaftung systematisch dar und bestimmt die möglichen Haftungsschuldner sowie den Umfang der Haftung.

Konfrontative Pädagogik. Konfliktberatung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Hrsg. Jens Weidner und Rainer Kilb. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2004, 224 S., EUR 24,90 *DZI-D-6977*

Konfrontative Pädagogik ist ein neuer Trend in der Sozialen Arbeit und Erziehungswissenschaft. Er stellt eine Ergänzung zur akzeptierenden Toleranz der 1968er-Pädagogik dar. Die konfrontative Pädagogik soll in der Arbeit mit mehrfach auffälligen jungen Menschen helfen. In dem Sammelband sind erläuternde Grundsatzartikel und Beiträge mit Praxiskonzepten zusammengefasst.

Krankenpflegegesetz und Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Berufe in der Krankenpflege. Kommentar für die Praxis. Von Gerd Dielmann. Mabuse-Verlag.

Frankfurt am Main 2004, 232 S., EUR 24,80 *DZI-D-6980*

Nach einer fast zwanzig Jahre dauernden Diskussion um eine Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen trat am 1. Januar 2004 das neue Krankenpflegegesetz in Kraft. Wenn auch die von vielen erwartete große Reform ausgeblieben ist, enthält es doch zahlreiche Neuerungen. So wurden die Berufsbezeichnungen geändert, Ausbildungsziele neu bestimmt, die Anforderungen an die Qualifikationen der Lehr- und Leitungskräfte in den Schulen neu definiert, die Bestimmungen für theoretische und praktische Ausbildung neu gefasst und das Prüfungsverfahren geändert. In diesem Kommentar werden die Bestimmungen des neuen Krankenpflegegesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung dokumentiert und erläutert.

Der Jugendhilfeausschuss. Eine Untersuchung über seine fachliche und jugendhilfepolitische Bedeutung am Beispiel NRW. Von Joachim Merchel und anderen. Juventa Verlag. Weinheim 2004, 272 S., EUR 18,- *DZI-D-7015*

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) wurde bisher in der Forschung wenig beachtet. Die nun vorliegende, im Kontext des Instituts für soziale Arbeit, Münster, entstandene Untersuchung der Jugendhilfeausschüsse in Nordrhein-Westfalen liefert wichtiges Material für eine Versachlichung der Debatten über dessen Funktion. Die Ergebnisse werden in die sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Zusammenhänge eingeordnet. Dabei entsteht eine Darstellung zur fachlichen und jugendhilfepolitischen Bedeutung, zur politischen Funktion, zur rechtlichen Konstitution und zur Leistungsfähigkeit des JHA. Die Resultate zeigen auch, dass es sowohl unter fachpolitischen Gesichtspunkten als auch unter dem Aspekt der politischen Beteiligung im Kommunalbereich ein lohnenswertes Ziel ist, die Struktur des JHA zu nutzen und ihn zu einem Gremium lebendiger Jugendhilfepolitik weiterzuentwickeln.

SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende. SGB XII – Sozialhilfe. Textausgabe mit ausführlichen Sachregister. Redaktion und Verlag C.H.Beck. München 2005, 539 S., EUR 10,- *DZI-D-7101*

Im Zuge der Agenda 2010 hat der Gesetzgeber mit dem Hartz IV-Gesetz die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige im neuen Sozialgesetzbuch II zusammengelegt. Darüber hinaus werden künftig die sozialhilferechtlichen Regelungen des bisherigen Bundessozialhilfegesetzes in das Sozialgesetzbuch XII überführt. Beide Gesetze traten zum 1. Januar 2005 in Kraft. Diese Textsammlung zur Sozialhilfe und zur Grundsicherung enthält außerdem alle weiteren wichtigen Gesetze in Auszügen, die mit der Sozialhilfe und der Grundsicherung in Verbindung stehen, unter anderem das Asylbewerberleistungsgesetz, das Beratungshilfegesetz, das Bundesausbildungsförderungsgesetz, den Pflegebedürftigkeitsrichtlinien, der Regelsatzverordnung und andere. Das Werk wendet sich an alle Fachleute in Praxis und Lehre, an Studierende, Verbandsvertretende sowie an die Leistungsempfangenden.

Wörterbuch für Sozialberufe – Dictionary for Social Professions. Deutsch-Englisch/English-German. Zweite, vollständig überarbeitete Auflage. Hrsg. Fachhochschule Frankfurt am Main. Fachhochschulverlag. Frankfurt am Main 2003, 184 S., EUR 14,80 *DZI-D-7145*

Dieses Wörterbuch, entstanden im Rahmen des Erasmus-Austauschprogramms in Zusammenarbeit mit der Universität Hull in Großbritannien, wurde gründlich überarbeitet und modernisiert. In dieser Auflage sind jetzt auch die wichtigen Begriffe aus den Bereichen Behinderung und Gesundheit zu finden. Aufgenommen wurden außerdem die in vielen offiziellen Dokumenten inzwischen zweisprachig verwendeten Ausdrücke, wie zum Beispiel Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Schulsozialarbeit. Eine Auseinandersetzung mit dem Kontext Schule aus systemtheoretischer Perspektive. Von Sabine Berbig. Edition Soziothek. Bern 2004, 84 S., EUR 15,50 + Versandkosten *DZI-D-7115*

Diese Arbeit befasst sich mit dem Praxisfeld Schulsozialarbeit und geht der Frage nach, wie sich Schule aus der Perspektive der Systemtheorie konstituiert und welche spezifischen Merkmale sich aus diesem theoretischen Bezugsrahmen ableiten und mit der Praxis verknüpfen lassen. Vor dem aktuellen Geschehen im Bildungswesen des Kantons

Thurgau wird aufgezeigt, dass sich Schule als Systemkopplung darstellt und mittels ihrer Orientierung am Erziehungssystem dessen grundlegende Paradoxien übernimmt. Die daraus folgenden spezifischen Inkohärenzen können beispielsweise in der schulstrukturellen Beschaffenheit in inhaltlichen Vorgaben wie zum Beispiel in Lehrplänen oder in den Argumentationsstrukturen von Lehrkräften als Reflexionsdefizite sichtbar werden. In den Schlussfolgerungen der Arbeit werden Chancen und Herausforderungen für die Schulsozialarbeit aufgezeigt, wobei unter anderem die Kooperation zwischen Sozialer Arbeit und Schule eine Gewichtung erfährt, aber auch zentrale Zielsetzungen und Aufgabenbereiche dieses Arbeitsfeldes formuliert werden.

Übersicht über das Sozialrecht. Ausgabe 2004. Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Verlag BW Bildung und Wissen. Nürnberg 2004, 838 S., + CD-ROM, EUR 28,- *DZI-D-7161*
Diese Veröffentlichung sorgt für Orientierung in dem Labyrinth, indem sie einen Überblick über das komplette Sozialrecht gibt und umfassend über das soziale Netz in Deutschland informiert. Das Buch zeichnet in den einzelnen Kapiteln in einem kurzen geschichtlichen Abriss nicht nur dessen Entwicklungen nach, es erklärt auch den aktuellen Rechtsstand und gibt somit einen intensiven Überblick über das gesamte Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland: Von den fünf Säulen der Sozialversicherung über die Ausbildungsförderung, den Familienlastenausgleich, die Kinder- und Jugendhilfe, den Lastenausgleich, die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, die Sozialhilfe bis hin zum Wohngeld. Aber auch die internationale Soziale Sicherung, die heute immer stärker durch die Erweiterung Europas in das alltägliche Leben eingreift, ist berücksichtigt worden.

Tätig sein! Jenseits der Erwerbsarbeit. Hrsg. Peter Weber. Psychiatrie-Verlag. Bonn 2005, 180 S., EUR 12,90 *DZI-D-7162*
Feste Arbeitsplätze werden rar – und für die Arbeitsrehabilitation psychisch beeinträchtigter Menschen wird die Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt immer schwieriger. Was also tun, wenn die Erwerbsarbeit wegfällt? Die Antwort kann nur lauten: Trotzdem „tätig sein“! Dieser Ratgeber gibt Anregungen, sich seiner eigenen Fähigkeiten und Chancen bewusst zu werden. Da ist vielleicht die eigene Bildungsbiographie zu entdecken und all das aufzuspüren, was einmal mit Freude gelernt und etwa als Hobby realisiert wurde. Da kann es um Hilfestellungen für andere Menschen gehen: in der Nachbarschaft, im Freundeskreis, im Verein oder im ehrenamtlichen Engagement. Dazu gehören aber auch kreative Ideen für die Existenzsicherung durch Möglichkeiten des Zuverdienstes. Wenn es gelingt, die freie Zeit produktiver zu nutzen, so wird man sich gegen die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit besser schützen und neue Perspektiven für das Leben entwickeln können.

Reformbedarf und Reformwirklichkeit des österreichischen Gesundheitswesens. Was sagt die Wissenschaft dazu? Hrsg. Oskar Meggeneder. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2004, 206 S., EUR 22,90 *DZI-D-6988*
Der Begriff „Reform“ hat im Zusammenhang mit der Gesundheitspolitik bereits den Charakter einer Drohung an-

genommen. Der Grund liegt weniger darin, dass die Reformnotwendigkeiten und die dazu vorgelegten Konzepte der Fachleute unzureichend wären, sondern ist in der chaotischen und dilettantisch erscheinenden realpolitischen Umsetzung zu suchen. Dieser Sammelband analysiert, ausgehend von der europäischen Gesundheitspolitik das Auseinanderfallen von Reformbedarf und Reformwirklichkeit insbesondere in Österreich, aber auch in Deutschland. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der zunehmenden Ungleichheit im Zugang zur gesundheitlichen Versorgung, dem Widerspruch zwischen dem Wachstum des Gesundheitsmarktes und Finanzierungsengpässen, der Politikberatung sowie der zielgerichteten und handlungsorientierten Gesundheitsberichterstattung.

Soziale Arbeit im Gesundheitswesen. Zielgruppen – Praxisfelder – Institutionen. Von Anne Lützenkirchen. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2005, 199 S., EUR 28,- *DZI-D-7163*
Die Soziale Arbeit im Gesundheitswesen hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Gesundheit bildet auf allen Altersstufen ein tragendes Fundament für die soziale Lage, und umgekehrt stellt die Einbindung in das Sozialgefüge einen zentralen Bedingungsfaktor für Gesundheit dar. Deshalb widmet sich die Sozialarbeit heute nicht nur immer stärker gesundheitsbezogenen Fragestellungen; zunehmend gewinnt sozialarbeiterische Kompetenz und Professionalität auch im Gesundheitswesen an Gewicht. Das Buch beleuchtet die theoretischen Hintergründe und methodischen Ansätze der Sozialen Arbeit in

diesem Arbeitsfeld. Eng an der Berufspraxis orientiert, wird die sozialpädagogische Arbeit mit folgenden Zielgruppen ausführlich dargestellt: Frauen, alte Menschen, Kinder, schwerkranke und sterbende Patienten sowie Menschen mit Behinderungen. Studierenden der Fachbereiche Sozial- und Gesundheitswesen, aber auch Experten im Beruf vermittelt das Buch grundlegende und innovative Ansätze und Konzepte.

Jahrbuch Jugendforschung. Vierte Ausgabe 2004. Hrsg. Hans Merken und Jürgen Zinnecker. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2004, 450 S., EUR 44,90 *DZI-D-7165*

Im vierten Jahrbuch Jugendforschung wurde erstmals mit dem Thema Migration ein gruppenspezifischer Schwerpunkt gebildet. Demgegenüber steht der zweite Schwerpunkt Sozialisationsforschung in der Tradition der bisherigen Jugendforschung, soll aber auch auf ein Theoriedefizit aufmerksam machen, das heute auf diesem Gebiet anzutreffen ist, wenn die Frage nach einem theoretischen Rahmen für empirische Forschungen gestellt wird. Bei den Länderberichten werden erstmals auch außereuropäische Länder berücksichtigt.

Soziale Arbeit in Zwangskontexten. Wie unerwünschte Hilfe erfolgreich sein kann. Von Harro Kähler. Ernst Reinhardt Verlag. München 2005, 136 S., EUR 16,90 *DZI-D-7201*

Häufiger als gemeinhin vermutet suchen Klientinnen und Klienten Sozialdienste auf, weil sie von Angehörigen, Freunden oder professionell Helfenden dazu gedrängt werden. Auch gesetzliche Vorgaben können der Grund für eine Kontaktaufnahme zu einem sozialen Dienst sein. Wie können die Fachleute der Sozialen Arbeit dafür sorgen, dass die Klientel das Hilfeangebot nicht nur pro forma, sondern ernsthaft annimmt, die Beratung erfolgreich verläuft und die Betroffenen ihren Alltag fortan besser bewältigen? Der Autor geht diesen Fragen nach und bietet Möglichkeiten an, trotz ungünstiger Voraussetzungen ein positives Klima zu erzeugen, der Klientel einen Weg aus ihrer Sucht, ihren Geldproblemen oder aus anderen Sorgen zu eröffnen.

Bildung als Chance. Ressourcenorientierte Biografiearbeit mit chronisch psychisch kranken und drogenabhängigen Menschen. Von Horst Lazarus und Marianne Bosshard. Psychiatrie-Verlag. Bonn 2005, 190 S., EUR 12,90 *DZI-D-7203*

Wenn man den Blick darauf richtet, was Menschen gesund erhält und nicht was sie krank macht, wird man bald auf deren Interessen stoßen und auf das, was sie auf Grund dieser Interessen gelernt haben. In der Hinwendung zu den Bildungsressourcen entdecken chronisch psychisch Kranke und Drogenabhängige ihre intellektuellen, handwerklichen, kreativen und sozialen Seiten wieder. Wenn darüber hinaus Spielen, Fahrrad fahren oder Angeln als Bildungserfahrungen gewürdigt werden, kommt es – wie die Autorinnen und Autoren anhand zahlreicher Fallgeschichten zeigen – nicht nur zu einer Neubewertung der eigenen Fähigkeiten, auch die Fragen nach dem Lebenssinn und den Zukunftschancen werden neu gestellt.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien
Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)
Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: Offsetdruckerei Gerhard Weinert GmbH, Saalburgstr. 3, 12099 Berlin

ISSN 0490-1606